

Bulletin

Seit 1895. Das älteste Bankmagazin der Welt.

Ausgabe 1/2020

mit
CREDIT SUISSE
Fortschritts-
barometer

Indiens Aufschwung:
Gespräch mit Starökonom
Jagdish Bhagwati
(S. 30)

Fortschritt

Ideen und Lösungen
aus 16 Ländern.
Ein Interviewheft.



RESORT COLLINA D'ORO

Hotel, Apartments & SPA



Nur wenige Minuten vom Zentrum von Lugano entfernt und umgeben von einer aussergewöhnlichen Landschaft mit einem atemberaubendem Blick über die Alpen und den See, bietet das Resort Collina d'Oro ein exklusives Luxushotel mit 16 Doppelzimmern und 30 Suiten, ein SPA & Fitnesszentrum mit Innen- und Aussenpool, ein Gourmet-Restaurant und zwei moderne Tagungsräume. Das Resort verfügt zudem über verschiedene Appartements mit Hotelservice, die für kurze oder lange Aufenthalte gemietet oder gekauft werden können.



WWW.RESORTCOLLINADORO.COM

Was die Welt voranbringt



¹ Christina Schott und ² Muhammad Fadli Christina Schott lebt seit 2002 als freie Journalistin und Buchautorin in Jogjakarta, Indonesien. Sie arbeitet unter anderem für «FAZ», «Zeit» und «Stern». Der preisgekrönte Fotograf Muhammad Fadli lebt in Jakarta und arbeitet für «National Geographic», «Spiegel» und «Forbes». Gemeinsam haben sie die Umweltaktivistinnen Melati und Isabel Wijsen auf Bali besucht. Seite 22

⁴ Simon Kuper Der renommierte britische Buchautor und «Financial Times»-Kolumnist zögerte keine Sekunde bei der Anfrage für das Interview mit Antipartheid-Vorkämpfer Jay Naidoo. Der Grund: Kupers Vater stammt aus Südafrika und er selber lebte als Kind einige Jahre dort. Seite 38

³ Mary Dejevsky Die ehemalige Moskau-Korrespondentin der «Times» schreibt heute für den «Independent» und den «Guardian». Für das Bulletin hat sie mit dem Leningrader Professor Anatoly Shalyto über die Erfolge der russischen IT-Ausbildung gesprochen. Seite 74

Zum Titelbild Der indische Fotograf Mahesh Shantaram porträtierte seine Familie bei einem Ausflug ins Trick Eye Museum in Hongkong vor einer eigenwilligen Interpretation der europäischen Kunstgeschichte. Seine eindrücklichen Bilder über die Modernisierung Indiens finden Sie auf Seite 33ff.

Fortschritt treibt die Wirtschaft und damit unseren Wohlstand an. Wer an den Fortschritt glaubt, will die Zukunft gestalten, nicht den Wandel verwalten. Fortschritt ist der Beweis, dass die Zukunft existiert. Er gibt uns eine Perspektive und fördert die Innovation.

Doch Fortschritt ist nicht linear, und nicht alles Neue ist gut. Angesichts von Klimawandel, Automatisierung und sozialer Ungleichheit wachsen Zweifel an der Leitidee der Moderne.

Dieses Bulletin würdigt deshalb den Fortschritt und zeigt Ideen und Entwicklungen in 16 Ländern rund um die Welt – wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich. Dabei stellt sich heraus: Fortschritt ist keine Selbstverständlichkeit. Er verlangt nach Neugier, klugen Entscheidungen und guten Rahmenbedingungen. Fortschritt braucht Freiraum. Freiraum für die Wirtschaft, wie Ökonom Jagdish Bhagwati am Beispiel Indiens zeigt (S.30). Aber auch geistigen Freiraum für Kreativität in der Forschung, wie ETH-Präsident Joël Mesot hervorhebt (S.52).

Fortschritt verlangt auch Kenntnisse fremder Kulturen, betont der australische Ex-Premier Kevin Rudd (S.68) und Respekt für Andersdenkende, wie ihn das US-Politstrategen-Paar Mary Matalin (Republikanerin) und James Carville (Demokrat) vorlebt (S.56).

Und manchmal muss man auch für den Fortschritt kämpfen. Es braucht dafür Mut und Ausdauer, wie die Antipartheid-Legende Jay Naidoo (S.38) oder die beiden jugendlichen Schwestern Wijsen eindrücklich zeigen (S.22).

Und klar ist: Fortschritt braucht die Unterstützung der Bevölkerung. Wie denken die Menschen in diesen 16 Ländern über Fortschritt? Wo sehen sie Entwicklungen positiv, wo wollen sie eher bremsen? Diese Fragen untersucht das zweite Credit Suisse Fortschrittsbarometer. Fazit: In 15 Ländern möchten die Befragten das Fortschrittsrad über alle Themen gemessen beschleunigen, nur in der Schweiz überwiegt leicht das Bedürfnis, die Entwicklungen zu verlangsamen. Die weltweit drängendsten Themen sind die E-Mobilität und die Weiterbildung. Interpretiert werden die Resultate vom Ökonomen Soumitra Dutta, vom Politologen Ian Bremmer und von der Mikrofinanzexpertin Mary Ellen Iskenderian.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.
Die Redaktion

BREMSEN ◀ BESCHLEUNIGEN

Je weiter rechts auf dieser Karte, desto mehr soll der Fortschritt beschleunigt werden. Je weiter links, desto mehr soll er gebremst werden.

Je weiter oben auf der Karte, desto klarer die Überzeugung, dass das Thema dringend ist; je weiter unten, desto grösser die (noch) unsichere Grundhaltung.

CL • Chile 10
ZA • Südafrika 19
ID • Indonesien 14
IN • Indien 19

BR • Brasilien 33

1

2

3

Wirtschaft
Die Zukunft steht unter Strom 6
Soumitra Dutta
«Die grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse» 9

Politik
Weniger Gezwitscher, mehr Inhalt 10
Ian Bremmer
«Die Welt hat sich dramatisch verändert» 13

Gesellschaft
Globaler Ruf nach Chancengleichheit 15
Mary E. Iskenderian
«Probleme werden nicht gelöst, wenn wir uns abnabeln» 17

Die Menschen rund um den Globus möchten bei vielen Entwicklungen den Fortschritt beschleunigen. Das grösste Potenzial sehen sie bei der E-Mobilität und der Weiterbildung.

CREDIT SUISSE

CN • China 31

FORTSCHRITTS- BAROMETER

US • Vereinigte Staaten von Amerika 1
RU • Russland 3

AU • Australien 2
DE • Deutschland 6

UK • Grossbritannien 5

CA • Kanada 6

SG • Singapur 9

JP • Japan 9

KR • Südkorea 17

Die kompletten Fortschrittsdaten für die 16 Länder können Sie einsehen und herunterladen auf [credit-suisse.com/fortschrittsbarometer](https://www.credit-suisse.com/fortschrittsbarometer)

CH • Schweiz -4

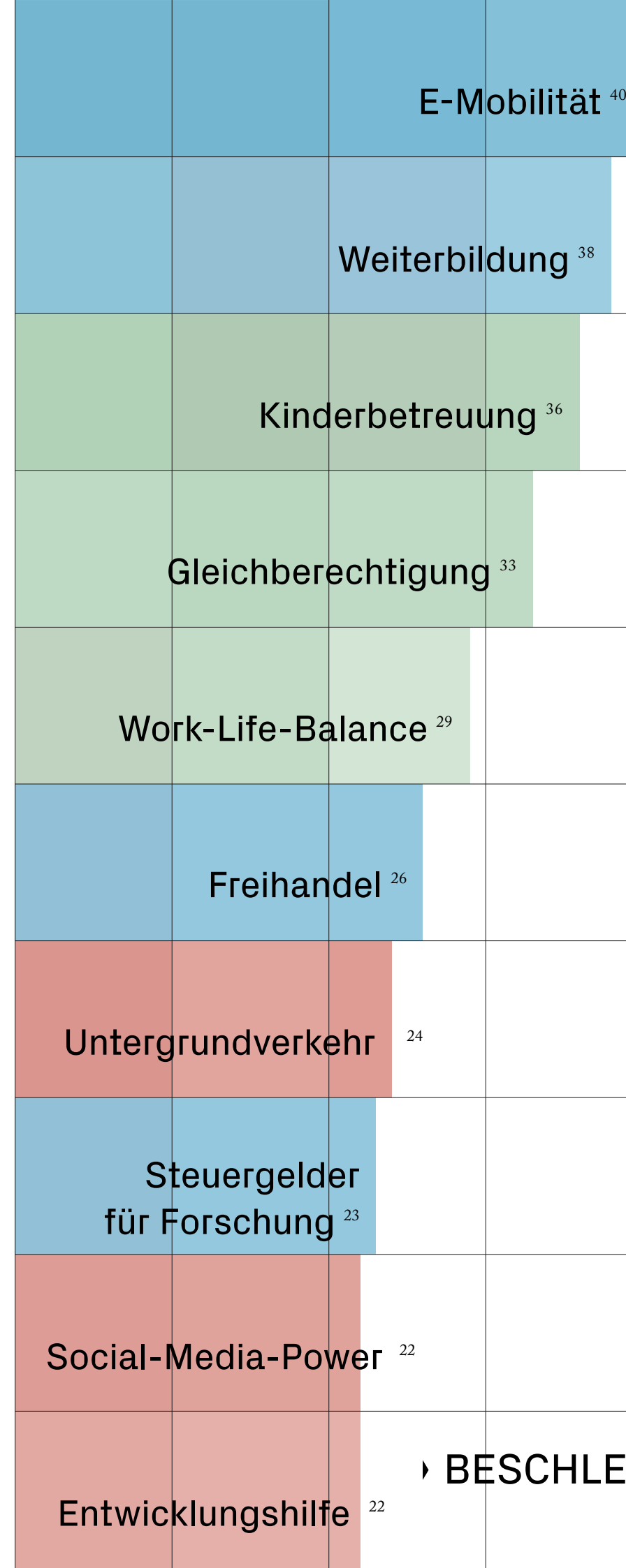
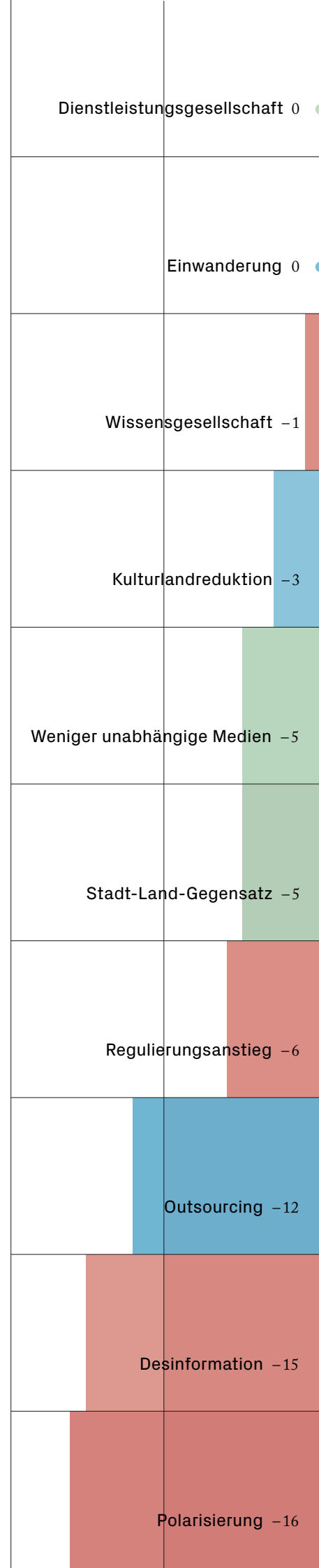
Das zweite Credit Suisse Fortschrittsbarometer wurde gegenüber der Erstausgabe ausgebaut und internationalisiert. Es umfasst neu 16 Länder auf allen Kontinenten, wobei verschiedene Entwicklungsstufen und Grössen von Volkswirtschaften berücksichtigt wurden. In jedem Land wurden rund tausend Menschen zu Themen aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft befragt und um eine Einschätzung gebeten, ob sie in ihrer Heimat die Entwicklung bremsen oder beschleunigen möchten. Die Skala reicht bei jedem Thema von -100 (Entwicklung rückgängig machen) bis +100 (stark beschleunigen).

Das Resultat: Trotz der grossen Heterogenität der untersuchten Volkswirtschaften und Kulturen zeigt sich bezüglich des Fortschrittswunschs ein erstaunlich einheitliches Bild. Grossmehrheitlich wird das Vorwärtstreiben begrüsst, die Menschen rund um den Globus möchten viele Entwicklungen weiter-treiben (siehe Karte auf der vorangehenden Seite) und Innovationen sehen.

Am stärksten verbreitet ist der Fortschrittswunsch in aufstrebenden Volkswirtschaften, ganz besonders in Brasilien (+33) und China (+31), aber auch in Indien und Südafrika (beide +19), Südkorea (+17), Indonesien (+14) und Chile (+10). Erst dann folgen die ersten industrialisierten Nationen mit Singapur und Japan (beide +9), vor dem ersten europäischen und dem ersten nordamerikanischen Land: Deutschland und Kanada (beide +6). Weniger Fortschrittsdrang haben die Menschen im Vereinigten Königreich (+5), in Russland (+3), Australien (+2) und den USA (+1). Im Schnitt ganz leicht fortschrittskritisch zeigen sich nur die Schweizerinnen und Schweizer (-4).

Wie ist ein Wert um 0 einzuordnen? Herrscht in diesen Ländern genereller Widerstand gegenüber Veränderung vor? «Die hohe Lebensqualität kann ein Teil der Erklärung sein, warum man den Status quo nur wenig verändern möchte», so Cloé Jans von gfs.bern, «generelle Zweifel am Fortschritt lassen sich aber nicht ableiten.» Die Studienleiterin weist auf die grosse Differenzierung zwischen einzelnen Themen hin. So wird in der Schweiz der Untergrundverkehr (+51) sehr begrüsst und die abnehmende Medienfreiheit (-52) stark kritisiert; beides sind prononcierte Aussagen, deren Werte sich gegenseitig ausgleichen und die erst in der Summe nach Fortschrittsstillstand aussehen.

Um das Credit Suisse Fortschrittsbarometer umfänglich zu erfassen, lohnt sich also die Vertiefung in die Details. In drei



Kapiteln werden die spezifischen Themen genauer untersucht und analysiert. Der Vergleich zeigt: Über alle 16 Länder gesehen ist der Wunsch nach wirtschaftlichem Fortschritt (+16) am stärksten ausgeprägt, vor jenem nach gesellschaftlichem (+12) und politischem (+5).



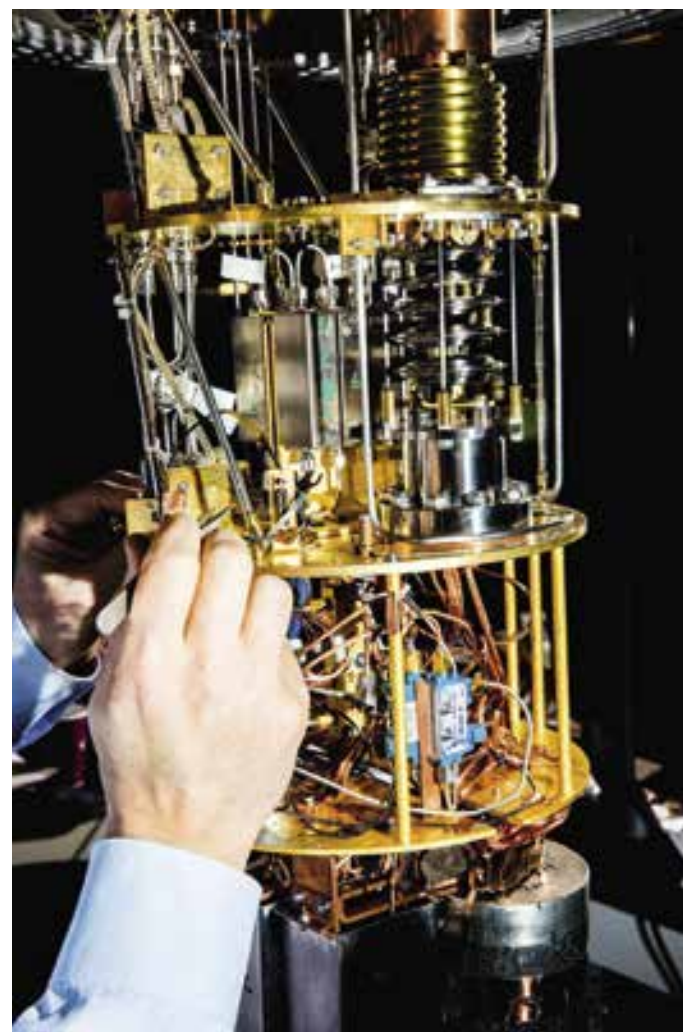
Zwei wirtschaftliche Themen erhalten auf globaler Ebene am meisten Zustimmung (Rangliste in der Seitenmitte): die Förderung der Mobilität mit elektrischen Fahrzeugen (+40) und die Weiterbildung (+38). «Wenn technischer Fortschritt und Nachhaltigkeit zusammenkommen», sagt Studienleiterin Cloé Jans, «dann gibt es einen globalen Ruf nach Fortschritt. Dieser Zeitgeist zeigt sich besonders bei der E-Mobilität.»

Als Nächstes folgen drei gesellschaftliche Trends: Kinderbetreuung (+36), Gleichberechtigung (+33) und Work-Life-Balance (+29). Am Ende der Rangliste finden sich das Outsourcing (-12), die Desinformation (-15) und die Polarisierung (-16). Cloé Jans sagt zur Polarisierung: «Statt auf pragmatische Lösungen zu fokussieren, wird ein öffentlicher Kampf um Macht ausgetragen. Mehr Ernsthaftigkeit ist auf der politischen Bühne gefragt. So kann auch der Fortschrittsglaube von der Politik wieder gefördert werden.» ■

Wo am meisten ... **BREMSEN** ◀

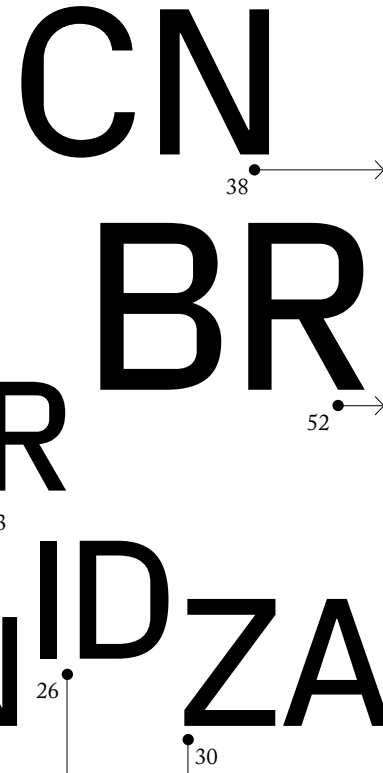
▶ **BESCHLEUNIGEN**

In vielen Ländern begrüsst man die Verwendung von Steuergeldern zu Forschungszwecken. Im Bild: ein Quantencomputer an der Yale University, USA.



WIRTSCHAFT

Ökonomische Themen erhalten am meisten Zuspruch, besonders die E-Mobilität und Investitionen in Bildung. Outsourcing und der Wegfall von Kulturland werden kritischer beurteilt.



Die Zukunft steht unter Strom

Fortschritt bremsen ◀ 0 ▶ Fortschritt wagen

#fortschrittsbarometer

Den Befragten wurden zehn Themen zum wirtschaftlichen Fortschritt in ihren Ländern vorgelegt. Schaut man den Durchschnitt der Bewertungen an, ergibt sich ein klares Bild (siehe Abbildung oben): Die Menschen in den entwickelten Ländern möchten den Fortschritt moderat, jene in den aufstrebenden Nationen stark beschleunigen. In den Top 7 befindet sich kein europäisches oder nord-amerikanisches Land.

Im Vergleich mit Gesellschaft (+12) und Politik (+5) ist die Wirtschaft (+16) jener Bereich, in welchem die Entwicklung am stärksten angekurbelt werden soll. Zwei Themen finden in fast allen Ländern viel Zuspruch: Weiterbildung/Forschung und die E-Mobilität. Letztere hat gar den höchsten Zuspruch von sämtlichen befragten Themen.

Die Schweiz (-5) hat als einziges Land einen Wert leicht unter 0. Die Bevölkerung steht einem weiteren wirtschaftlichen Fortschritt also etwas skeptisch gegenüber, was

jedoch differenziert werden muss. Bremsen wollen die Befragten besonders bei der Kulturlandreduktion (-43) und beim Outsourcing (-42), beschleunigen wollen sie hingegen die Entwicklung im Bereich der E-Mobilität (+23) und die Nutzung von Steuergeldern für die Forschung (+39).

Australien und Chile (je +3), USA (+4), Kanada und das Vereinigte Königreich (je +8) und Deutschland (+10) gehören zu den westlichen Ländern, die den wirtschaftlichen Fortschritt moderat vorantreiben wollen. Ähnlich wie in der Schweiz werden Kulturlandreduktion und Outsourcing eher skeptisch betrachtet, E-Mobilität, Forschung und Aus-/Weiterbildung hingegen sollen intensiviert werden. Ergänzt wird dieses Bild durch lokale Besonderheiten. In Chile etwa sorgen sich die Befragten um höhere Mietpreise aufgrund des Baubooms (-42), im Vereinigten Königreich möchte man in Zeiten des Brexits den Frei-

Über alle 16 Länder gesehen erhält die Förderung der elektrischen Mobilität am meisten Zustimmung. Im Bild: Elektroscooter auf dem Potsdamer Platz in Berlin, Deutschland.





In der Schweiz soll die Kulturlandreduktion (-43) gestoppt werden. Im Bild: Stalden, Kanton Obwalden.

+66

Die Brasilianerinnen und Brasilianer wollen die inländische Produktionsbasis stärken, um die Abhängigkeit von Rohstoffen zu mindern.



Im Vereinigten Königreich möchte man in Zeiten des Brexits den Freihandel fördern (+27). Im Bild: Nissan-Fabrik in Sunderland.

handel fördern (+27), und in Deutschland werden tiefere Unternehmenssteuern als Mittel zur Anziehung von ausländischen Firmen skeptisch (-14), dafür die Energiewende (+39) umso optimistischer beurteilt.

Die Japanerinnen und Japaner (+12) bilden in allen drei untersuchten Bereichen eine Ausnahme: Ihre Bewertungen sind jeweils sehr homogen, meist leicht fortschrittsorientiert, aber ohne grössere Ausreisser.

In Russland (+14) fällt auf, dass der Übergang von einer industriellen in eine Dienstleistungsgesellschaft (-24) gebremst werden soll, die Menschen im dicht besiedelten Singapur (+15) wiederum wünschen sich nur bei einem wirtschaftlichen Trend etwas Verlangsamung, nämlich bei den hohen Lebenskosten (-10).

Indien (+22), Südkorea (+23), Indonesien (+26) und Südafrika (+30) liegen in ihrem Fortschrittsbegehren nahe beieinander. In Indonesien gehören zwei lokalspezifische Themen zu den Favoriten: weniger bürokratische Hindernisse (+38) und mehr ausländische Firmen (+39), wobei diese Firmen besser nur wenig ausländisches Fachpersonal (-3) beschäftigen sollten. Dies wird in Indonesien als einzige wirtschaftliche Entwicklung als nicht förderungswürdig bewertet. In Südkorea hingegen soll die Entwicklung bei allen zehn abgefragten Wirtschaftsthemen beschleunigt werden. In Indien werden, im Unterschied zu Deutschland, die Unternehmenssteuern als Standortmarketing-Mittel begrüsst. In Südafrika schliesslich soll die staatliche Unterstützung von erneuerbaren Energien gefördert werden – mit Nachdruck (+65).

China (+38) und Brasilien (+52) werden in der Studie als «Fortschritts-turbos» identifiziert. In China, wo wie in den meisten anderen Ländern Bildungsinvestitionen und E-Mobilität am meisten beschleunigt werden sollen, wird zudem der Freihandel (+54) als überaus ausbauwürdig beurteilt. In Brasilien wiederum soll, zusätzlich zu den beiden Hauptthemen, auch die Produktionsbasis verbessert werden, um weniger von Rohstoffen abhängig zu sein (+66); der Freihandel (+60) und die Investitionen von internationalen Firmen (+64) sollen weiter vorangetrieben werden. ■

«Die grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse»

Ökonom Soumitra Dutta sieht in der Tendenz zur wirtschaftlichen Fortschrittsskepsis im Westen keine Gefahr für dessen Innovationskraft.

Interview Oliver Adler, Chefökonom der Credit Suisse Schweiz



Soumitra Dutta (56) ist Wirtschaftspräsident an der Cornell University. Der gebürtige Inder ist Co-Herausgeber und Autor des Global Innovation Index (in Zusammenarbeit mit der World Intellectual Property Organization und Insead) und Co-Vorsitzender des Global Future Council on Innovation Ecosystems des WEF (bis Ende 2019) sowie Mitglied des Davos Circle.

Soumitra Dutta, die Befragten wollen in Wirtschaftsbelangen am meisten beschleunigen. Wie erklären Sie das? Ich möchte auf die Bedürfnispyramide des amerikanischen Psychologen Abraham Maslow hinweisen, der eine Hierarchie der menschlichen Bedürfnisse beschreibt. Zuerst kommen die grundlegenden physiologischen Elemente wie Nahrung und Sicherheit, auf den nächsten Stufen soziale Wünsche wie Liebe, Wertschätzung und Selbstverwirklichung. Eine starke Wirtschaft deckt die grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse ab.

Die E-Mobilität erfährt in fast allen untersuchten Ländern eine enorme Unterstützung. Warum? Weltweit wird der Nachhaltigkeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt und ich sehe den Trend zu alternativen Energiequellen als Teil dieses globalen Wandels. Elektrofahrzeuge und ähnliche digital betriebene Geräte sind sicherlich ein Teil der Umstellung auf alternative Energiequellen. Ich würde E-Mobilität auch stellvertretend für den Fortschritt der digitalen Technologien interpretieren. Alle Sektoren werden durch digitale Technologien verändert, und die Menschen sehen in der digitalen Transformation sowohl eine grosse Herausforderung als auch eine Chance. Sie realisieren, dass die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung ihrer Nationen und damit ihr eigenes Wohlergehen direkt mit der erfolgreichen Einführung digitaler Technologien verbunden sind.

Im Hinblick auf die Verlangsamung des wirtschaftlichen Fortschritts ist das Hauptanliegen das Outsourcing, insbesondere in den Industrieländern. Hier zeigt sich: Der Aufstieg der Schwellenländer, insbesondere einiger wichtiger Länder wie China, bereitet in Europa und Nordamerika Sorgen. Die Menschen fürchten die Verlagerung von Arbeitsplätzen in diese aufstrebenden Märkte, wie dies beispielsweise schon im verarbeitenden Gewerbe der Fall ist. Die Furcht vor dem Arbeitsplatzverlust ist ein Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche Unsicherheit im Westen.

Die Länder mit dem grössten Wunsch nach wirtschaftlichem Fortschritt sind Brasilien, China und Südafrika. Aber kein europäisches oder nordamerikanisches Land gehört zu den Top 7. Besteht die Gefahr, dass diese Länder bei der Innovation zurückbleiben? Ich sehe kein unmittelbares Risiko, da diese Länder über sehr starke Institutionen, erfolgreiche Universitäten und enormes Humankapital im eigenen Land verfügen. Zudem besitzen sie eine globale Anziehungskraft für Talente und Kapital. Es wird sehr lange dauern, bis die Bürger der Schwellenländer, einschliesslich Chinas, den Lebensstandard des Westens erreicht haben.

Wenn Sie persönlich einen bestimmten Konjunkturtrend stoppen oder beschleunigen könnten, was wäre es? Ich würde sicherlich die Einführung digitaler Technologien oder – analog den Umfrageergebnissen – die Elektromobilität beschleunigen. Der digitale Wandel vollzieht sich überall um uns herum, und diejenigen Firmen und Nationen, die bei der digitalen Transformation führend sein werden, werden auch in der neuen digitalisierten Welt erfolgreich sein. Diese Transformation könnte auch einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. ■



Fake News und Desinformation sollen gestoppt werden, aber die Mitsprachemöglichkeiten von Social Media werden geschätzt. Viele differenzierte Aussagen zu politischen Themen, gerade auch in den USA.



In Südafrika soll Land für die alternative Energieerzeugung zur Verfügung gestellt werden (+60). Im Bild: Windpark von Eskom in Tsitsikamma.

Weniger Gezwitscher, mehr Inhalt

In Japan werden meist Positionen nahe der Mitte vertreten, so auch bei der Mitsprachekraft von Social Media (0). Im Bild: Jugendliche in Tokio.



Fotos: Vincent Migat/VU/laif; Paul Langrock/Zenit/laif

Von den drei untersuchten Bereichen herrscht bei politischen Fragen gesamthaft der geringste Wunsch nach Fortschritt. Trotzdem gibt es auch hier Themen, bei welchen die Befragten stark beschleunigen wollen.

Das politische Fortschrittsrad am meisten zurückdrehen wollen die Amerikanerinnen und Amerikaner (-10), insbesondere bei der Polarisierung und der Desinformation (beide -33), was angesichts der dort besonders heftigen Debatte rund um sogenannte Fake News wenig erstaunen mag. Überraschender ist, dass die Befragten die Mitsprachekraft von Social Media (+12) als das einzige Thema sehen, das im politischen Bereich gestärkt werden soll. Gemeint ist die Möglichkeit, als Bürger Einfluss zu nehmen auf die Entscheidungsträger.

In der Schweiz (-6) sollen Polarisierung (-41) und Desinformation (-37) sogar noch stärker gebremst werden, genauso wie der Regulationsanstieg (-37). Auf der anderen Seite des Spektrums steht die Entwicklung im Bereich des Untergrundverkehrs (+51), welche die Befragten, wie schon im ersten Fort-

schrittsbarometer (2018), stark beschleunigen wollen – möglicherweise besteht ein Zusammenhang mit Cargo sous terrain, dem Logistiksystem, das ab 2030 die grossen Zentren der Schweiz unterirdisch verbinden soll.

Drei Länder haben eine leicht negative durchschnittliche Einstellung zu politischen Entwicklungen, wobei auf der «Bremsen»-Seite jeweils die Polarisierung und die Desinformation eine wichtige Rolle spielen. Dazu kommen folgende regional geprägten Haltungen: in Australien (-4) will man von einer erhöhten internationalen Abhängigkeit (-16) wegkommen und den politischen Kompromiss fördern (+26). Die Kanadierinnen und Kanadier (-3) wünschen ein grösseres Engagement in der Entwicklungshilfe (+18), während im Vereinigten Königreich (-2), dem Mutterland der U-Bahnen, der Untergrundverkehr (+24) sehr grosse Popularität genießt und weiter ausgebaut werden soll.

In Russland (0) wiederum wünschen die Befragten weniger Regulierungen (+38), die

Stärkung von Social Media (+43) und die Bereitstellung von mehr Land für die Erzeugung von Wind- und Sonnenenergie (+41). Letzteres ist in Deutschland (+2) gar jenes politische Thema, welches die höchste Unterstützung erfährt (+28), was zur dort ebenfalls populären Energiewende passt (siehe Kapitel Wirtschaft). In Japan (+3) liegen die politischen Themen alle sehr nahe beisammen, wobei auffällt, dass diese gesamthaft etwas weniger beschleunigt werden sollen als gesellschaftliche (+11) oder wirtschaftliche (+12). Im Inselstaat Singapur (+4) schlägt nur ein politischer Trend nach oben aus: Projekte gegen Naturkatastrophen (+35). In Südafrika (+6) will man vor allem Land für die alternative Energieerzeugung zur Verfügung stellen (+60) und in Indonesien (+6) die Entwicklungshilfe (+48) ausbauen.

Es folgen die Länder, die im politischen Bereich wesentlich stärker beschleunigen wollen: Im Erdbebenland Chile (+10) sollen vor allem Projekte zur Abfederung von Naturkatastrophen gefördert werden (+61) sowie die politische Dezentralisierung (+41). Die Menschen in Südkorea (+11) ordnen die Entwicklungshilfe (+29) als drängendstes politisches Fortschrittsprojekt ein, in Indien (+11) wird die Entwicklung von Projekten unterstützt, welche die Effekte der Klimaerwärmung abfedern (+32).

In Brasilien (+19) wollen die Befragten mehr Einfluss für Social Media (+52) und mehr Entwicklungshilfe (+41). Bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen des Amazonas, um die Wirtschaftslage des Landes zu verbessern, wollen sie leicht bremsen (-1). Die Chinesinnen und Chinesen (+30) möchten die Entwicklungshilfe (+47) und die Kraft von Social Media (+45) ausbauen. ■



Im Vereinigten Königreich, dem Mutterland der U-Bahn, soll der Untergrundverkehr weiter ausgebaut werden (+24). Im Bild: die Oxford Circus Station in London.

+61

Im Erdbebenland Chile sollen Projekte zur Abfederung von Naturkatastrophen gefördert werden.



In der Schweiz möchten die Befragten den Regulationsanstieg (-37) umkehren. Im Bild: Das Ende einer Session im Parlament.

«Die Welt hat sich dramatisch verändert»

Politologe Ian Bremmer über den aufkeimenden chinesischen Traum, das weitverbreitete politische Unwohlsein und den demokratischen Vorzeigefall Schweiz.

Interview Manuel Rybach, Global Head Public Affairs and Policy, Credit Suisse



Ian Bremmer (50) ist ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler und Bestsellerautor. Er ist Gründer und Präsident der Beratungsfirma Eurasia Group sowie Initiator des Global Political Risk Index (GPRI).

Ian Bremmer, die Befragten möchten den Fortschritt bei politischen Themen weniger beschleunigen als bei wirtschaftlichen und gesellschaftlichen. Was ist Ihre Erklärung dafür?

In vielen Demokratien, insbesondere in den Industrieländern, haben viele Menschen das Gefühl, das System funktioniere nicht mehr: Egal was sie tun, egal für wen sie stimmen, die Strukturen ändern sich trotzdem nicht, der Gesellschaftsvertrag greift nicht mehr. Dieses Gefühl ist seit Jahrzehnten verbreitet, auf beiden Seiten des politischen Spektrums, es bildet die strukturelle Grundlage für den Populismus und die Anti-Establishment-Stimmung, die wir in vielen Demokratien auf der Welt beobachten. Nennen Sie es ein politisches Unwohlsein. Nicht, dass die Menschen nicht wollen, dass sich die Politik verbessert: Sie hielten Veränderungen für realistisch, aber es ist einfach nichts passiert. Und so haben viele resigniert.

Dieser Resignation zum Trotz kritisieren viele Befragte die wachsende Polarisierung dezidiert und wollen diese Entwicklung umkehren.

Die starke politische Polarisierung hat sich in relativ kurzer Zeit herausgebildet. Es ist möglich, dass die Menschen daher das Gefühl haben, es liesse sich noch etwas verändern. Twitter zum Beispiel hat entschieden, dass es keine politischen Anzeigen mehr zulassen wird. Aber das Resultat sagt mir auch, dass die Menschen auch hier die Hoffnung aufgeben könnten, wenn nichts geschieht und sich die Polarisierung weiter akzentuiert.

In den USA ist die Mitsprachekraft der sozialen Medien das politische Thema, das am meisten Unterstützung für Fortschritt findet. Ein überraschender Befund in Zeiten gefälschter Nachrichten und eines «Twitter-Präsidenten»? Nicht unbedingt. Social Media sind noch relativ neu und sind eine Technologie, die sich besonders für Menschen eignet, die soziale und politische Veränderungen fordern und erwarten. Das Problem ist, dass die sozialen Medien die Gesellschaft bisher mehr gespalten haben, als sie zu einigen. Solange sie nicht in der Lage sind, das Versprechen des Wandels, also der Verbesserung des täglichen Lebens, zu erfüllen, werden wir eher einen «Techlash» erleben, also eine Gegenreaktion, wie sie derzeit auch im US-Präsidentenwahlkampf und von einer Reihe europäischer Politikerinnen und Politiker verkündet wird. ▶

Die drei Länder mit dem grössten Appetit auf politischen Fortschritt sind China, Brasilien und Indien. Warum?

Wir mögen mit ihnen einverstanden sein oder nicht, aber diese drei Länder haben sehr starke politische Anführer und sie bewegen etwas. Xi Jinping ist Chinas stärkstes Staatsoberhaupt seit Mao und die Korruptionsbekämpfung war ein wichtiger Aspekt seines politischen Programms. In Indien gewann Narendra Modi letztes Jahr eine grosse Wahl. Er ist bei Hindus wegen seines Nationalismus enorm beliebt, weniger bei der muslimischen Bevölkerung. Eine ähnliche Situation herrscht in Brasilien vor mit Jair Bolsonaro und seinem Kampf gegen die Bereicherung der Eliten. Die Menschen haben das Gefühl, dass er das politische System in einer Weise verändert, wie es kein anderer brasilianischer Politiker in den letzten Jahrzehnten getan hatte.

Am anderen Ende des Spektrums liegen Australien, die Schweiz und die USA. Warum sind die Menschen in diesen Ländern eher fortschritts-skeptisch? In Australien hat es viele politische Veränderungen gegeben, mit vier Regierungschefs in sechs Jahren, das untergräbt den Glauben an das System. In den Vereinigten Staaten hat sich nicht viel verändert, seit Trump gewählt wurde, er hat die meisten seiner Versprechen nicht erfüllt – es gibt beispielsweise noch immer keine Mauer zwischen den USA und Mexiko. Der Edelman Trust Index zeigte, dass die allgemeine Zustimmung und die Vertrauensraten für Organisationen und Institutionen in den USA auf einem sehr niedrigen Niveau liegen. Die Position der Schweiz mag überraschen, denn das dortige politische System hört dem Volk wirklich zu, das Land wird nicht von einer, sondern von verschiedenen Parteien regiert. Es kann gut sein, dass in der Schweiz die Menschen generell zufrieden sind und nicht das Gefühl haben, dass viel Veränderung stattfinden muss.

Was hat Sie von allen Ergebnissen am meisten überrascht? Dass die Chinesen besonders enthusiastisch sind gegenüber Veränderungen – wobei dies nicht unbedingt mehr Demokratie bedeutet. Und dass die Amerikaner

« Ich befürchte, die Lage wird schlimmer.»

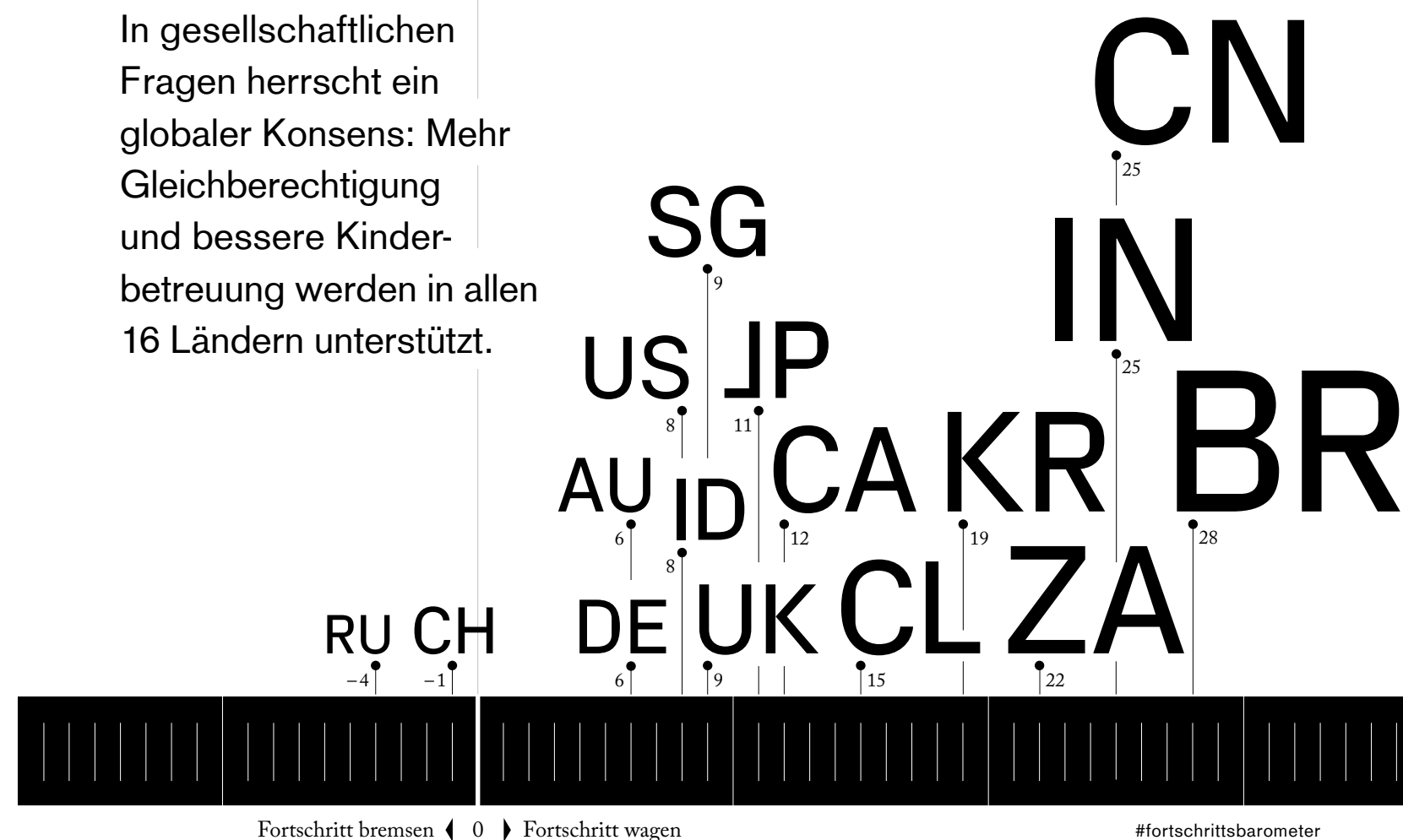
am wenigsten begeistert sind. Wenn der durchschnittliche Chinese mehr an den chinesischen Traum glaubt als der durchschnittliche Amerikaner an den amerikanischen Traum, wird einem plötzlich klar, dass sich die Welt dramatisch verändert hat. Denn die USA haben ihre Macht historisch gesehen nicht in erster Linie durch militärische Mittel, sondern durch bessere Ideen verteidigt.

Wenn Sie einen bestimmten politischen Trend in Ihrem eigenen Land stoppen oder beschleunigen könnten, was wäre das? Ich denke, das grösste Problem in den Vereinigten Staaten ist die Tatsache, dass Partikularinteressen zunehmend politisches Gehör erhalten. Diese Entwicklung begann vor Jahrzehnten und hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Das muss aufhören. Wir leben in einer Zeit mit Wirtschaftswachstum, das jetzt abnehmen könnte – ich befürchte, die Lage wird schlimmer.



In den USA sind Polarisierung und Desinformation (beide -33) Entwicklungen, die auf Kritik stossen. Im Bild: Medienvertreter bei einem Politanlass.

In gesellschaftlichen Fragen herrscht ein globaler Konsens: Mehr Gleichberechtigung und bessere Kinderbetreuung werden in allen 16 Ländern unterstützt.



Globaler Ruf nach Chancengleichheit

Im Bereich Gesellschaft möchten die Befragten die Entwicklung moderat antreiben (+12). Zudem gibt es Themen, die in fast allen 16 Ländern beschleunigt werden sollen, namentlich die Kinderbetreuung, die Gleichberechtigung und eine ausgewogene Work-Life-Balance. Eher bremsen möchte man beim Stadt-Land-Gegensatz und beim Rückgang von unabhängigen Medien.

In zwei Ländern überwiegt eine leichte Fortschrittsskepsis: Die russische Bevölkerung (-4), die die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben möchte, will die Entwicklung bei den Rechten von Homosexuellen (-42) zurückdrehen und sie sorgt sich um die Unabhängigkeit der Medienlandschaft (-29) sowie um den Stadt-Land-Graben (-28). Ausbauen möchte sie nur die Kinderbetreuung (+46). In der Schweiz (-1) ist die Medienfreiheit (-52) das dominante Thema, wobei die



In Brasilien wird einzig das Phänomen, dass der indigenen Bevölkerung der Lebensraum entzogen wird (-2), als umkehrungswürdige Entwicklung bewertet. Im Bild: Menschen in einem Reservat im Norden des Landes.

Erweiterung der Rechte von Homosexuellen (+30), die Kinderbetreuung (+32) und die Gleichberechtigung (+44) sehr stark unterstützt werden.

In Deutschland (+6) sticht die Landflucht (-37) heraus, die das Wohnen in der Stadt verteuern könnte. Australien (+6), die USA (+8) und das Vereinigte Königreich (+9) haben ähnliche Profile; bei der Gleichberechtigung, den Rechten von Homosexuellen, der Kinderbetreuung und der Work-Life-Balance wollen die Befragten in den drei angelsächsischen Ländern den Fortschritt beschleunigen. Auch die Bevölkerung von Singapur (+9)

In Singapur, wie in vielen anderen Ländern, erfährt der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote (+32) breite Unterstützung. Im Bild: Im Kindergarten wird gelehrt, wie man kleine Roboter programmiert.



teilt diese Präferenzen, nur die Rechte von Homosexuellen (-9) möchte man hier eher einschränken.

Ein Sonderfall ist Indonesien (+8), wo neben den bekannten Themen auch die Treibstoffsteuer als Mittel zur Bekämpfung der Klimaerwärmung (+21), die Immigration (+23) und die Alterung der Gesellschaft (+24) vorgebracht werden sollen. Gebremst werden soll – auch dies eine indonesische Besonderheit – der staatliche Eingriff bei religiösen Themen (-23).

Die Japanerinnen und Japaner (+11) möchten bei keinem gesellschaftlichen Thema das Rad der Entwicklung zurückdrehen. In Kanada (+12) und Chile (+15) unterstützen die Befragten die gesellschaftliche Entwicklung viel stärker als die wirtschaftliche – in diesem Ausmass ist das in keinem anderen untersuchten Land zu beobachten. In Chile ist besonders die staatliche Armutsbekämpfung (+57) ein grosses Anliegen. Südkorea (+19) hat ein ähnliches Profil wie Singapur, nur ist der Fortschrittswille etwas ausgeprägter. In Südafrika (+22) sind Gleichberechtigung (+54) und Kinderbetreuung (+51) die grössten Fortschrittsstreiber, die Inderinnen und Inder (+25) wollen alle gesellschaftlichen Themen beschleunigen, am meisten die Förderung der Frauen (+37).

China (+25) und Brasilien (+28) sind auch bei gesellschaftlichen Themen am stärksten fortschrittsorientiert. In beiden Ländern ist die Work-Life-Balance das dominante Thema, in Brasilien wird einzig das Phänomen, dass der indigenen Bevölkerung der Lebensraum entzogen wird (-2), als umkehrungswürdige Entwicklung taxiert. ■

+37

Die Inderinnen und Inder wollen alle gesellschaftlichen Themen beschleunigen, am meisten die Förderung der Frauen.

Fotos: Nicoló Lanfranchi/laif; Ian Teh/Panos Pictures

«Probleme werden nicht gelöst, wenn wir uns abnabeln»

Mary Ellen Iskenderian, Präsidentin und CEO von Women's World Banking, über den sozialen Fortschritt und darüber, wie man die grossen Herausforderungen unserer Zukunft angehen soll.

Interview Laura Hemrika, Global Head Corp. Citizenship & Foundations, Credit Suisse



Mary Ellen Iskenderian (60) ist Präsidentin und CEO von Women's World Banking, dem weltweit grössten Netzwerk von Mikrofinanzinstituten und -banken. Zuvor arbeitete die Ökonomin bei der Weltbank. Mary Ellen Iskenderian ist ausserdem Beraterin der Clinton Global Initiative.

Wir befinden uns am Ende eines Jahrzehnts, in dem viele soziale Fragen – von den LGBTQ+-Rechten* über die Rechte der Frauen bis hin zu den Auswirkungen der Einwanderung – ins Zentrum des öffentlichen Diskurses gerückt sind. Haben sich die Fortschritte in diesen Bereichen beschleunigt? Im Allgemeinen ja. Aber ich glaube, dass es in den letzten Jahren in vielen Bereichen auch eine Reaktion gegen den Wandel gegeben hat – bis zu einem gewissen Grad sind die Fortschritte bei einer Reihe von Fragen ins Stocken geraten. Es gibt einen Wettlauf zwischen denen, die daran arbeiten, die Dinge weiter voranzutreiben, und denen, die aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen gegenüber weiterem Fortschritt eher kritisch eingestellt sind.

Zeigen sich hierbei grosse nationale Unterschiede?

Es gibt sicherlich geografische und kulturelle Differenzen, wie auch die Einstellung der Menschen zum Fortschritt variiert. Das Fortschrittsbarometer der Credit Suisse zeigt, dass die Gleichberechtigung ein Bereich ist, in dem die Mehrheit der Befragten weltweit eine Beschleunigung des Fortschritts wünscht, und dass es einen noch grösseren Konsens über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Notwendigkeit von familienergänzender Kinderbetreuung gibt. Andererseits

sind die Menschen bei der Einwanderung und leider auch bei den LGBTQ+-Rechten ambivalenter eingestellt. Im Allgemeinen ist der Wunsch nach sozialem Fortschritt in den Schwellenländern am grössten; die Menschen in den westlichen Ländern scheinen weniger fortschrittsbegeistert zu sein.

Woran liegt das?

Individuelle Entscheidungen sind komplex und schwer zu verallgemeinern. Eine Erklärung könnte sein, dass es an den Orten, wo die Menschen mehr zu verlieren haben und sich möglicherweise vom Wandel bedroht fühlen, verlockender ist, den Status quo zu konservieren und Barrieren zwischen sich selbst und denjenigen zu schaffen, die weniger haben. Das könnte auch erklären, warum Fortschritte bei der Einwanderung und den LGBTQ+-Rechten eher skeptischer beurteilt werden. Bürger wohlhabender Länder, die um ihren sozialen oder wirtschaftlichen Status fürchten, neigen vielleicht eher zur Annahme, dass der Kuchen immer die gleiche Grösse hat und

*LGBTQ+: Sammelbezeichnung für Menschen, die nicht heterosexuell sind oder deren Geschlechtsidentität nicht dem binären Modell von männlich und weiblich entspricht. Abkürzung für englisch «lesbian, gay, bisexual, transgender, queer and other sexualities».

dass bei Veränderungen jemand anderes ein grösseres Stück auf ihre Kosten bekommt. Andererseits haben viele Länder mit grosser Unterstützung für den sozialen Fortschritt – ich denke an Südafrika, Brasilien und Indien – eine junge und wachsende Bevölkerung, die darauf bedacht ist, ihr Leben weiter zu verbessern, anstatt primär das zu verteidigen, was sie hat. Diese Menschen sehen, wie der ganze Kuchen wächst und welche Möglichkeiten sich aus dem Fortschritt ergeben. Es ist wichtig, zu verstehen, dass soziale und kulturelle Fragen miteinander verbunden sind – Armut und Klimawandel wirken sich stärker auf die Entwicklungsländer aus, was zu mehr Hilfe in und Migration aus den Entwicklungsländern führt. Dies verstärkt die sozialen Spannungen in den entwickelten Ländern. Wenn wir gemeinsam an Lösungen für Armut und Klimawandel arbeiten, profitieren also sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer.

Women's World Banking zielt darauf ab, durch finanzielle Integration zur Stärkung von Frauen beizutragen. Welche Innovationen sind notwendig, um diesen Bereich voranzutreiben? Unser Fokus liegt auf dem raschen Ausbau der formalen finanziellen Integration unterversorgter Frauen in unseren sechs Schwerpunktmärkten. Diese Länder haben wir ausgewählt, weil wir da neue Lösungen, Lern- und Entwicklungsprogramme und politische Lösungen in grösserem Umfang entwickeln, testen und

«Soziale und kulturelle Fragen sind miteinander verbunden.»

»

breit ausrollen können. Häufig bestehen die Integrationshürden aus grundlegenden Problemen wie etwa der Tatsache, dass man seine rechtliche Identität nicht beweisen kann. Technologien wie biometrische Ausweise können hier helfen. Aber es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass Technologie kein Allheilmittel ist; wenn wir neue technologische Lösungen entwerfen, müssen wir ebenso die soziokulturellen Schranken berücksichtigen, denen Frauen ausgesetzt sind, sowie das Bedürfnis nach einem Gleichgewicht zwischen Technologie und menschlichem Austausch.

Während viele Befragte die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen durchaus positiv bewerten, sind sie gegenüber Fortschritten in politischen Fragen in den meisten Ländern skeptischer eingestellt. Kann der soziale und wirtschaftliche Wandel ohne politische Unterstützung vorankommen?

Ja, aber nur bis zu einem gewissen Grad. Das Vertrauen in politische Akteure ist in den letzten Jahren in einer Vielzahl von Ländern, insbesondere in Demokratien, gesunken. So können die Menschen Veränderungen wollen, aber ohne «mehr Politik». Im Umkehrschluss bedeutet das aber nicht, dass von Politikern und Regierungen kein Fortschritt gewünscht ist. Die grossen Probleme des 21. Jahrhunderts – demografischer Wandel, grosse Migrationsströme und Klimawandel – werden nicht gelöst, wenn wir uns abnabeln. Wirkliche Fortschritte können nur erzielt werden, wenn alle Akteure zusammenarbeiten. ■



Wir treiben die Transformation der Finanzmärkte voran

@creditsuisse #fortschrittsbarometer

DIE STUDIE Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Credit Suisse hat das Forschungsinstitut gfs.bern zwischen dem 20.9.2019 und 18.10.2019 das Fortschrittsbarometer online erhoben. Die Studie ist eine repräsentative Umfrage in 16 Ländern, wobei in der Schweiz 1737 Menschen befragt wurden, in allen anderen Ländern rund 1000. Den Befragten wurden Aussagen zu einer Entwicklung aus den Bereichen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vorgelegt mit der Aufforderung: «Bitte beurteilen Sie, ob diese Entwicklung beschleunigt oder gebremst werden müsste.» Ein Wert von +100 bedeutet: «Das Rad muss neu erfunden werden, um die Entwicklung zu forcieren.» Ein Wert von -100 heisst: «Das Rad sollte zurückgedreht werden.» Die «Dringlichkeit» auf der Karte auf den Seiten 2 und 3 fasst die Antworten um die Nulllinie sowie die Verweigerung von Antworten zusammen, also jene Gruppen, die sich nicht einordnen können oder sich an der Mitte orientieren. Je weiter oben in der Karte das Item angesiedelt ist, desto einiger ist sich die Bevölkerung in ihrer Einschätzung darüber, ob das Rad zurückgedreht werden soll oder nicht. Je weiter unten, desto weniger besteht Konsens. Der statistische Stichprobenfehler variiert je nach Land, zwischen $\pm 2,4$ Prozentpunkten (Schweiz) und $\pm 3,1$ Prozentpunkten (mehrere Länder).

IMPRESSUM Die Projektleitung bei der Credit Suisse verantworten Mandana Razavi, Katrin Schaad und Simon Staufer. Die vorliegende Auswertung erfolgte durch Simon Brunner / Ammann, Brunner & Krobath (Redaktion, Texte), Crafft (Layout, Grafiken) und Lauren Crow (Illustrationen), Studio Andreas Wellnitz (Fotoredaktion).

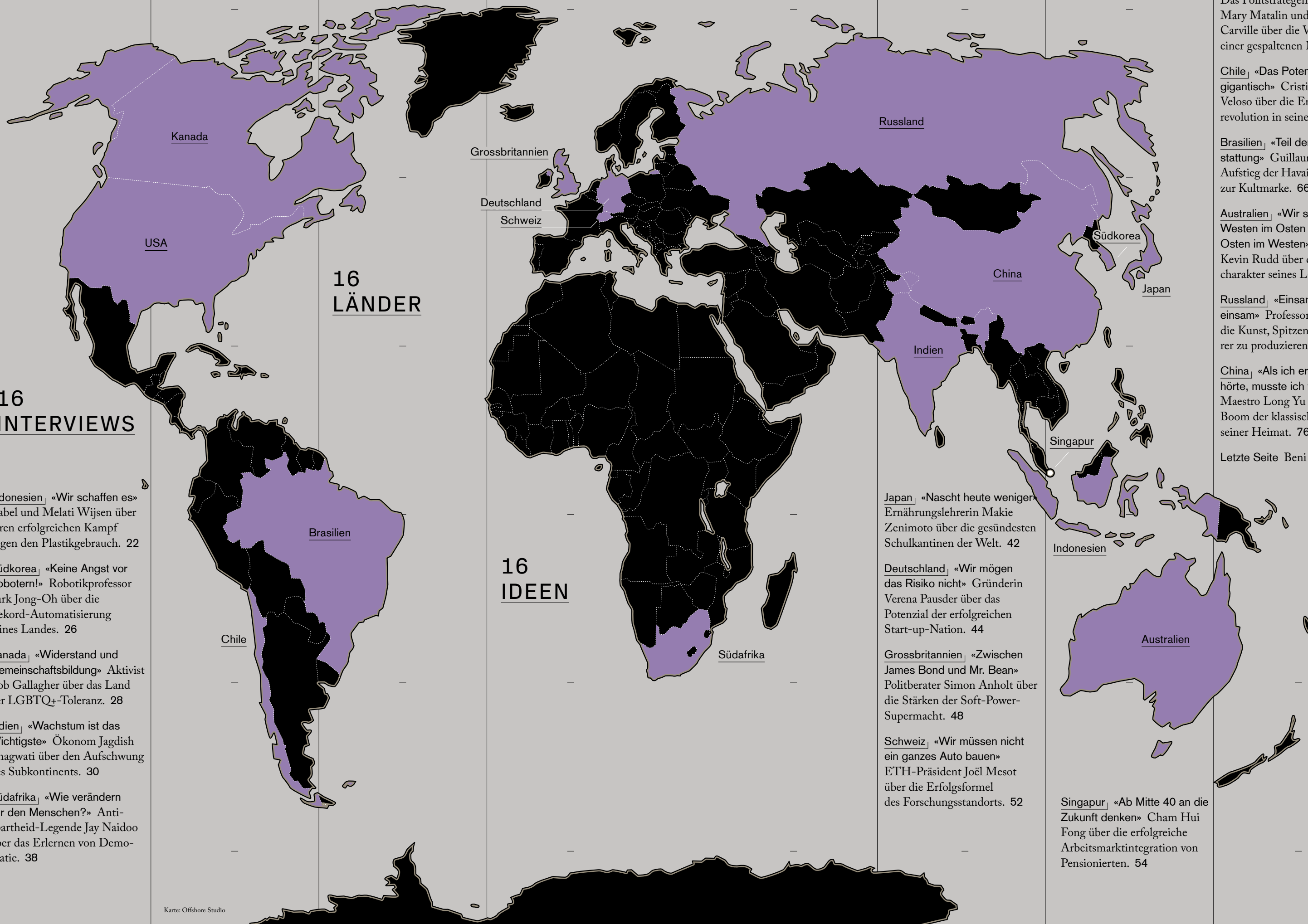
Die gesamte Umfrage, alle Länderprofile und das Archiv stehen zum Download bereit auf: credit-suisse.com/fortschrittsbarometer

Unsere erstklassigen Lösungen machen uns zu einem zuverlässigen und stabilen Partner. Das ist unseren Kunden nicht genug. Zurecht. Darum investieren wir in Zukunftstechnologien, schaffen so Mehrwert für sie und helfen Kosten senken. Unsere Kunden? Die können sich in ihrem Kerngeschäft auszeichnen.



www.six-group.com

INHALT



16
LÄNDER

16
IDEEN

16 INTERVIEWS

Indonesien | «Wir schaffen es» Isabel und Melati Wijsen über ihren erfolgreichen Kampf gegen den Plastikgebrauch. 22

Südkorea | «Keine Angst vor Robotern!» Robotikprofessor Park Jong-Oh über die Rekord-Automatisierung seines Landes. 26

Kanada | «Widerstand und Gemeinschaftsbildung» Aktivist Bob Gallagher über das Land der LGBTQ+-Toleranz. 28

Indien | «Wachstum ist das Wichtigste» Ökonom Jagdish Bhagwati über den Aufschwung des Subkontinents. 30

Südafrika | «Wie verändern wir den Menschen?» Anti-apartheid-Legende Jay Naidoo über das Erlernen von Demokratie. 38

Chile

Brasilien

Grossbritannien

Deutschland

Schweiz

Russland

Indien

China

Südkorea

Japan

Singapur

Indonesien

Australien

Südafrika

Japan | «Nascht heute weniger» Ernährungslehrerin Makie Zenimoto über die gesündesten Schulkantinen der Welt. 42

Deutschland | «Wir mögen das Risiko nicht» Gründerin Verena Pausder über das Potenzial der erfolgreichen Start-up-Nation. 44

Grossbritannien | «Zwischen James Bond und Mr. Bean» Politberater Simon Anholt über die Stärken der Soft-Power-Supermacht. 48

Schweiz | «Wir müssen nicht ein ganzes Auto bauen» ETH-Präsident Joël Mesot über die Erfolgsformel des Forschungsstandorts. 52

Singapur | «Ab Mitte 40 an die Zukunft denken» Cham Hui Fong über die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Pensionierten. 54

USA | «Wir streiten über alles» Das Politstrategen-Ehepaar Mary Matalin und James Carville über die Versöhnung einer gespaltenen Nation. 56

Chile | «Das Potenzial ist gigantisch» Cristián González Veloso über die Energie-revolution in seinem Land. 64

Brasilien | «Teil der Grundausstattung» Guillaume Prou zum Aufstieg der Havaianas-Flipflops zur Kultmarke. 66

Australien | «Wir sind der Westen im Osten und der Osten im Westen» Ex-Premier Kevin Rudd über den Vorbildcharakter seines Landes. 68

Russland | «Einsam, ziemlich einsam» Professor Shalyto über die Kunst, Spitzenprogrammierer zu produzieren. 74

China | «Als ich erstmals Mozart hörte, musste ich weinen» Maestro Long Yu über den Boom der klassischen Musik in seiner Heimat. 76

Letzte Seite Beni Bischof 80

«Wir schaffen es, weil wir keine andere Wahl haben»



Kämpfen erfolgreich für die Umwelt: Isabel (16) und Melati Wijsen (18) auf Bali.

INDONESIEN 2013 gründeten zwei junge Schwestern auf Bali die Initiative Bye Bye Plastic Bags. 2019 verbot die Regierung den Gebrauch von Plastiksäcken. ISABEL und MELATI WIJSEN über ihre Beweggründe und das Umweltengagement ihrer Generation.

Interview Christina Schott Foto Muhammad Fadli

Viele Menschen fühlen Angst, Verzweiflung oder Wut angesichts des Klimawandels. Was war euer Antrieb, etwas dagegen zu unternehmen?
Isabel Genau diese Gefühle! Manchmal ist das lähmend. Aber es motiviert auch, selbst eine Zukunft zu gestalten, auf die wir stolz sein können. 2013 haben wir in der Schule über einflussreiche Persönlichkeiten wie Mahatma Gandhi und Nelson Mandela gesprochen – Menschen, die die Welt verändert haben. Wir haben uns gefragt, was wir als Kinder auf Bali tun könnten, um etwas zu verändern.
Melati Um uns herum war überall Plastikmüll – auf den Reisfeldern, in den Flüssen, am Strand. Auf unserer Insel lagen die negativen Auswirkungen direkt vor unseren Augen. Das Problem war für uns also dringlicher und sichtbarer als für jemanden, der in Nordamerika aufwächst. Wir wollten nicht warten, bis wir alt sind. Ein Verbot von Plastiktüten als erstes Ziel schien uns machbar.

Indonesien gilt als zweitgrösster Plastikverschmutzer der Weltmeere. Wie konnte es so weit kommen?
Isabel Früher haben die Menschen ihr Essen in Bananenblätter eingewickelt, die man nach Gebrauch einfach wegwerfen konnte. Diese Gewohnheit hat sich mit der Einführung von Plastikverpackungen nicht geändert. Eine staatliche Müllabfuhr

gibt es nicht. Die Leute entsorgen ihren Abfall, indem sie ihn vergraben, verbrennen oder in die Flüsse werfen. Und in Indonesien leben über 260 Millionen Menschen.

Wie habt ihr eure erste Kampagne gestartet?
Melati Wir hatten keine Strategie, keinen Businessplan – nur unsere Leidenschaft. Zunächst haben wir Schulen besucht und Workshops mit lokalen Gruppen organisiert. Wir waren noch sehr jung, aber trotzdem haben wir schnell verstanden, dass alle Ebenen der Gesellschaft mitarbeiten müssen, um etwas zu erreichen – vor allem die Regierung. Also haben wir angefangen, Briefe zu schreiben, Leute anzurufen, an Türen zu klopfen. Unser Ziel war es, den Gouverneur von Bali persönlich zu treffen.

Und wie hat die Regierung auf euer Anliegen reagiert?
Melati Zuerst gar nicht. Bis wir in einen Hungerstreik getreten sind. Das war die entscheidende Wende: Innerhalb von 48 Stunden bekamen wir den gewünschten Termin beim damaligen Gouverneur. Sein jetziger Nachfolger hat das Plastikverbot dann sogar in seinen Wahlkampf aufgenommen. Es war wirklich cool zu sehen, wie unser Anliegen auf einmal eine grosse politische Plattform bekam.

Die Schwestern **Isabel (16)** und **Melati Wijzen (18)** waren zehn und zwölf Jahre alt, als sie 2013 auf ihrer Heimatinsel Bali die Initiative Bye Bye Plastic Bags (BBPB) gründeten. Unter anderem organisierten sie die bisher grösste Strandsäuberung der Insel mit über 13 000 Freiwilligen. Dank ihrer jahrelangen Kampagne hat die balinesische Regierung 2019 den Gebrauch von Einwegplastik verboten. BBPB ist inzwischen weltweit an rund 40 Orten aktiv und «Forbes» hat die Schwestern auf die Liste der «zehn inspirierendsten Frauen» gesetzt.

In Indonesien ist es nicht üblich, Kritik zu äussern, gerade gegenüber älteren oder höherstehenden Personen. Wie schwierig war es für euch, als Teenager politisch aktiv zu werden?
Melati Schwierig, denn wir mussten den Status quo infrage stellen. Und dass wir Mädchen waren, hat uns definitiv nie geholfen: Wir wurden ganz anders empfangen als Jungen, mussten uns viel mehr beweisen, viel härter arbeiten. Das Schwierigste war, über lange Zeit beharrlich zu bleiben. Dass es sechs Jahre dauern würde, hätten wir uns nie vorstellen können.

Wer hat euch bei euren Aktionen unterstützt?
Isabel Unsere Eltern haben sich all unsere verrückten Vorschläge angehört und uns geholfen, wo es ging. Aber auch unsere Schule, die Green School Bali, hat uns sehr unterstützt – es ist eine gut vernetzte, internationale Privatschule mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit.

Ein grosses Ziel habt ihr erreicht: Seit 2019 dürfen Händler und Gastronomen auf Bali kein Einwegplastik mehr verwenden. Wie gut funktioniert die Umsetzung?
Melati Erstaunlich gut! Ein grosser Teil benutzt tatsächlich keine Plastikverpa-

ckungen mehr. Unser Team führt regelmässig «Plastikpatrouillen» durch, um zu überprüfen, wo noch Einwegplastik benutzt wird, und nachzufragen, warum. Kleine Händler wissen oft nicht, was sie sonst benutzen sollen – ihnen machen wir dann Vorschläge. Strohhalme haben wir in den letzten Monaten fast gar nicht mehr entdeckt. Zudem haben wir das «Mountain Mamas»-Projekt lanciert. Frauen aus der Region Tabanan nähen alternative Stofftaschen aus gespendeter Kleidung und alten Laken oder Tischwäsche, die wir von Hotels erhalten.

Inzwischen gibt es Ableger von Bye Bye Plastic Bags auf der ganzen Welt. Wie ist dieses Netzwerk entstanden?
Melati Unser Modell kann ganz einfach kopiert werden. Junge Leute von allen Kontinenten fragen bei uns an, ob sie mitmachen können. Dann bekommen sie von uns ein Handbuch und ein Starterkit – den Rest müssen sie selbst machen. Wir erhalten jeden Tag drei bis vier solcher Anfragen. Insgesamt wurden wir schon mehrere Hundert Mal kontaktiert, aus aller Welt, aber meistens aus Asien.

Ihr habt schon vor der Uno, dem IWF und der EU gesprochen. «Forbes» hat euch auf die Liste der «zehn

inspirierendsten Frauen» gesetzt. Wie geht ihr mit diesem Ruhm um?
Isabel Das erste Mal auf einer internationalen Bühne zu sprechen, war noch sehr aufregend. Der Ruhm danach kam so natürlich, dass wir nie gross darüber nachgedacht haben. Inzwischen geniesse ich es, meine Stimme für eine wichtige Sache einzusetzen. Wir mussten aber lernen, Balance zu halten: Zeit mit der Familie und unseren Freunden zu verbringen – oder einfach mal Zeit für uns selbst zu nehmen.

Wie wichtig sind die sozialen Medien, um junge Leute zu mobilisieren?
Isabel Unglaublich wichtig, wir sind da permanent aktiv und haben schon über 50 000 Follower auf Instagram. In unserer Arbeit haben wir gelernt, was soziale Medien bewirken und wie sie effektiv für soziale Zwecke eingesetzt werden können. Es ist unglaublich – mit einem Klick erreicht man ein Riesenpublikum.

Seht ihr euch als Teil einer globalen Jugendbewegung gegen den Klimawandel?
Melati Ja, wir sehen uns gern als Teil des grossen internationalen Netzwerks. Wir beteiligen uns zum Beispiel an den

Ein Meer von Müll: angeschwemmter Plastikabfall an den Stränden von Bali.



weltweit koordinierten Freitagsmärschen. Der Mobilisierungsgrad junger Indonesier ist höher als irgendwo anders auf der Welt. Und besonders stolz macht uns, dass unser Netzwerk zu 80 Prozent aus Frauen besteht: junge Mädchen, die Führungsrollen übernehmen. Und wir haben noch viele Pläne – ein Plastikverbot für ganz Indonesien zum Beispiel.

Die jugendlichen Klimaaktivisten werden bisweilen stark hinterfragt. Ihre Kritiker argumentieren unter anderem, dass sie von Erwachsenen instrumentalisiert würden. Seht ihr euch mit ähnlicher Kritik konfrontiert?

Melati Ja, aber nicht in derselben Schärfe wie Greta Thunberg. Jeder, der behauptet, wir seien von Erwachsenen gesteuert, soll einfach mal eine Woche lang mit uns mitkommen und sehen, wie wir arbeiten. Es ist unsere Generation, die den Klimawandel erleben wird – daher sind wir es, die die Erwachsenen wachrütteln. Aber sie müssen ebenfalls handeln.

Glaubt ihr, dass wir es noch schaffen können, den Klimawandel einzudämmen?

Isabel Ich denke, wir werden es schaffen, weil wir keine andere Wahl haben. Ich glaube, dass sich die Handlungen Einzelner summieren können. Aber es muss sich jeder Einzelne stärker engagieren, damit wir kollektiven Druck auf unsere Regierungen ausüben können. Wir werden nur Erfolg haben, wenn alle Ebenen von Gesellschaft und Bildung mitarbeiten: Die Themen Umwelt und Klima sollten in der Schule unterrichtet werden. ■

«Keine Angst vor Robotern!»

♥ SÜDKOREA ist weltweit führend in der Automatisierung. Wie kommt das? Und werden damit auch massenweise Jobs vernichtet? PARK JONG-OH, der Leiter der nationalen Robot Research Initiative, erklärt.

Interview Fabian Kretschmer

Park Jong-Oh, in Südkorea gibt es 710 Industrieroboter pro 10 000 Angestellte und damit achtmal so viele wie im globalen Durchschnitt. Wie wurde das Land zum Vorreiter auf diesem Gebiet? Die Grundlage für die hohe Zahl von Roboteranwendungen in Korea ist sicherlich das ununterbrochene Wirtschaftswachstum seit über 50 Jahren, welches das Land von einer Agrargesellschaft zur mittlerweile elftgrößten Volkswirtschaft der Welt gemacht hat. Zudem werden Roboter allgemein in Ostasien als positiv und hilfreich angesehen.

In welchen Bereichen kommen die Roboter in Südkorea primär zum Einsatz? Bei der Anwendung von Industrierobotern dominieren vor allem die Grossserienroboter im Automobil- und Elektroniksektor. In Bezug auf Dienstleistungsroboter gibt es ebenfalls zwei primäre Anwendungsfelder: Assistenten für per-

sönliche Informationen und Spielzeugroboter. Damit unterscheidet sich Südkorea von Europa, wo man sich stärker auf professionelle Serviceroboter in den Bereichen Medizin und Verteidigung konzentriert.

Lässt sich beziffern, wie viel die Robotikindustrie dem Land wirtschaftlich einbringt? Der Gesamtumsatz des Marktes für Industrieroboter in Südkorea für das Jahr 2017 betrug rund 3 Milliarden US-Dollar, insgesamt umfasste die Branche 718 Unternehmen. Im Bereich von Dienstleistungsrobotern belief sich der Branchenumsatz der 472 Unternehmen auf etwa 600 Millionen US-Dollar, die grössten Marktteilnehmer sind Samsung Electronics und LG Electronics. Zudem erzielten

rund tausend Unternehmen mit Roboterkomponenten und -software einen Gesamtumsatz von 1,4 Milliarden US-Dollar.

Wie viel mehr kann ein Roboter im Vergleich zum Menschen leisten? Wenn es um die Produktivität geht, kann man die Leistung eines Roboters grob mit der eines menschlichen Arbeiters vergleichen. Hinzu kommt natürlich die Frage der Investitionskosten für den Robotereinsatz. In Südkorea betragen diese derzeit 50 000 bis 70 000 US-Dollar.

Südkorea leidet unter der höchsten Jugendarbeitslosigkeit seit rund 20 Jahren. Gibt es Hinweise, dass durch die hohe Robotisierung viele Arbeitsplätze wegfallen, und regt sich deswegen Unmut in der Bevölkerung?

Bisher gab es praktisch keine Proteste gegen die Automatisierung durch Roboter. Natürlich haben Roboter auch negative Nebeneffekte, indem gewisse Jobs wegrationalisiert werden, aber bislang wurden dazu keine zuverlässigen Statistiken publiziert. Ich gehe aber davon aus, dass es genügend Alternativen gibt, um nicht genutzte Personalressourcen aufzunehmen, die durch Roboteranwendungen verdrängt wurden. Die gestiegene Jugendarbeitslosigkeit wird vor allem durch die rasche Steigerung des Mindestlohns und ein angespanntes Beschäftigungsumfeld verursacht.

Versucht die Politik, wirtschaftliche Negativfolgen der Robotisierung abzufedern?

Die Regierung plant einige Gesetze im Hinblick auf die vierte industrielle Revolution – allen voran sollen künftig Smart Factories, deren Arbeitsabläufe zunehmend robotisiert sind, sowohl gesetzlich reguliert als auch finanziell unterstützt werden. Zudem werden verstärkt Personalschulungen initiiert, um Arbeiter für neue Berufsfelder im Bereich künstliche Intelligenz zu qualifizieren.

Südkoreas Präsident Moon Jae-in hat 2017 kurz nach seinem Amtsantritt eine Robotersteuer vorgeschlagen. Wurde diese mittlerweile umgesetzt? Der Präsident hat zwar seine Pläne einmal in der Nationalversammlung geäußert, bislang gab es jedoch keine konkreten Massnahmen in diesem Bereich.

Was kann die Welt von der koreanischen Erfahrung lernen? Habt keine Angst vor den Robotern! ■

«Method-2»: der erste bemannte zweibeinige Riesenroboter der Welt, made in Südkorea.



Park Jong-Oh (64) ist Leiter der Robot Research Initiative und Professor an der Universität Chonnam sowie Vorstandsmitglied der International Federation of Robotics.

♥ KANADA ist eine international führende Kraft im Kampf für Toleranz und die Stärkung von LGBTQ+*-Rechten. BOB GALLAGHER, wie wurde das Land so fortschrittlich?

Interview Michael Krobath Foto Maciek Jasik



* Sammelbezeichnung für Menschen, die nicht heterosexuell sind oder deren Geschlechtsidentität nicht dem binären Modell von männlich und weiblich entspricht. Abkürzung für englisch «lesbian, gay, bisexual, transgender, and queer and other sexualities».

Bob Gallagher, wie ist Kanada zu einem so toleranten Land geworden?
Die Basis dafür liegt in unserer Kulturgeschichte. Wir sind ein multinationales, multikulturelles Land. Im Ausland geborene Kanadier machten seit der Gründung des Landes im Jahr 1867 immer zwischen 15 und 20 Prozent der Bevölkerung aus. Die Kanadier haben die französische und die indigene Kultur rechtlich als Nationen innerhalb der Nation akzeptiert.

Die Entstehung von LGBTQ+-Rechten begann 1969, als Homosexualität formal entkriminalisiert wurde. Ja, aber die Diskriminierung und Gewalt hielt weiterhin an. Am 5. Februar 1981 überfiel die Polizei die schwulen Badehäuser in Toronto, was zu Hunderten von Verhaftungen führte und die LGBTQ+-Gemeinschaft mobilisierte. Es entstand eine politische Führung und eine sehr gut organisierte Bewegung, die durch die Aids-Epidemie zusätzlich an Stärke gewann und lernte, die Öffentlichkeit mit ihren Anliegen zu erreichen. All diese Kämpfe mündeten schliesslich in der Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe im Jahr 2005.

Was ist für Sie persönlich der wichtigste Fortschritt in Sachen Toleranz?
Der LGBTQ+-Bewegung gelang es, die Debatte von der individuellen Identität hin zu gesellschaftlichen Strukturen zu erweitern. Unser Ruf nach «sexueller Freiheit» wurde zum Ruf nach «gleichberechtigten Familien». Wir haben den Fokus vom Sex auf die Liebe verlagert.

Bringt die Diversität dem Land auch wirtschaftliche Vorteile?
Ja. Etwa im Tourismus oder als Wirtschaftsstandort. Studien haben gezeigt, dass sich Firmen für kanadische Standorte entscheiden, weil das tolerante Umfeld für ihre Mitarbeitenden wünschenswert ist und dazu beiträgt, qualitativ hochwertige Mitarbeitende anzuziehen.

In vielen Ländern gibt es antiliberalen Tendenzen. Was können diese Länder von Kanada lernen?
Toleranz und Freiheiten entstehen oft nicht nur durch Aufklärung. Die Geschichte der kanadischen LGBTQ+-Gemeinschaft zeigt, dass Widerstand, Mobilisierung und Gemeinschaftsbildung der sicherere Weg zu einer fortschrittlichen Gesellschaft sind. ■

Bob Gallagher (62) ist Aktivist und Experte für kanadische LGBTQ+-Geschichte sowie Fellow am Broadbent Institute in Ottawa.

«Widerstand und

Gemeinschaftsbildung»

« Wachstum ist das Wichtigste »



♥ INDIEN galt jahrzehntelang als hoffnungsloser Fall, heute zählt es zu den Schwellenländern mit dem grössten Wachstumspotenzial. Starökonom JAGDISH BHAGWATI über den Aufstieg des Subkontinents und die verfehlte Kritik am Freihandel.

Interview Daniel Ammann und Michael Krobath Fotos Mahesh Shantaram



Jagdish Bhagwati (85) gilt als einer der renommiertesten Handels-
experten weltweit und als ent-
schiedener Verfechter der Globalisierung.
Der Ökonom lehrt und forscht
seit 1980 an der New Yorker
Columbia University und wird seit
Jahren als Nobelpreisträger ge-
handelt. Bhagwati wuchs als eines
von sieben Kindern in einer Mittel-
standsfamilie in Mumbai auf. Er
ist verheiratet und hat eine Tochter.
Zusammen mit Ökonom Arvind
Panagariya veröffentlichte er das
Buch *«Why Growth Matters: How
Economic Growth in India Reduced
Poverty and the Lessons for Other
Developing Countries»*.

Herr Bhagwati, Indien gehört zu den
Gewinnern der Globalisierung, in den
letzten Jahrzehnten ist eine gewaltige
Mittelschicht entstanden. In Ihrem Buch
«Why Growth Matters» analysieren Sie
diesen wirtschaftlichen Aufstieg. Welches
sind die wichtigsten Erfolgsfaktoren?
Anfang der 1990er-Jahre änderte Indien
seinen wirtschaftspolitischen Kurs. Es
überwand eine populistische Politik, die
auf Protektionismus und Umverteilung
basierte und das Land zu einem randstän-
digen Akteur des Welthandels gemacht
hatte. Seither – und das darf niemanden
überraschen, der etwas von der Sache
versteht – hat sich Indiens Wachstum
stark beschleunigt. Und die Armut hat
abgenommen.

Wieso hatte man so lange auf
eine kontraproduktive Wirtschaftspolitik
gesetzt?
Indien hatte den ineffizienten politischen
Rahmen reproduziert, der das morbide
sowjetische Modell kennzeichnete.
Dadurch wurden ausländische Investoren
abgeschreckt und jeder Wettbewerb
verhindert. 1990 galt Indien als hoffnungs-
loser Fall. Die Wachstumsrate hatte
sich drastisch verringert; und ohne Wachs-
tum, das Arbeitsplätze für die Massen
der Armen schaffen konnte, nahm die
Armut zu.

Was können andere grosse Schwellen-
länder von Indien lernen?

Die wichtigste Lehre für andere grosse
Länder mit erheblicher Unterbeschäfti-
gung und Armut lautet schlicht und ein-
fach: Wachstum ist das Wichtigste. Lange
wurde diese Tatsache aber verneint und
als konservative «Trickle-down»-Strategie
verhöhnt, die fälschlicherweise davon
ausgehe, die Wohlstandsgewinne würden
auch unten in der Gesellschaft ankomen.
Ich habe das immer völlig anders
gesehen. In Ländern mit immenser Armut
ist das vielmehr eine «Pull-up»-Strategie,
die die Armen aus der Armut und in die
Erwerbstätigkeit führt.

Auch den Hang zur Umverteilung
kritisieren Sie seit Langem.

Ja, das ist die zweite Lehre für andere
Schwellenländer: Umverteilung ist
kein Allheilmittel. Der polnische Öko-
nom Michał Kalecki besuchte in den
1950er-Jahren Indien. Er fasste seine
Eindrücke mir gegenüber prägnant in
den Satz: «Indien hat zu viele Arme und
zu wenige Reiche.» Eine Politik der
Umverteilung, die auch von einigen re-
nommierten Ökonomen als Lösung
angepriesen wird, bewirkt nichts Positives
für die Armen. Im Gegenteil.

In einigen Jahren wird Indien China
in Bezug auf seine Bevölkerungszahl
überholen – wie wird sich die Welt
dadurch verändern?

Sowohl Indien als auch China haben eine
riesige Bevölkerung. Indien hat es nicht
geschafft, das Bevölkerungswachstum
einzudämmen, China hingegen hat es zu
stark eingedämmt. Der wichtigste Unter-
schied zwischen den beiden Riesenländern
besteht aber darin, dass Indien demo-
kratisch ist, während China das autoritäre
Modell gewählt hat und dieses derzeit
sogar noch ausbaut. Letztendlich wird
sich Indien – und nicht China – als
Modellland für Entwicklungsländer er-
weisen. ▶

Eine traditionelle Tänzerin macht mit einer Schulkasse ein Selfie beim Brihadeshwara-Tempel in Thanjavur.

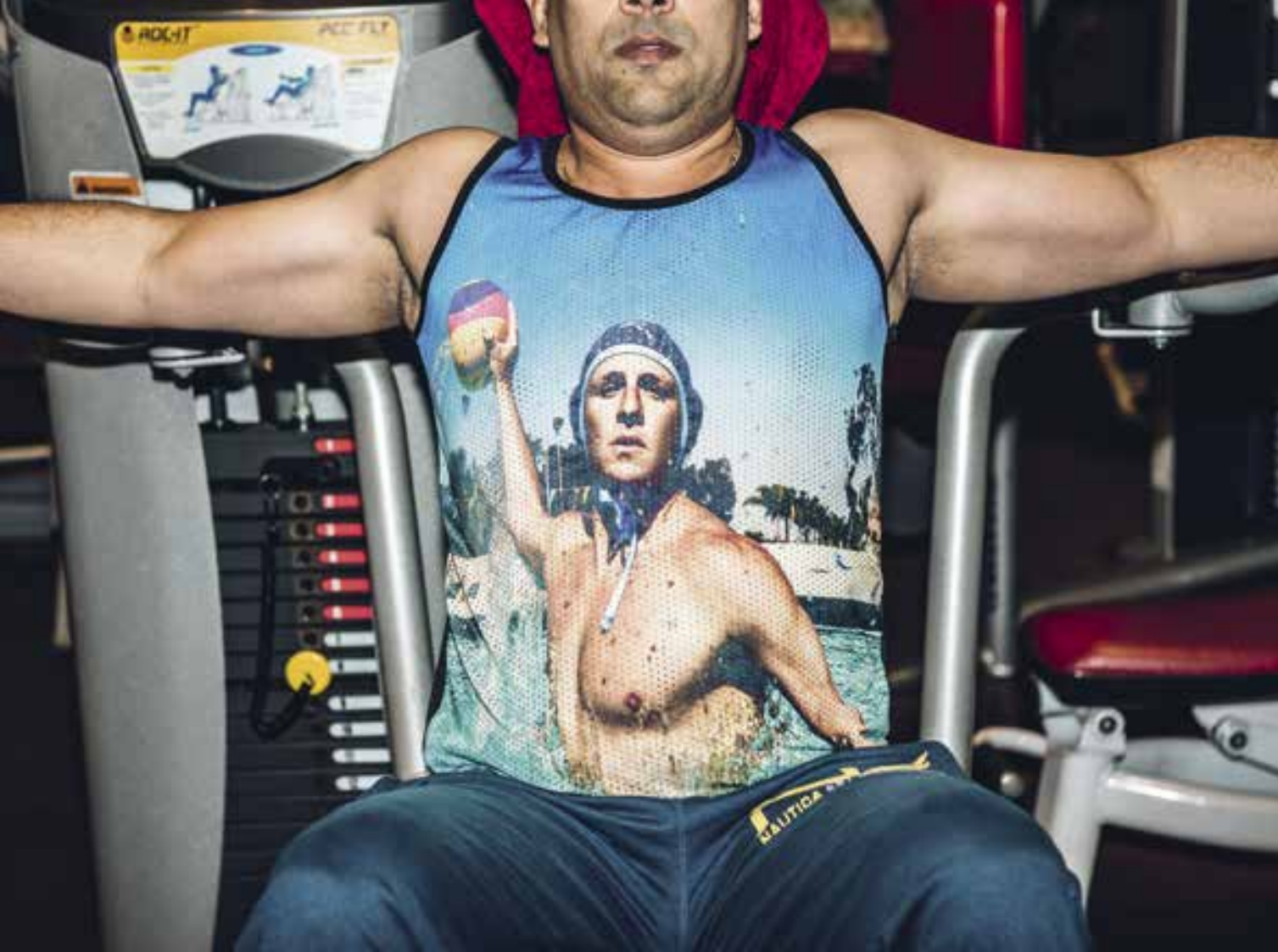


World Trade Center in Bangalore.





Amazon-Mitarbeiter beim Stretching vor der Schicht in Attibele bei Bangalore.



Work-out in einem Gym in Vashi, einem Vorort von Mumbai.



Farbenfrohe Hochzeitslocation in Hyderabad.



Strassenverkäufer im Zentrum von Mumbai.

Das neue Gesicht des Subkontinents

Mahesh Shantaram gehört zu den renommiertesten indischen Fotografen der Gegenwart. Als Foto-reporter und kritischer Beobachter reist er quer durch sein Land, um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruch, aber auch das Nebeneinander von Tradition und Moderne zu dokumentieren. Hier eine Auswahl der vergangenen zehn Jahre.

Wird das Wachstum Indiens unweigerlich unter den Handelsspannungen zwischen den USA und China leiden – oder könnte Indien sogar davon profitieren?

Die Handelsspannungen zwischen den USA und China sind tatsächlich von Vorteil für Indien, falls das Land intelligent handelt. Die Lieferketten bewegen sich seit einiger Zeit weg von China. Sie wurden nach Vietnam und sogar nach Bangladesch verlagert. Indien könnte leicht eine tragende Rolle in diesen Lieferketten übernehmen, aber das erfordert, dass Indien sich noch stärker für den internationalen Handel öffnet. Was es braucht, ist eine noch dramatischere Öffnung als zu Beginn der 1990er-Jahre.

Indien müsste eigentlich keine Angst vor internationaler Konkurrenz haben, zumindest, wenn man seine kulinarische Soft Power betrachtet: Chicken Tikka zum Beispiel ist heute eines der beliebtesten Essen in Grossbritannien. Heute lernen die Kulturen voneinander; die Briten geniessen Chicken Tikka und die Inder wiederum lieben amerikanisches

Kentucky Fried Chicken. Noch interessanter ist aber, dass heute nur noch wenige Menschen überhaupt wissen, woher ein bestimmtes Lebensmittel ursprünglich kommt! So wurden japanische Tempura von den Portugiesen aus Indien mitgebracht, wo sie als Bhajias bekannt waren. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Japaner Reisteig verwenden für die Panade.

Bis zur Finanzkrise galt der globale Freihandel weithin als Win-win-Spiel. Heute gibt es zahlreiche Politiker, aber auch Ökonomen, die ihn eher als Problem betrachten. Darunter auch einer Ihrer ehemaligen Schüler, der Nobelpreisträger Paul Krugman. Hatten Sie selber nie Zweifel? Die Finanzkrise hat der Globalisierung nur in einem Punkt geschadet: Es war, wie ich und Paul Krugman als Erste festgestellt haben, ein Fehler vieler Anhänger der Globalisierung des Handels, daraus zu schliessen, dass deshalb auch die Globalisierung der Kapitalströme eine gute Sache sein müsse.

Das hat Ihnen auch Zuspruch von ungewohnter Seite eingetragen. Stimmt. Ich wurde zu einer richtigen Berühmtheit, weil Linke wie der Historiker Eric Hobsbawm ein grosses Aufheben darum machten, dass «sogar ein Advokat des Freihandels wie Bhagwati» sich gegen die Globalisierung von Kapitalströmen ausgesprochen habe. Ich bemerkte damals, dass die Tatsache, dass ich für freien Handel bin, noch lange nicht bedeuten muss, dass ich auch für freie Kapitalströme bin.

Sie sehen also keine Krise der Globalisierung? Ich halte es nicht für richtig zu argumentieren, dass der Freihandel jetzt plötzlich ein Problem sein soll. In den Entwicklungsländern findet der Freihandel als Wachstumsmotor und damit als wirksames Instrument zur Armutsbekämpfung breite Unterstützung. Die Skepsis gibt es, das stimmt, aber vor allem in einigen der entwickelten Länder. Das ist eine Tatsache, die ich als «ironische Umkehrung» bezeichnen würde.

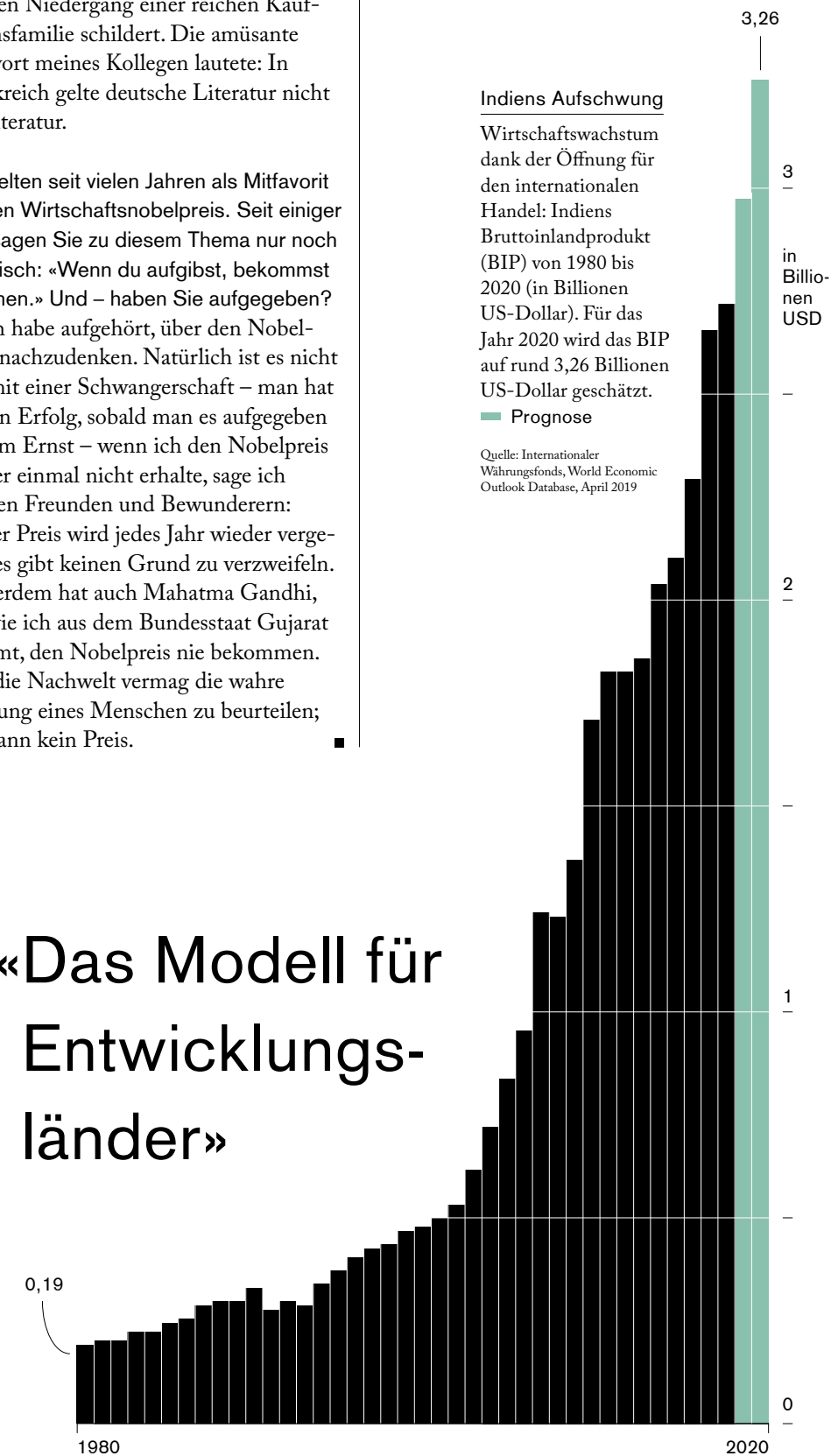
Was meinen Sie damit? In den 1950er-Jahren hatten die armen Länder Angst, auf den Weltmärkten mit den reichen Ländern zu konkurrieren; jetzt ist es umgekehrt. Und die Angst gilt nicht dem aggregierten Volkseinkommen, sondern der Ungleichheit. Aber es gibt kein überzeugendes Argument dafür, dass Offenheit in Handelsfragen notgedrungen zu mehr Ungleichheit führen muss. Eher ist es umgekehrt: Die Arbeitnehmer profitieren vom Handel, weil der Druck auf ihr Einkommen durch arbeitssparende technische Veränderungen ausgeglichen wird, wenn sie als Konsumenten Waren kaufen, die billig in ärmeren Ländern hergestellt wurden.

Sie halten also die ganze Debatte über Ungleichheit für verfehlt? Man sollte sich einfach nicht, wie es der französische Ökonom Thomas Piketty in seinem Bestseller «Das Kapital im 21. Jahrhundert» getan hat, auf die Einkommen der obersten 10 Prozent konzentrieren und dann beklagen, dass sie über-

proportional zugenommen haben. Diese Gruppe besteht doch über die Zeit nicht stets aus denselben Mitgliedern; gewisse Leute gelangen neu in diese Gruppe, andere verlassen sie. Ich habe einmal einen französischen Kollegen gefragt, ob Piketty denn nie Thomas Manns Roman «Buddenbrooks» gelesen habe, der den Niedergang einer reichen Kaufmannsfamilie schildert. Die amüsante Antwort meines Kollegen lautete: In Frankreich gelte deutsche Literatur nicht als Literatur.

Sie gelten seit vielen Jahren als Mitfavorit für den Wirtschaftsnobelpreis. Seit einiger Zeit sagen Sie zu diesem Thema nur noch lakonisch: «Wenn du aufgibst, bekommst du einen.» Und – haben Sie aufgegeben? Ja, ich habe aufgehört, über den Nobelpreis nachzudenken. Natürlich ist es nicht wie mit einer Schwangerschaft – man hat keinen Erfolg, sobald man es aufgegeben hat. Im Ernst – wenn ich den Nobelpreis wieder einmal nicht erhalte, sage ich meinen Freunden und Bewunderern: Dieser Preis wird jedes Jahr wieder vergeben, es gibt keinen Grund zu verzweifeln. Ausserdem hat auch Mahatma Gandhi, der wie ich aus dem Bundesstaat Gujarat stammt, den Nobelpreis nie bekommen. Nur die Nachwelt vermag die wahre Leistung eines Menschen zu beurteilen; das kann kein Preis.

«Das Modell für Entwicklungsländer»



Eine Braut ändert die Playlist kurz vor Beginn ihres Hochzeitsests in Bangalore.

In welchen Bereichen hat **SÜDAFRIKA** seit dem Ende der Apartheid Fortschritte gemacht? Wo liegen heute die grössten Herausforderungen? **JAY NAIDOO**, ein Vorkämpfer der Antiapartheidbewegung und Minister der Regierung Mandela, zieht Bilanz.

Interview Simon Kuper

«Wie verändern wir den Menschen?»

Jay Naidoo, was sind die wichtigsten Errungenschaften des südafrikanischen Weges in den letzten 25 Jahren? Das Bedeutendste ist: Wir sind immer noch eine funktionierende Verfassungsdemokratie. Die Geschichte Südafrikas mit einer friedlich ausgehandelten politischen Lösung bleibt ein Wunder. 1994 erwarteten die meisten Menschen, dass wir in einen Rassenkrieg schlittern würden. Aber Nelson Mandela und unsere Generation schufen mit der neuen Verfassung einen sicheren Rahmen, der zur Heilung der Wunden und zur Bewältigung des schweren Erbes der Apartheid beitrug. Leider hatten wir nach Mandela nicht mehr jene Art von Führung, die alle unsere ursprünglichen Ziele erreichen konnte.

Woran denken Sie konkret? Wie in vielen anderen Ländern auch ist die soziale Ungleichheit in Südafrika leider gestiegen und die Einkommensschere zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten 25 Jahren weiter geöffnet.

Einer der grossen Erfolge unserer Demokratie ist die Schaffung eines sozialen Sicherheitsnetzes. Aber heute sind von etwa 58 Millionen Menschen 18 Millionen auf Sozialhilfe angewiesen. Und diese ersetzt nicht die Würde der Arbeit. Die Hälfte der jungen Menschen verfügt auch nach zwölf Jahren Schule nur über minimale Bildung und wird wahrscheinlich nie einen richtigen Job haben. Was sollen wir tun, wenn Technologie und künstliche Intelligenz viele körperliche Arbeiten übernehmen, die der Mensch zuvor geleistet hat? Diese Debatte sollten wir dringend führen. Aber stattdessen dreht sich alles um die Korruption, die in den letzten zehn Jahren sehr verbreitet war.

Grosse Fortschritte machte Südafrika im Kampf gegen Aids. Die Lebenserwartung hat sich seit 2006 von 53,5 Jahren auf 64,7 Jahre erhöht. Ist dies auch einer klugen Politik geschuldet – oder nur darauf zurückzuführen, dass günstige Medikamente verfügbar wurden? ▶

Nun, ich war 2007 Koordinator für die Entwicklung einer Roadmap für das Gesundheitswesen, als ich Vorsitzender der Development Bank of Southern Africa war. Und damals führte ich zum ersten Mal – was angesichts der Zurückhaltung des damaligen Präsidenten Thabo Mbeki gegenüber der Zivilgesellschaft nicht einfach war – sehr wichtige Elemente der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der akademischen Institutionen, der Gewerkschaften, der NGOs und der Regierung zusammen. Und eine der Prioritäten war die Bekämpfung von Aids. Die künftigen Politiker folgten dann diesen Empfehlungen, und das trug dazu bei, die Epidemie zu verlangsamen.

Was waren die wichtigsten Eckpfeiler der neuen Gesundheitspolitik? Die Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten musste landesweit nachhaltig gestaltet werden. Bis dahin war es immer wieder zu Engpässen gekommen, ▶

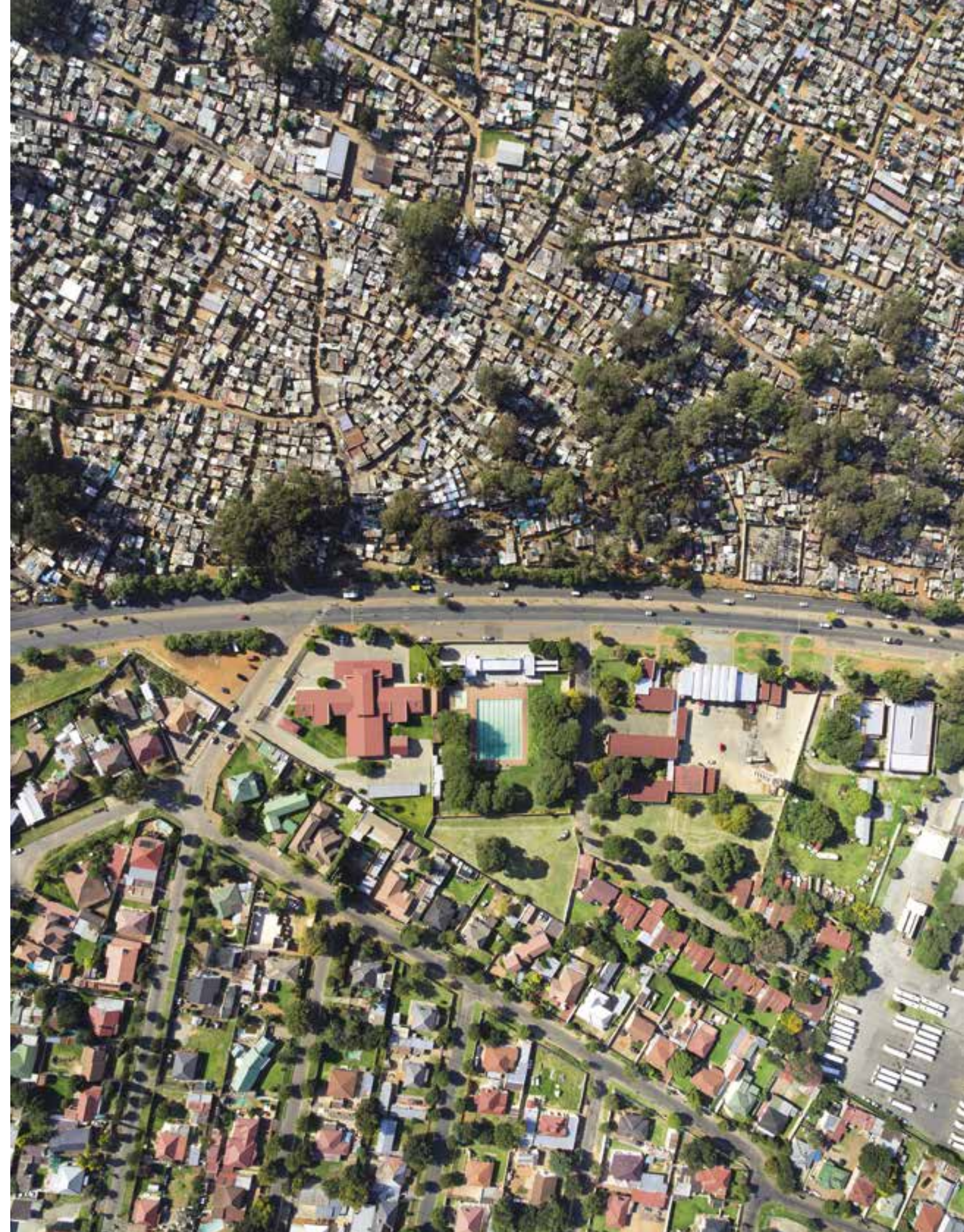
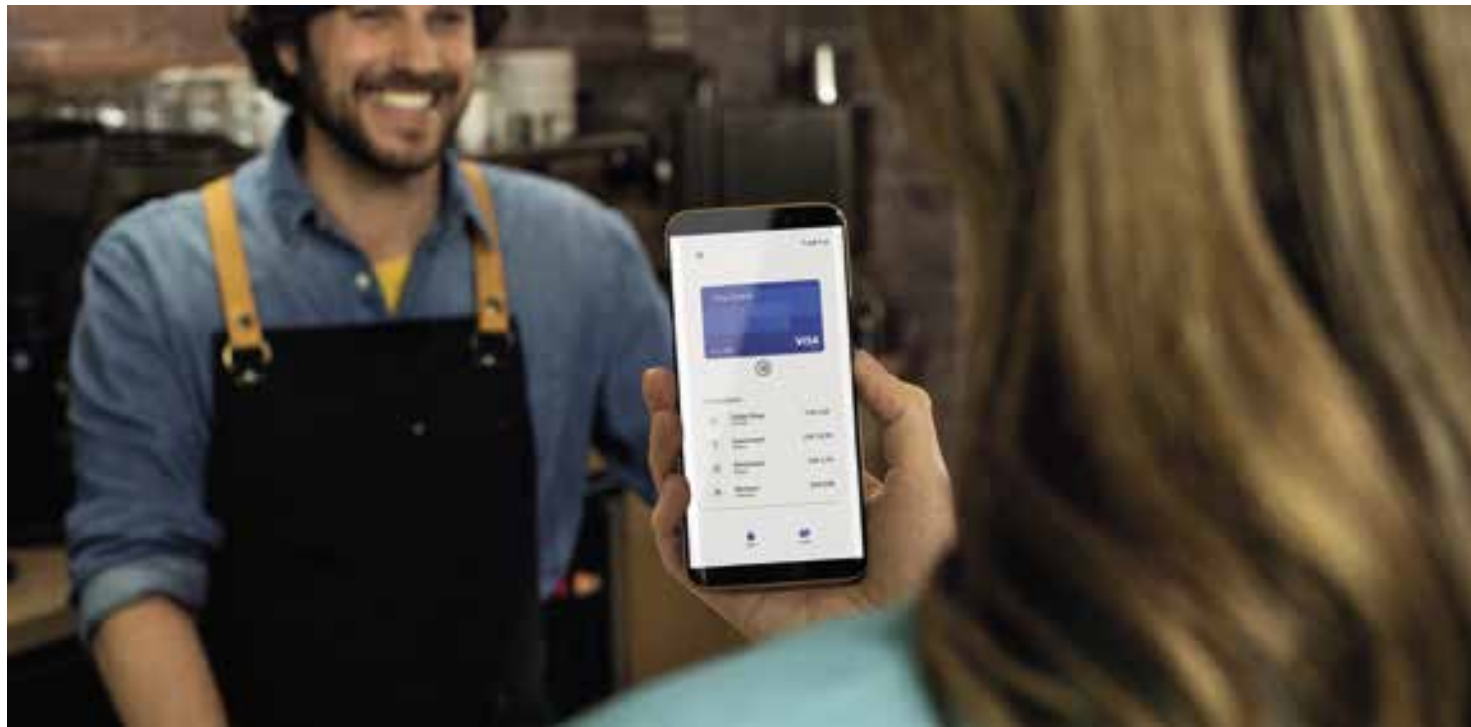


Foto: Johnny Miller

Soziale Ungleichheit nur durch eine Strasse getrennt: Slum und Villenviertel in Primrose bei Johannesburg.



Mit Visa Debit Online Shoppen

Eine Karte zum Online-Shopping, fürs Streaming-Abo und zum Bezahlen mit dem Mobile: Mit Visa Debit kommt eine Debitkarte in die Schweiz, die alles kann, im In- und Ausland. Sie funktioniert auf allen Bezahlkanälen und bucht Zahlungen direkt vom Bankkonto ab.

Die Debitkarte ist das beliebteste Zahlungsmittel der Schweizer. Mit mehr als 2.3 Milliarden ausgegebenen Debitkarten ist Visa weltweit führend und kennt die Bedürfnisse der Konsumenten. Mit Visa Debit kommt eine Karte in die Schweiz, die auf allen Kanälen funktioniert und ein einfaches Bezahlerlebnis bietet.

Die neue Visa Debitkarte für Zahlungen Online, im App, mit dem Smartphone, der Smartwatch und im Geschäft

Online, im App oder mit mobilen Geräten zu bezahlen, gehört heute für viele Konsumenten zum Alltag. Mit dem Markteintritt von Visa Debit können Visa und die kartenausgebenden Banken noch stärker auf die Wünsche der Kunden eingehen. Sie kann online, kontaktlos und mobil am POS sowie beim Bezahlen per App eingesetzt werden.



© Visa 2019

Voller Überblick über Ausgaben

Dank der direkten Verknüpfung mit dem Bankkonto haben Visa Karteninhaber die volle Kontrolle über ihre Ausgaben. Auch in puncto Sicherheit wird von zahlreichen Visa Innovationen profitiert. Wie beispielsweise dem Visa Token Service, der Mobile- und Online-Zahlungen ermöglicht und noch sicherer macht.

Weltweit akzeptiert

Visa Debit wird in über 200 Ländern und Regionen, bei 61 Mio. Händlern und an 2,7 Mio. Geldautomaten akzeptiert – überall dort, wo man mit Visa oder V PAY bezahlen kann.

also war es extrem wichtig, dass Nachverhandlungen mit den grossen Pharmaunternehmen geführt wurden. Hinzu kam die Verbesserung der Aufklärungsarbeit rund um die HIV-Prävention. Neben der Bereitstellung von Kondomen ging es vor allem um eine offene Kommunikation, um HIV zu entstigmatisieren. In der Vergangenheit haben viele Menschen die Tatsache verschwiegen, dass sie HIV-positiv waren, weil sie sich schämten.

Trotz aller Fortschritte: Wenn Sie zurückblicken, was würden Sie heute anders machen?

Als wir 1994 in die Regierung gewählt wurden, waren wir überzeugt, dass es die Aufgabe des Staates sei, für alles zu sorgen, was die Menschen brauchen – von Arbeitsplätzen über Wasser, Strom und Sanitäreinrichtungen bis hin zu Wohnungen. Wir haben die Bürger dadurch zu Zuschauern ihrer eigenen Zukunft gemacht, statt diese in die Mitverantwortung zu nehmen. Die Leute begannen, sich zurückzulehnen und auf die Taten der Regierung zu warten.

Wie denken Sie heute darüber?

Ich bin zum Schluss gekommen, dass die Reform des politischen Systems nur der erste Teil für die Etablierung einer funktionierenden Demokratie ist. Die wichtigere Frage lautet: «Wie verändern wir den Menschen?» Warum kann ein System, wie wir es in Südafrika haben – mit einer progressiven Verfassung und mächtigen Institutionen, die diese Verfassung schützen sollen –, untergraben werden? Es wird untergraben, weil wir das Individuum nicht verändert haben. Korruption, insbesondere in Wirtschaft und Politik, zerstört das Vertrauen der Menschen. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass wir einen neuen Präsidenten haben. Wir haben gesehen, wie er entschlossen gegen Korruption vorgegangen ist.

Sie kennen Präsident Cyril Ramaphosa seit den 1980er-Jahren, als Sie zusammen im Gewerkschaftsbund Cosatu waren. Wie beurteilen Sie ihn?

Er ist ein sehr geschickter Verhandlungsführer und Stratege. Aber unser politisches System und das Vertrauen haben in den letzten zehn Jahren grossen Schaden genommen, sodass es Zeit braucht, dieses zu reparieren. Es gilt jetzt, wichtige Zei-



Mitstreiter im Freiheitskampf: Jay Naidoo und Nelson Mandela in Soweto (1990).

chen zu setzen im Kampf gegen die Korruption. Keine leichte Aufgabe, denn Politik ist auch ein Geduldsspiel und verlangt die Kunst des Taktierens, in der man seine eigene Partei zusammenhalten muss. Aber ich denke, die Menschen erwarten von Cyril Ramaphosa entschlossenes Handeln. Die Menschen in Südafrika sind mit der Geduld am Ende.

Wie optimistisch sind Sie bezüglich der Zukunft des Landes?

Sehr. Meine Generation wird langsam alt – ich bin eben Grossvater geworden – und nun übernehmen jene Generationen, die nach der Apartheid sozialisiert wurden. Und sie werden dieses Land weiter voranbringen. Als wir über das Programm für Wiederaufbau und Entwicklung sprachen, fragte mich Mandela einmal, wie es eigentlich mit der Heilung und Entwicklung der Seele stehe. Dann sagte er: «Die Menschen in Südafrika wurden durch die Apartheid psychisch geschädigt, sowohl Weiss als auch Schwarz. Die einen wählten sich aufgrund der Hautfarbe überlegen, die anderen fühlten sich minderwertig.» Und er hatte recht: Auch ich fühlte mich als Kind den Weissen grundsätzlich unterlegen. Das hat man mir beigebracht, das war meine Sozialisation. Erst meine Politisierung hat dieses Gefühl beseitigt.

Was können andere Länder von Südafrika lernen?

Dass wir nicht nach einem nächsten Mandela, nach einem Messias Ausschau

halten sollten, um unsere Probleme zu lösen. Wenn wir aber in uns hineinblicken, dann sehen wir den Mandela in uns. Und wir begreifen: Ich habe die Macht, mich selbst zu verändern. Mandela sagte einst: «Alles scheint immer unmöglich zu sein, bis es erledigt ist.» Dieser Satz diente uns als Leitlinie. Es schien unmöglich, die Apartheid zu ändern, aber wir haben es getan. ■



Jay Naidoo (65) gab sein Medizinstudium auf, um die Apartheid zu bekämpfen. 1985 wurde er Generalsekretär des Kongresses der Südafrikanischen Gewerkschaften (Cosatu). Nach dem Fall der Apartheid war er von 1994 bis 1999 Minister im Kabinett von Nelson Mandela. Von 2001 bis 2010 war er Vorsitzender der Development Bank of Southern Africa. Heute ist Naidoo im Vorstand mehrerer gemeinnütziger Organisationen.

«Nascht heute weniger»



Makie Zenimoto (62),
Ernährungslehrerin an der
Meiji-Grundschule in Tokio.

In keinem Land werden Menschen so alt wie in **JAPAN**, nirgends ernähren sie sich so gesund. Dies wird schon in der Schule zelebriert. Ernährungslehrerin **MAKIE ZENIMOTO** erklärt, worauf sie Wert legt.

Interview Sonja Blaschke Fotos Motohiko Hasui



weniger»

Schweinechnitzel auf gekochtem Reis mit Misoauce

Gekochtes Gemüse mit Tosa-Sojasauce

Suppe mit verquirltem Ei

Seit wann achtet man in Japan auf ein gesundes Mittagessen für Schüler?

Seit etwa 1890 essen japanische Kinder in der Schule zu Mittag, früher, um den Armen zu helfen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war man auf Hilfsgüter der Amerikaner angewiesen – es gab viel Brot. Mit der Zeit wurden die Gerichte ausgefiltert.

Ist das System japanweit gleich?

Nein. Mal erstellt die Stadtverwaltung das Menü zentral, mal überlässt sie das den Schulen, wie hier im Stadtteil Koto in Tokio. Mal gibt es eine Kantine, mal essen Kinder im Klassenzimmer, wie bei uns.

Was verstehen die Schulen unter gesundem Essen?

Lokal angebautes Obst und Gemüse, möglichst Bio, 175 Gramm pro Tag. Ein Glas

Milch für genug Kalzium. Möglichst wenig Salz, Fett und Zucker.

Was ist auf dem Menüplan nicht erlaubt?

Rohes Gemüse. Selbst Gurken müssen kurz blanchiert werden. Auch verarbeitete Lebensmittel mit Zusatzstoffen sind bei uns Tabu.

Was ist besonders wichtig?

Viele Kinder essen zu Hause recht westlich – Brot und Fleisch –, daher setzen wir auf Reis und Fisch. Wir servieren «Kau-Menüs», mit Wurzelgemüse oder braunem Reis.

Gibt es auch mal etwas Ungesundes?

Einmal im Monat steht auf dem Plan nur «Geheim-Menü». Dann gibt es Dinge wie Katsudon (paniertes Schnitzel auf Reis) oder Spaghetti mit Fleischsauce.

Wie viel kostet ein Menü?

Pro Monat 4000 Yen (37 Fr.). Die Kosten für die Zutaten pro Kind und Mahlzeit dürfen nicht höher als 275 Yen (2 Fr. 50) sein. Das ist schwierig. Vor allem Fisch ist teuer.

Macht das Schulesse die Kinder gesünder?

Sie sind grösser geworden. Der Kalziummangel wurde ausgeglichen. Umgekehrt merken wir nach den langen Sommerferien teils, dass einige Kinder nicht so fit sind.

In Japan kombiniert man den Schullunch mit Ernährungslehre ...

Ja, auf dem Menüplan erklären wir Dinge wie den Geschmacksinn oder saisonale Lebensmittel. Ich erläutere täglich per Lautsprecherdurchsage, was es zu essen gibt. Ist relativ viel Süßes dabei, sage ich: «Nascht heute weniger.»

«Wir mögen das Risiko nicht»

Verena Pausder (40)

hat mehrere Start-ups gegründet, darunter auch Fox & Sheep, den grössten Kinder-App-Entwickler in Deutschland, und die Habu Digitalwerkstatt. Die Ökonomin wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem als «CEO of the Future» (McKinsey) und als eine von «Europe's Top 50 Women In Tech» («Forbes»). Sie ist Young Global Leader des WEF und als Investorin, Aufsichtsrätin und politische Beirätin tätig.



📍 DEUTSCHLAND ist die führende Start-up-Nation in Kontinentaleuropa und trotzdem ist Gründerin VERENA PAUSDER noch nicht ganz zufrieden mit ihrem Land. Ist diese Selbstkritik womöglich der entscheidende Erfolgsfaktor?

Interview Nicole Longhi und Simon Brunner Fotos Ériver Hijano

Deutschland zählt die meisten Unicorns – Start-ups mit einer Bewertung von über einer Milliarde US-Dollar – in Kontinentaleuropa, die Finanzierungsrunden für Jungfirmen befinden sich auf einem Allzeithoch, und Berlin gilt als eine der ersten Adressen, um ein neues Unternehmen zu gründen – wie erklären Sie diesen Innovations-Boom?
Ich gehöre seit den Anfängen im Jahr 2010 zum Berliner Ökosystem. Damals hätten wir nicht zu träumen gewagt, dass wir eines Tages so gross werden. Ich denke, mehrere Zutaten waren entscheidend. Eine kritische Masse musste sich ansiedeln, erstens an Start-ups und zweitens an Investoren. Und natürlich brauchte es auch Erfolge. Nach dem dritten Unicorn war jedem klar: Doch, wir können diese Grösse stemmen, auch in Deutschland. Daraus ist eine gewisse Eigendynamik entstanden.

Unterdessen zählt Deutschland acht Unicorns – ist das Land gar unterwegs in Richtung Innovationsweltspitze?
Wir wären dazu in der Lage, doch in letzter Zeit ist uns der Mut etwas abhandengekommen. Wir haben Angst vor der Zukunft, speziell vor der Digitalisierung. Diskussionen zum Datenschutz und zur Cybersicherheit dominieren – beides ist natürlich wichtig, doch so kurbeln wir die Innovation nicht weiter an. Zudem fehlen deutsche oder zumindest europäische Geldgeber, die umfangreiche Investitionsrunden von 100 Millionen US-Dollar und mehr stemmen können.

Auch ohne grosse lokale Geldgeber konnte Deutschland jedoch schon bemerkenswerte Start-up-Erfolge feiern –

warum ist die geografische Herkunft des Wagniskapitals dennoch wichtig?
Weil aussereuropäische Investoren die Start-ups oftmals dazu drängen, in ihr Heimatland umzusiedeln. Und weil wir einen grossen Teil der Wertschöpfung verschenken: Wir schultern das Risiko der Frühphase, wo noch völlig unklar ist, ob eine Geschäftsidee überhaupt etwas taugt, und überlassen die attraktive Spätphase, wo die Renditen zunehmen, anderen. Salopp gesagt: Wir sind sehr gut darin, das Butterbrot zu schneiden, auf das andere die Leberwurst streichen.

Wie könnte sich das ändern?
Um die Kapitalausstattung von deutschen Start-up-Fonds signifikant zu vergrössern, müsste es den Pensionskassen und Versicherungen – wie in vielen anderen Ländern auch – erlaubt sein, ihr Anlagekapital in solche Vehikel zu investieren. Man darf nicht vergessen: Wir Deutschen mögen das Risiko nicht, unser Land hat eine der niedrigsten Aktiensparquoten der Welt. Während des ersten Internetbooms befanden wir uns weit ausserhalb unserer Komfortzone und haben uns die Finger verbrannt. Das ist noch nicht verheilt. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat kürzlich einen Start-up-Fonds mit fünf Milliarden Euro aufgesetzt, ein Teil davon aus Pensionskassen. Damit so etwas in Deutschland geschehen könnte, müsste noch viel passieren. Und gerade ist Paris (laut jüngstem Start-up-Barometer von EY) in Sachen Investitionsvolumen an Berlin vorbeigezogen.

Sie engagieren sich auch politisch und gehören zum Innovation Council von Staatsministerin Dorothee Bär. Unter

anderem fordern Sie deregulierte Zonen in Europa, in denen Start-ups Ideen austesten können. Warum braucht es das?
Die Firmen sollten gerade in der Frühphase in der Lage sein, mehr auszuprobieren, ohne dass man sie zu sehr beschränkt. Was lässt sich aus grossen Datenmengen gewinnen, wenn man den Datenschutz einmal ausblendet? Wie funktioniert autonomes Fahren ohne Millionen von Auflagen? Unsere globalen Mitbewerber, die USA und China, denken so und holen sich damit einen Wettbewerbsvorteil. Bei uns hingegen läuft alles zunehmend langsamer, bürokratischer und behäbiger, obwohl die Geschwindigkeit des Wandels noch nie höher war – es bietet sich gerade eine enorme Chance für uns, nutzen wir sie!

Die USA haben über 300 Millionen Einwohner, China weit über eine Milliarde – haben da europäische Länder überhaupt eine Chance?
Nur, wenn die europäischen Kräfte gebündelt werden. Gesetzgebung, Vergabe von Risikokapital und Regulierung sollten nicht mehr national gedacht werden. Deutschland hat etwa 200 Professorinnen und Professoren für künstliche Intelligenz, Frankreich auch, die Schweiz vielleicht 20 – China ein Vielfaches davon. Zukunftsorientiert denken bedeutet zusammenarbeiten und Grenzen überschreiten.

Bei Start-ups, gerade im Tech-Bereich, gibt es einen grossen Gender Gap. Woran liegt das und was kann man dagegen tun?
Grundsätzlich findet Technologie viel zu wenig statt im Leben von Mädchen und



«Verstehen, was Kinder genau machen»: Entwicklungen der Haba Digitalwerkstatt.

wir fördern und begeistern sie in diesem Bereich zu wenig. Hier können Digitalwerkstätten helfen, wie wir sie ins Leben gerufen haben. Hier können Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren die digitale Welt spielerisch entdecken. Mädchen bringen in diesem Alter das gleiche Interesse mit wie Jungs und sind noch nicht durch Gender-Stereotype ausgebremst. Auf der übergeordneten Ebene sind die Investitionsgremien der Risikokapitalfirmen ein Problem. Sie sind vorwiegend männlich besetzt, entsprechend haben Themen, zu denen Frauen gründen, einen schweren Stand.

Können Sie ein Beispiel geben? Die Rezepte-App Kitchen Stories, in die ich sehr früh investiert habe, wurde von zwei herausragenden Studentinnen gegründet. Am Anfang wurden sie von den Investoren belächelt als junge Frauen, die gerne kochen. «Wie niedlich», hiess es. Unterdessen liegen die Downloads im zweistelligen Millionenbereich, Bosch hat das Unternehmen übernommen und Apple-CEO Tim Cook besuchte das Start-up auf einer Deutschlandreise. Gründet ein Mann eine Auto-App müsste es dementsprechend heissen: «Oh, der fährt einfach gerne Auto.» Das sagt aber niemand. Es ist schwer für Frauen, die grossen Finanzierungsrunden zu bekommen – sie werden eher kleingemacht und unterschätzt.

«Klingt mehr nach 1970 als nach 2020.»

Wie liesse sich das ändern? Investorinnen kann man natürlich nicht aus dem Hut zaubern, aber die Risikokapitalfirmen können zumindest einen kompetenten Expertinnen-Beirat aufbauen.

Die digitale Bildung in Deutschland nennen Sie generell «eine Katastrophe». Warum? Wir haben weder die Ausstattung an den Schulen, noch bilden wir die Lehrer aus oder sind uns im Klaren darüber, welche Fähigkeiten wir wie und wann vermitteln wollen. Das klingt mehr nach 1970 als nach 2020. Ein Schulabgänger muss heute in der Lage sein, eine Website aufzusetzen, ein Logo zu designen, eine Präsentation zu gestalten und Fake News zu erkennen. Davon sind wir weit entfernt.

Was können Lehrpersonen tun, die sich bei digitalen Themen unsicher fühlen? Klar, wenn sie sich mit ihren Schülern messen, verlieren sie. Aber sonst ist die digitale Kompetenz dieser jungen Generation weniger ausgeprägt, als wir bisweilen glauben. Eine Deutschlehrerin kann etwa problemlos eine Diskussion zu Deepfake-Videos leiten: Politikern werden Worte in den Mund gelegt, die sie nie gesagt haben – was bedeutet das für die Gesellschaft? Oder der Geschichtslehrer macht einen Workshop zur Validierung von historischen Fakten, die Kunstlehrerin zeigt, wie Layer in einem Bildbearbeitungsprogramm funktionieren. Und so weiter.

Sie selber haben drei Kinder, zwischen zwei und elf Jahre alt. Wie regeln Sie eigentlich deren Handy- und Computergebrauch? Für den Konsum gibt es klare, nicht verhandelbare Regeln. Für meine Söhne, neun und elf Jahre alt, heisst das: an drei Tagen pro Woche je eine Stunde Spielzeit für Games. Für das Gestalten aber gibt es viel Freiheit. Wenn sie mit ihren Lego-Figuren einen Stop-Motion-Film drehen, dann ist mir fast egal, wie lange das dauert. Sie müssen mir einfach das Resultat präsentieren. Für uns Eltern ist es wichtig, zu verstehen, was die Kinder genau machen. Dazu müssen wir gemeinsam mit ihnen Zeit an den Geräten verbringen. Auch wenn diese häufig knapp ist. ■



DIE SCHWEIZER
WOHNHAUS ARCHITEKTEN

ARCHITEKTUR EINFAMILIENHAUS MEHRFAMILIENHAUS UMBAU/RENOVATION



BAUTEC

BAUTEC AG ■ www.bautech.swiss



Film: «Trainspotting» (1996)



Comedy: Rowan Atkinson alias Mr. Bean (2007)

Das **VEREINIGTE KÖNIGREICH** gilt als Soft-Power-Supermacht. Wie lässt sich das erklären, **MISTER ANHOLT**? Und wird diese Spitzenposition durch den Brexit gefährdet?

Interview Simon Kuper

Kinoserie: Sean Connery als James Bond in «Goldfinger» (1964)



Popmusik: Spice Girls (1997)



COOL BRITANNIA

«Zwischen James Bond und Mr. Bean»

S

Simon Anholt, Sie sind der Schöpfer des Begriffs «Nation Branding» und haben über 50 Städte und Länder in Sachen Imagepflege beraten. Was ist Soft Power? Soft Power ist alles, was nicht Hard Power, also Zwang durch militärische oder wirtschaftliche Mittel, ist. Dieses Konzept versucht die Mittel und Wege zu erfassen, mit denen es Staaten gelingt, andere internationale Akteure ohne solchen Zwang in ihrem Sinne zu beeinflussen. So gesehen, ist Soft Power heute wichtiger als je zuvor.

Das Vereinigte Königreich belegte auch 2018 den ersten Platz des «Global Ranking of Soft Power». Wie ist es dem Land gelungen, zur «weichen» Grossmacht aufzusteigen?

Englisch ist die Weltsprache, wir sind sehr gut in allem, was der Begriff Populärkultur umfasst: Musik, Film, Comedy, Kunst, Mode, Fussball. Ich würde auch die britische Monarchie dazuzählen. Unsere Spitzenuniversitäten gehören zu den besten der Welt. Kulturelle Prägungen und Eindrücke verändern sich zudem nur sehr langsam. Auch in sehr angespannten Situationen fällt es Menschen schwer, ein Land plötzlich zu hassen, dessen Kultur sie bereichernde und positive Erfahrungen verdanken. Bis sich das verändert, dauert es Jahrzehnte und Generationen. Für weite Teile der Weltbevölkerung hat das Vereinigte Königreich offenbar bis heute einen hohen Stellenwert.

Ein Land baut also über lange Zeiträume hinweg Soft Power auf, nicht durch einen kurzfristigen Kraftakt?

Man kann schon etwas nachhelfen. Ein Beispiel ist Südkorea, das in den letzten Jahrzehnten bewusste Anstrengungen unternommen hat, um seine Soft Power

zu stärken, wozu ich die Regierung als Berater ermutigt habe. So hat Südkorea sich recht erfolgreich bemüht, seine Küche als eine der Weltküchen zu etablieren. Die Regierung hat die Eröffnung authentischer koreanischer Restaurants auf der ganzen Welt unterstützt.

Aber das globale Phänomen «Gangnam Style» geht nicht auf einen Regierungsentscheid zurück, oder?

Indirekt schon! Die Regierung liess die junge Musikszene gewähren, was zuvor aufgrund der jahrzehntelangen Zensur nicht der Fall gewesen war. Zudem unterstützt der Staat seit einigen Jahren die Populärkultur; früher finanzierte der Staat nur die sogenannte Hochkultur. Die weiche Macht eines Landes lässt sich also durchaus erhöhen, und zwar in verblüffend kurzer Zeit. Aber es braucht natürlich gewisse Voraussetzungen. Südkoreanische «soap operas» zum Beispiel sind seit Jahrzehnten extrem populär in ganz Ostasien.

Auch Tony Blairs Regierung hat Grossbritannien einst ganz bewusst als «Cool Britannia» vermarktet.

Ja, und auch hier stand am Anfang eine unternehmerische Frage: Inwieweit wird das britische Image die nächste Generation von Geschäftsleuten und damit den britischen Aussenhandel beeinflussen? Tony Blair liebte den Begriff «Cool Britannia», und er liebte das Narrativ, das Grossbritannien als jung, energisch, kreativ, mutig, kosmopolitisch, lustig, selbstironisch präsentiert. Ein Land also, das das ganze Spektrum zwischen James Bond und Mr. Bean abdeckt, mit ein wenig Spice Girls und Elton John in der Mitte.

So wirkte Grossbritannien ja in den Neunzigerjahren tatsächlich auf viele Beobachter.

Es war eben ein Narrativ, das perfekt in die damalige Zeit passte. Ich war lange Jahre Vizepräsident des Public Diplomacy Board im Aussenministerium. Unser Ziel war es, die britischen Soft-Power-Aktivitäten zu koordinieren und so zu bündeln, dass man sie strategisch einsetzen konnte.

Hat die «Cool Britannia»-Positionierung gelitten durch den Brexit? Die EU zu verlassen, passt jedenfalls nicht sehr zu «Cool Britannia».



Musik: The Beatles (1965)

Aber dieses Selbstbewusstsein hilft doch in dieser Phase der Ungewissheit.

Das Problem ist, dass es zwei Narrative über das Vereinigte Königreich gibt: «Cool Britannia» und «Downton Abbey». «Cool Britannia» ist die Erzählung, die vorangetrieben werden müsste, wenn wir unseren Status als Handelsnation auch künftig sichern wollen. Die Erzählung der weltweit erfolgreichen Adelsserie «Downton Abbey» – die das Land als ganz und gar aussergewöhnliche Macht präsentiert, die imperialer Grösse nachhängt und sich allen überlegen fühlt – ist demgegenüber alles andere als hilfreich; es sei denn, man verkauft Manschettenknöpfe oder Himbeerbonbons. Der Brexit hat die internationale Wahrnehmung des Vereinigten Königreichs bedauerlicherweise in Richtung «Downton Abbey» verschoben.

Wäre eine schwächelnde Soft Power wirklich ein Problem für das Vereinigte Königreich? Es ist immerhin die fünftgrösste Volkswirtschaft der Welt. Wenn Sie keinen starken und positiven Ruf haben, ist alles schwierig und teuer. Reputation hat nichts mit Kommunikationstechniken zu tun. Sie kommt von dem, was du bist, wie du dich verhältst und wohin du gehst. Im Zeitalter der fortgeschrittenen Globalisierung werden Sie Ihren Ruf zerstören, falls Sie die Auswirkungen Ihres Handelns auf die Soft Power nicht berücksichtigen.

Die Wahrnehmung ist Realität, besagt eine Redewendung. Aber doch gewiss nicht die ganze Realität, oder? Die «weiche Macht» bestimmt aber die Wahrnehmung der harten Macht. Das offensichtlichste Beispiel dafür ist die Tatsache, dass Grossbritannien, ein dank seiner Soft Power bewundertes Land, nicht als Bedrohung angesehen wird, obwohl es bekanntlich über Atomsprengeköpfe verfügt.

Der Begriff «Nation Branding» stammt von Ihnen. Was halten Sie 30 Jahre später von Ihrer Erfindung?

Ich stehe dem Begriff heute skeptisch gegenüber. Er scheint den Menschen zu suggerieren, es gäbe eine Marketingtechnik, mit der sich das Image eines Landes einfach ändern liesse. Dem ist nicht so. Wenn die Produkte gut sind, werden sie mit der Zeit ein gutes Markenimage bekommen. Dasselbe gilt auch für Länder: Will ein Land sein Ansehen in der Welt verbessern, dann soll es sich darauf konzentrieren, was es tut, wie es konkret handelt – und nicht darauf, was es über sich selber behauptet. Es gibt keine Abkürzung und keinen Schleichweg zu einem höheren Status. Reputation speist sich aus einer Quelle von Ideen, Produkten und politischen Realitäten. Diese Quelle muss sprudeln und sprudeln und darf nie versiegen. ■



Mode: Model Kate Moss mit Designer Alexander McQueen (1998)



TV-Serie: «Downton Abbey» (2010)



Fussball: David Beckham (1996)

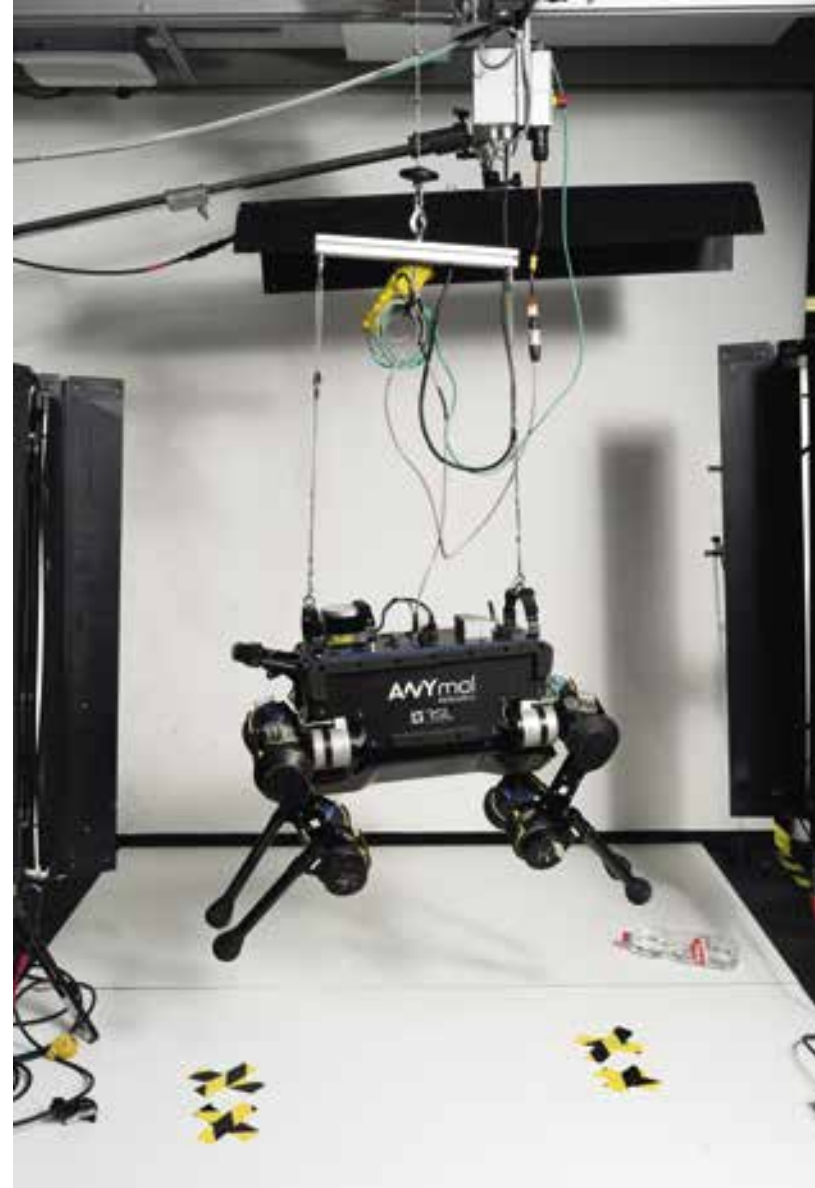


Simon Anholt (58) arbeitete als unabhängiger Politikberater mit mehr als 50 Länder- und Stadtregierungen zusammen. Der Brite schuf den Begriff «Nation Branding» und entwickelte den Good Country Index.

Kunst: Damien Hirst mit zwei anatomischen Skulpturen (1995)



In der Robotikforschung weltweit führend: Laufroboter Anymal von der ETH Zürich.



«Wir müssen nicht ein ganzes Auto bauen»

JOËL MESOT, der Präsident der ETH Zürich, über das Erfolgsgeheimnis des Forschungsstandorts **SCHWEIZ**, die Fortschritte beim Wissenstransfer in die Industrie und die wichtigste Zutat einer jeden Karriere: Selbstvertrauen.

Interview Simon Brunner und Michael Krobath

Herr Mesot, 2019 führte die Schweiz zum neunten Mal hintereinander den renommierten Global Innovation Index an. Was ist die Erfolgsformel dieses Bildungs- und Forschungsstandortes? Es gibt mehrere Gründe dafür. Einer unserer Trümpfe ist das austarierte und durchlässige Bildungssystem mit Universitäten, Fachhochschulen und der dualen Berufsbildung. So sind wir als Forschende auf gute Berufsleute angewiesen, um unsere komplexen Anlagen zu bauen und zu betreiben. Die traditionell starke Grundlagenforschung ist ein weiterer Grund, aber auch die Zusammenarbeit mit der Industrie. Schliesslich ist der Erfolg auch der Offenheit des Landes geschuldet, die es uns ermöglicht, weltweit die besten Talente zu rekrutieren.

Wie stabil ist diese Formel? Sehen Sie Gefahren für die Fortschrittlichkeit der Schweiz? Bis auf das duale Bildungssystem sind derzeit alle Elemente unter Druck. Am meisten Sorge bereitet mir die Gefahr einer Abschottung. Wissenschaft braucht Vernetzung mit der Welt. Wenn wir diese Offenheit durch politische Entscheidungen verlieren, sägen wir am Ast, auf dem wir sitzen. 2014 wurde die Schweiz vorübergehend vom EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» ausgeschlossen. Ein erneuter Ausschluss aus dem europäischen Forschungsraum wäre keine gute Perspektive für eine kompetitive Schweiz.

Gentech-Kritiker, Klimaskeptiker, Evolutionsgegner – fürchten Sie sich auch vor einer wachsenden Wissenschaftsfeindlichkeit? Dass sich Bürgerinnen und Bürger sowie die Medien mit dem technologischen Fortschritt kritisch auseinandersetzen, ist zunächst einmal positiv und Ausdruck einer lebendigen Demokratie. Über den Umgang mit Big Data oder der künstlichen Intelligenz müssen wir breit diskutieren. Aber es gibt schon Tendenzen, die einem zu denken geben – wenn es beispielsweise wenige, dafür umso lautere Stimmen schaffen, wissenschaftliche Fakten über den menschengemachten Klimawandel in Zweifel zu ziehen.

Inwiefern tangiert der Aufstieg Chinas den Forschungsstandort Schweiz? Natürlich bleibt Chinas Ambition, die

führende Technologienation zu werden, nicht ohne Auswirkungen auf die Wissenschaft. Aber ich halte Konkurrenz grundsätzlich für positiv, da sie uns zwingt, unsere Denkweise und Prozesse zu verbessern. Zudem profitiert die Schweiz seit 2014 von einem Freihandelsabkommen mit China.

Jahrzehntlang waren die amerikanischen Top-Universitäten die grössten Konkurrenten der ETH. Findet gerade eine Verschiebung in Richtung Asien statt? Vergessen wir nicht, die angelsächsischen Spitzenuniversitäten – die englischen inbegriffen – sind immer noch führend und dominieren die internationalen Rankings. Aber China holt auf. So produziert China inzwischen mehr wissenschaftliche Publikationen als die USA. In Bezug auf die Qualität der Publikationen gilt es allerdings zu relativieren.

Und inwiefern konkurrieren neuartige Bildungsangebote mit den klassischen Universitäten? Universitäre Bildung wird mehr und mehr zu einem globalen Gut. Der digitale Wandel verändert zudem die Art der Wissensvermittlung, sodass neue private Anbieter in den weltweit expandierenden Bildungsmarkt drängen. Die grosse Frage, die alle umtreibt: Welche Fähigkeiten bereiten die Studierenden am besten auf eine Arbeitswelt vor, die sich fundamental verändert und in der Bildung zu einer Lebensaufgabe wird? Diese Frage stellt sich natürlich auch für traditionelle Universitäten wie die ETH.

Wie lautet die Antwort? Wir denken, dass Ingenieurinnen und Naturwissenschaftler auch in Zukunft eine solide Basis in Mathematik brauchen, heute vermehrt auch in Form von Computational Thinking und dem wissenschaftlichen Umgang mit grossen Datenmengen. Darüber hinaus fördern wir mit gezielten Angeboten die Interdisziplinarität, kritisch-kreatives Denken und unternehmerisches Handeln. Wir realisieren dazu gerade unser zweites «Student Project House», ein Projekt, das Freiräume schafft für eigene Experimente. Oder nehmen wir die ETH-Woche, während der Studierende aus allen 16 Departementen jedes Jahr an global relevanten Themen wie Energie, Ernährung oder Mobilität arbeiten.

Die Schweiz gehört zu den begehrtesten Studienländern Europas. 2018 betrug der Ausländeranteil an der ETH rund 37 Prozent. Droht hier der politische Ruf nach einem Inländervorrang oder einer Quotenregelung? Ich würde dem entgegen, dass die ETH Zürich bereits einen Inländervorrang kennt, mit einem Anteil von über 80 Prozent Bildungsinländern im Bachelorstudium. Ich möchte betonen: Alle mit einer Schweizer Matura dürfen an der ETH studieren. Es gibt keinen Numerus clausus und wir haben sehr moderate Studiengebühren. Das ist ein egalitäres und sehr schweizerisches System. Darauf bin ich stolz. Ich habe übrigens selbst davon profitiert, denn ich war der Erste in meiner Familie, der studiert hat. Auf Masterstufe und vor allem im Doktorat, wo über 70 Prozent unserer Studierenden aus dem Ausland stammen, wird es dann sehr international an der ETH.

Die Königsdisziplin für einen ETH-Präsidenten ist der Wissenstransfer von der Forschung in die Wirtschaft. Lange war die ETH darin nicht so gut. Wir haben stark aufgeholt. Was unseren Start-ups lange fehlte, war das Geld für die grossen Sprünge – die 50 oder 80 Millionen, um richtig zu wachsen. Ich habe den Eindruck, dass sich das nun ändert. Allein letztes Jahr wurde im Kanton Zürich über eine halbe Milliarde Franken Venture-Kapital investiert und mit GetYourGuide hat das erste ETH-



Joël Mesot (55) präsidiert seit 2019 die ETH Zürich – gemäss internationalen Rankings die beste kontinentaleuropäische Universität. Zuvor war der Physiker während zehn Jahren Direktor des Paul Scherrer Instituts. Mesot hat mehrere Jahre in Frankreich und den USA geforscht und ist für seine Forschung mit verschiedenen Wissenschaftspreisen ausgezeichnet worden.

Spin-off überhaupt «Einhorn»-Status – also eine Bewertung von über einer Milliarde US-Dollar – erreicht. Es zahlt sich zunehmend aus, dass wir den Studierenden immer mehr Raum geben, eigene Ideen zu entwickeln und zu einem Produkt zu bringen. Inzwischen entstehen jedes Jahr 25 neue Spin-offs.

Apropos Start-ups: In welchen Bereichen kann die kleine Schweiz am meisten Erfolge haben?

Unsere Chance liegt in den Nischenprodukten. Metaphorisch ausgedrückt: Wir müssen nicht ein ganzes Auto bauen wie Deutschland, die USA oder Japan. Wir können uns auf jene Teile konzentrieren, die einen grossen Mehrwert bringen. Und dieser Mehrwert liegt künftig an der Schnittstelle von verschiedenen Disziplinen. Das sehen wir an der ETH, wo die Departementsgrenzen immer fließender werden.

Sie selber haben erfolgreich als Physiker geforscht. Was ist die wichtigste Eigenschaft, um als Forscher erfolgreich zu sein und zum Fortschritt beizutragen? Neben Fachwissen braucht es Selbstvertrauen. Bei meinem ersten Job nach der Doktorarbeit hatte ich eine Idee, die ich einem weltberühmten Physiker präsentierte. Seine Antwort: «Das funktioniert nicht!» Als ich das meinem Doktorvater erzählte, sagte er: «Joël, wenn du sagst, es funktioniert, dann funktioniert es auch. Du musst nur selbst davon überzeugt sein.» Darauf habe ich es wie geplant gemacht – und es ist so rausgekommen, wie ich berechnet hatte. Diese Geschichte erzähle ich neuen Studierenden jeweils, um ihnen Mut zu machen (*lacht*). ■

Die Credit Suisse unterstützt die ETH Zürich und hat 2018 sieben Millionen Franken für eine Robotikprofessur gespendet.

«Ab Mitte 40 über die Zukunft nachdenken»



Länger arbeitsmarktfähig bleiben: Der Singapurer Mohamad Mohsin Khan (74) montiert Flugzeugteile.

Länger leben bedeutet auch länger arbeiten. In **SINGAPUR** sind über 40 Prozent der 65- bis 69-Jährigen arbeitstätig, doppelt so viele wie im OECD-Durchschnitt. **CHAM HUI FONG**, wie ist das möglich?

Interview Michael Krobath

Der Anteil der arbeitstätigen 65- bis 69-Jährigen in Singapur ist seit 2006 von 24 auf 40 Prozent gestiegen – und das bei einem Rentenalter von 62. Wie hat der Inselstaat das erreicht?

Die Gesetzgebung war der Schlüssel zum Erfolg. 2006 begann ein Ausschuss mit Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und uns Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, um Unternehmen zu ermutigen, Mitarbeitende über das Rentenalter zu beschäftigen respektive wieder einzustellen. Diese Bemühungen gipfelten 2012 in der Einführung des Alters- und Wiedereingliederungsgesetzes, mit welchem die Firmen verpflichtet wurden, den Pensionierten einen Job bis zu einem Alter von 65 Jahren anzubieten, wenn die Arbeitnehmer bestimmte Qualifikationen erfüllen. 2017 wurde diese Pflicht auf Mitarbeitende bis zu einem Alter von 67 Jahren ausgeweitet.

Mit welchen Anreizen werden die Unternehmen dazu ermutigt, ältere Mitarbeitende zu beschäftigen?

Zum einen mit dem sogenannten Sonderarbeitskredit, einem Lohnausgleichssystem, das die Arbeitgeber mit einer Entschädigung von bis zu 3 Prozent des Monatslohns von weiterbeschäftigten Mitarbeitenden belohnt. Zum anderen mit einem Förderungsprogramm: Pro Firma stehen bis zu 425 000 Singapur-Dollar [*etwas über 300 000 Franken, Anm. d. Red.*] zur Verfügung, um ein Altersmanagement zu implementieren, Arbeitsplätze neu zu gestalten sowie flexible Arbeitsregelungen zu realisieren. Über 1750 Unternehmen nahmen dies seit Mitte 2016 in Anspruch, rund 20 000 Mitarbeitende haben davon profitiert.

Und wie werden die Arbeitnehmenden selber dazu motiviert, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten?

Mit Programmen zur Reduktion von Lohnunterschieden, Weiterbildungsangeboten und Schnuppertagen bei potenziellen neuen Arbeitgebern. Und natürlich ist auch der Lohn ein Anreiz. Die meisten Arbeitnehmenden wollen finanziell unabhängig bleiben und sich sinnvoll beschäftigen. Viele arbeiten also gerne weiter.

Welche Anstellungspräferenzen haben die älteren Arbeitnehmer?

Verständlicherweise hätten sie gerne die Möglichkeit, ihre Arbeitsintensität schrittweise zu reduzieren. Laut einer Umfrage würden 86 Prozent vor der vollständigen Pensionierung gerne in den Teilruhestand gehen und wünscht sich ein Drittel weniger Verantwortung bei der Arbeit.

In welchen Arbeitsfeldern sind die älteren Mitarbeitenden beschäftigt?

In der Mehrheit sind sie einfache Arbeitskräfte, sie arbeiten als Reinigungs- oder Fabrikpersonal oder im Verkauf. Aber auch viele Akademiker entscheiden sich, länger zu arbeiten.

Wann sollte man damit beginnen, die längere Karriere vorzubereiten?

Sinnvoll ist es, ab Mitte 40 über die Zukunft nachzudenken. Und die Firmen sollten mit ihren Mitarbeitenden regelmässig Gespräche über die Karriereplanung führen, damit diese rechtzeitig Fähigkeiten erwerben, um arbeitsmarktfähig zu bleiben. ■



Cham Hui Fong (51) ist stellvertretende Generalsekretärin des Nationalen Gewerkschaftskongresses (NTUC) und gehörte dem Ausschuss an, der das Alters- und Wiedereingliederungsgesetz erarbeitete.



USA

Zwei verkrachte Parteien, eine glückliche Ehe: Sie ist Republikanerin und war Beraterin der beiden Präsidenten Bush, er ist Demokrat und war Berater von Präsident Clinton. Was können die polarisierten **USA** vom Ehepaar **MARY MATALIN** und **JAMES CARVILLE** lernen?

Interview Michael Kroboth

«Wir



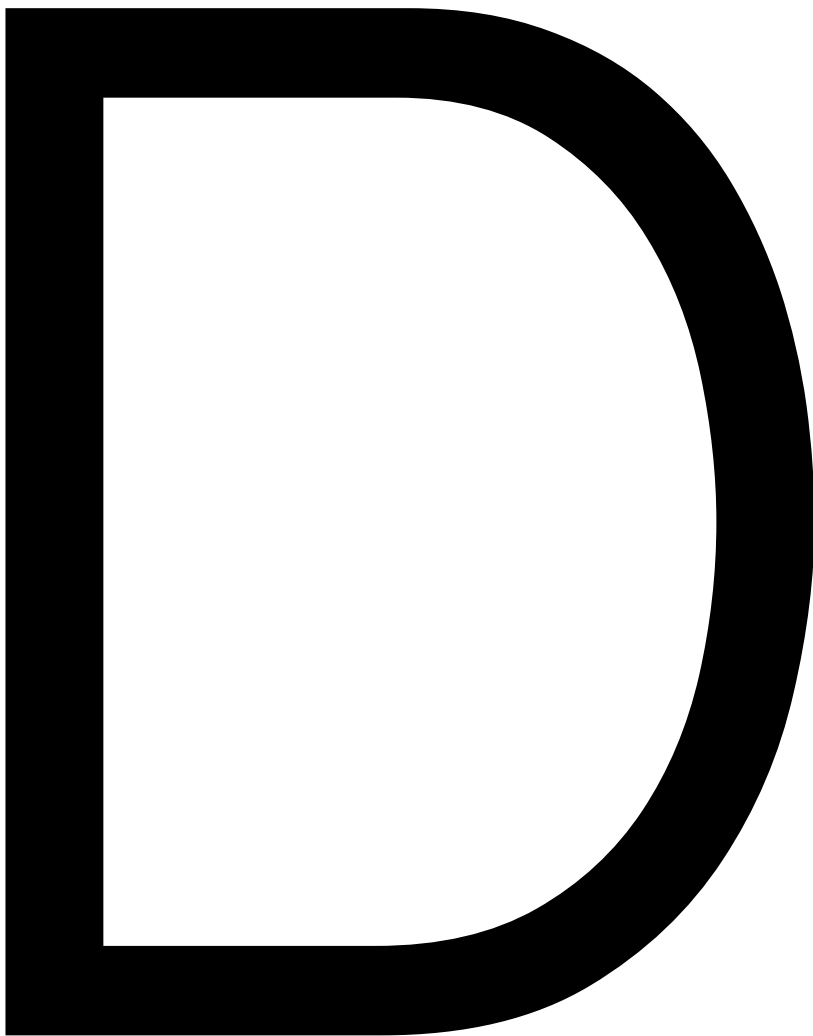
Eine gesplante Nation: Kick-off zum Wahlkampf des demokratischen Senators Cory Booker in Newark am 13. April 2019 (links), Trump-Anhänger feiern den Unabhängigkeitstag in Washington D.C. am 4. Juli 2019.



Fotos: Mark Peterson/Rehux/laif (2)

streiten über alles

»



ain't happy, ain't nobody happy» – «Wenn Mama nicht glücklich ist, ist es keiner». James hasst Konfrontationen und weigert sich, über politische Themen zu streiten. Wir haben weder Interesse noch Zeit noch Energie, um uns um das zu kümmern, was im heutigen, tumultartigen Klima als «politischer Dialog» bezeichnet wird.

Carville Gestern Abend sahen wir mit der ganzen Familie ein American-Football-Spiel. Letztes Wochenende heiratete eine unserer Töchter. Wir vermeiden das Gespräch über Politik meistens. Nicht, dass ich nicht über Politik sprechen würde, im Gegenteil: Ich unterrichte auch an der Universität und führe täglich ungefähr zwanzig Gespräche über Politik. Nur eben nicht mit meiner Frau.

Im Bestseller über Ihre Beziehung erwähnen Sie, dass der Irakkrieg von 2003 zwischen Ihnen zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hat. Wie beurteilen Sie die aktuelle Politik der Administration Trump?
Matalin Was Präsident Trump in seiner kurzen Amtszeit zustande gebracht hat, ist erstaunlich. Es gab in den letzten drei Jahren gewaltige Fortschritte, die die Leute in ihrem Alltag spüren; und das, obwohl ihm die Unterstützung seiner eigenen Partei dafür weitgehend gefehlt hat. Und obwohl er die Medien gegen sich hatte und ebenso die entfesselte Bürokratie in Washington. Unter Trump stieg die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen auf ein historisches Hoch, ebenso jene der Afroamerikaner und der Latinos. Er hat die Wirtschaft von regulatorischen Fesseln befreit und die USA wieder als globale Führungsmacht etabliert.
Carville Ich habe für Trumps Politik nichts übrig. Nehmen wir die Aussenpolitik: Amerika hat jetzt angespannte Beziehungen mit China und Iran, aber dafür enge Beziehungen mit Nordkorea und Russland. Ein strategischer Fehler. Und zudem erleben wir eine schreckliche Entfremdung zwischen den USA und Westeuropa. Dass wir unsere Rolle in der Nato nicht mehr ernst nehmen, betrübt mich mehr als alles andere. Diese Allianz bewährt sich seit Langem, man darf sie nicht einfach vernachlässigen. Aber genau das passiert leider.

Der amerikanische Politologe Robert Dahl schrieb in den 1970er-Jahren,

Das Magazin «Politico» bezeichnete Sie einmal als das «seltsame Paar» der amerikanischen Politik. Worüber streiten Sie sich momentan am heftigsten?

James Carville Ehrlich gesagt: über fast alles. Zumindest, wenn es um nationale Politik geht. Mir fällt nichts ein, was wir gleich einschätzen würden. Wir haben eine sehr dezidierte und fundamental unterschiedliche Sicht auf den Bewohner des Weissen Hauses.

Mary Matalin «Seltsames Paar»?! Nicht wirklich. Man kann nur einen kleinen Teil unserer Ehe in diesen Zusammenhang stellen. Wir arbeiteten ja schon lange vor unserer Ehe politisch gegeneinander, und zwar in mehreren Kampagnen. Wir haben die Welt damals schon anders gesehen – und das tun wir heute noch. Aber das Leben bietet ja zum Glück noch eine Menge anderer Themen neben der Politik.

Ihre unterschiedlichen Wertesysteme führen nicht zu Spannungen im Alltag?

Matalin Das würden sie vielleicht, wenn unsere Familie eine Demokratie wäre. Aber sie ist eine Mamakratie. Oder wie wir bei uns zu Hause sagen: «When mama



Mary Matalin (im blauen Kleid) mit Vizepräsident Dick Cheney (rechts) an 9/11 im Sicherheitsbunker des Weissen Hauses.

James Carville leitete die Präsidentschaftskampagne 1992 von Bill Clinton (unten).



für Europäer, die sich gewöhnt seien, dass Ideologien unter Getöse zusammenprallen, wirkten die amerikanischen Debatten lahm und langweilig. Angesichts des heutigen, aufgeheizten politischen Klimas muss man sich fragen: Was ist passiert? Wieso hat sich das verändert?

Carville Ich sehe drei Gründe: Wenn die gebildeten Leute in die Städte und Agglomerationen ziehen, fühlen sich die ländlichen Gegenden schnell vernachlässigt oder gar bedroht von diesen mächtiger werdenden urbanen Zentren – sie verbünden sich politisch gegen diese und äussern sich laut und deutlich. Der zweite Grund für die angeheizte Stimmung sind die sozialen Medien und mit ihnen die zahllosen Quellen der Diffamierung. Und die Leute glauben bekanntlich jenen Informationsquellen, die sie in ihrem Weltbild bestätigen.

Und der dritte Grund?

Carville Die ethnische Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung verändert sich. Die USA werden weniger weiss. Das verängstigt gewisse Leute. Die grosse Frage lautet deshalb: Sehen wir die USA als ein Land, das grundsätzlich von europäischen Einwanderern und deren Nachkommen geprägt ist? Oder sehen wir Amerika als Idee, die in der Aufklärung wurzelt? Welches Amerika ist das echte? Darüber gibt es einen tiefen Konflikt. Ich persönlich halte das für eine idiotische Debatte. Wir sind alle Amerikanerinnen und Amerikaner.

«Negative Campaigning gab es schon zu Zeiten von Cicero.»

« Was man von unserer Ehe lernen kann? Respekt für Menschen mit anderen politischen Ansichten.»

Matalin Meinungsverschiedenheiten sind unverzichtbar für eine blühende Demokratie. Die wirtschaftlichen, religiösen und regionalpolitischen Auseinandersetzungen waren in der Geschichte der USA immer heftig und figurierten auch prominent im Denken der grossen Figuren wie Madison, Hamilton, Adams oder Jefferson. Das grösste Hindernis für demokratischen Fortschritt ist heute etwas ganz anderes: nämlich die Erosion der Meinungsfreiheit; dass vom liberalen Mainstream abweichende Stimmen zum Verstummen gebracht werden durch Belästigung, Erniedrigung, Androhung von Arbeitsplatzverlust und eine parteiische Presse.

Ist diese Polarisierung also gar nichts Neues?

Matalin Doch. Was neu ist, sind die Instrumente des Informationszeitalters. Diese haben die Geschwindigkeit und die Vehemenz der öffentlichen Debatte potenziert. Der Mantel der Anonymität, den diese Plattformen bieten, hat es den Unzufriedenen und den Wütenden viel einfacher gemacht, sich öffentlich zu äussern. Das Internet bietet unglaubliche Möglichkeiten für Fortschritte, die das Leben der Menschen – gerade auch der unterprivilegierten Menschen – verbessern können, aber wir müssen lernen, bewährte ethische Regeln auf diese neue Welt anzuwenden. Europa und Amerika haben eine ernsthafte und kritische Verantwortung, ethische Massstäbe an die Instrumente der Artificial Intelligence anzulegen.

Als Sie beide im Weissen Haus tätig waren, herrschte die Überzeugung, dass positive Botschaften stärker wirken als negative. Wieso ist das Negative Campaigning so stark geworden?

Die Politstrategen Mary Matalin (66) und James Carville (74) sind seit 26 Jahren verheiratet und haben zwei erwachsene Töchter. Mary Matalin arbeitete unter anderem für die US-Präsidenten George H.W. Bush und seinen Sohn George W. Bush sowie für dessen Vizepräsidenten Dick Cheney. James Carville war ein enger Berater von Bill Clinton und prägte den berühmten Slogan «It's the economy, stupid!». Das Buch «All's Fair: Love, War, and Running for President» über ihre besondere Beziehung wurde zum Bestseller. Für dieses Interview wollten die beiden separat befragt werden.



Matalin Negative Campaigning gab es schon immer. Das war auch schon bei Cicero der Fall, wie James in einer brillanten Analyse belegt hat. In der Politik ist Angst der grössere Motivator als Liebe. Aber im richtigen Leben triumphiert die Liebe! Die Leute reagieren zwar durchaus auf negative Botschaften in politischen Debatten, aber sie ziehen es vor, ihre Leben in Harmonie zu verbringen.

Können Republikaner und Demokraten etwas lernen von Ihrer parteiübergreifenden Ehe?

Matalin Ja. Habt mehr Kinder, konzentriert euch auf das, was langfristig wichtig ist; betet mit mehr Ernsthaftigkeit, trinkt mehr Bourbon!

Carville Ich glaube nicht, dass unsere Ehe eine grosse Botschaft beinhaltet. Was andere davon lernen können, ist einzig, mehr Respekt für jene Menschen zu haben, deren politische Ansichten sie nicht teilen.

Sie haben verschiedenen Präsidenten als Berater gedient. Welcher hat Sie am meisten beeindruckt?

Carville Bill Clinton, weil er alle mit Respekt behandelt hat. Er konnte allen das Gefühl vermitteln, dass er sie für das respektierte, was sie sind und was sie tun. Er hat in seiner Amtszeit alles in seiner Macht Stehende unternommen, um das Land zu einen – und nicht, um es zu spalten.

Matalin Ich hatte die Ehre, mehreren aussergewöhnlichen Präsidenten zu dienen: Präsident Bush senior, der sein ganzes Leben der Pflicht, der Ehre und seinem Land gewidmet hat. Er hat Loyalität, Freundschaft und Mitgefühl nicht nur gefordert, sondern auch wirklich gelebt. Aber auch Vizepräsident Dick Cheney ist ein Mann von makelloser Integrität, er hat ein unvergleichliches, tiefes Verständnis zahlreicher Themen und war stets fair und aussergewöhnlich liebenswert.

Sie, James, haben die berühmte Maxime formuliert, die 1992 zu einer Art Wahlkampfeslogan von Bill Clinton wurde: «It's the economy, stupid!» – «Es geht um die Wirtschaft, Dummkopf!». Wenn Sie für den Wahlkampf 2020 einen Slogan erfinden müssten, wie würde der lauten?
Carville «It's the country, stupid!» – «Es geht um das Land, Dummkopf!».

Wir müssen uns wieder wie ein Land zu benehmen lernen und nicht wie zwei Krieg führende Stämme. Wir müssen auch die Leute respektieren, mit denen wir uns nicht einig sind. Viele unserer Meinungsverschiedenheiten sind darauf zurückzuführen, dass die Leute auf der einen Seite die Leute auf der anderen Seite nicht mögen.

Und Sie, Mary? In einem Satz?
Matalin Keep America Great!

Wären Clinton oder Bush junior noch im Amt – würden Sie ihnen raten, Twitter zu nutzen?

Matalin Gewiss. Ich kann nur bewundern, wie Präsident Trump mittels Twitter mit einer voreingenommenen Presse und einer abgeschotteten Bundesregierung umgeht.
Carville Nein. Ich glaube nicht, dass die Demokraten Donald Trump ähnlicher werden sollten, um ihn schlagen zu können. Man sollte sich klar von ihm abgrenzen, ob in den politischen Projekten, im persönlichen Auftritt oder in der Welt-sicht. Ich bin tief davon überzeugt, die meisten Amerikanerinnen und Amerikaner sind freundlich und kommen gut miteinander aus. Und ich glaube auch, dass die meisten Leute wieder zu einer freundlicheren politischen Kultur zurückkehren wollen.

Was braucht es, damit aus den «Divided States of America» wieder die «United States of America» werden?
Carville Einen Generationenwandel. Hilfreich wäre auch, wenn eine politische Figur auftauchen würde, die die Leute davon überzeugen kann, dass Amerika nicht einfach nur ein Ort ist, sondern vielmehr auch eine Idee. Damit würde auch die unsägliche Unterscheidung in «echte» und «weniger echte» Amerikanerinnen und Amerikaner wegfallen.
Matalin Wenn wir die USA wieder mit sich versöhnen wollen, braucht es nochmals fünf Jahre Deregulierung, Dezentralisierung sowie eine messbare und lösungsorientierte Politik. Wichtig wären auch eine obligatorische Bürgerkunde und ein vertiefender Geschichtsunterricht in unseren Schulen. Und nicht zuletzt eine Revitalisierung der Prinzipien und Ideale, die bei der Gründung der USA als Nation der Rechte – und nicht der Menschen – prägend waren.

Welche Frage über Ihre ungewöhnliche Ehe, die Sie immer beantworten wollten, wurde Ihnen nie gestellt?

Matalin Woher stammt eigentlich die seltsame Vorstellung einer stets friedlichen Ehe? Und wieso sind eheliche Dispute so viel heftiger und mühsamer als politische Meinungsverschiedenheiten?

Carville Alle fragen immer nach den politischen und nie nach kulturellen Differenzen. Meine Frau wuchs auf der South Side von Chicago auf, in einer Familie von Industriearbeitern. Ich dagegen bin ein Sohn des segregierten Südens. Diese Differenz ist mindestens so interessant wie unsere politischen Meinungsverschiedenheiten. An diese kulturellen Unterschiede mussten wir uns wirklich gewöhnen und lernen, aufeinander Rücksicht zu nehmen. Das kennen Sie sicher aus Ihrem eigenen Land. Die Kultur in Zürich unterscheidet sich ja auch stark von jener in Genf. Es braucht einen grossen Effort, um in eine andere Kultur einzutauchen und sie wirklich zu verstehen. Wir leben ja jetzt im Süden, in New Orleans. Und ich kann nur sagen: Meiner Frau ist das grossartig gelungen! ■

«Das Potenzial ist gigantisch»

Kaum ein Land treibt die Energiewende so konsequent voran wie **CHILE**. Besonders in Sachen Solarenergie nimmt das Land weltweit eine Vorreiterrolle ein. Wie nutzt man die Sonne am besten, **CRISTIÁN GONZÁLEZ VELOSO**?

Interview Andreas Fink

Nirgendwo auf der Welt ist die Sonneneinstrahlung stärker: Fotovoltaikanlagen in der Atacama-Wüste im Norden von Chile.

Wie kam es in Chile zur erstaunlichen Energierevolution?

Lange Zeit hatte unsere wichtigste Industrie, der Bergbausektor, nach absolut zuverlässiger Energielieferung rund um die Uhr verlangt, was allein konventionelle Kraftwerke zusichern konnten. Aber 2013 veränderte die Regierung die Umweltvorgaben zugunsten der erneuerbaren Energieträger. 2016 war bereits die Hälfte der neuen Energieprojekte für erneuerbare Energie bestimmt, 2017 waren es dann 100 Prozent. Zwei Drittel davon entfallen auf Wind- und vor allem Sonnenenergie.

Atacama, die trockenste Wüste der Welt, ist der ideale Standort für Solarstromerzeugung.

Ja, das Potenzial ist gigantisch. Die Strahlungsstärke ist so hoch, weil die Wüste auf 2500 Meter über Meer liegt. Damit ist nicht nur die Intensität höher, sondern die Solarzellen liefern auch deshalb mehr Strom, weil es durch die grosse Höhe nicht so heiss ist wie in Südeuropa oder Afrika und damit ihr Wirkungsgrad erhöht wird. Eine neue Studie bescheinigt sämtlichen erneuerbaren Energieträgern in Chile – also auch Wind, Wasser, Biomasse, Erdwärme und Gezeiten – ein Gesamtpotenzial von 1850 Gigawattstunden pro Jahr. Aber: 1800 Gigawattstunden kann allein die Sonne liefern.

Das ist etwa 18-mal so viel wie Südamerikas grösstes Wasserkraftwerk Itaipú in Brasilien und Paraguay derzeit jährlich produziert. Und das, obwohl die Sonne nur zwischen 8 und 18 Uhr Strom erzeugt?

Das wird sich bald ändern. In der Atacama-Wüste wird 2020 das erste Thermosolar-Kraftwerk Südamerikas eröffnet. Im «Cerro Dominador» fangen Hunderte Spiegelpaneele die Sonnenstrahlen ein und reflektieren diese auf einen 265 Meter hohen Turm, in dem ein riesiger Tank voller Salzlake untergebracht ist. Diese Sole kocht so kräftig, dass sie nicht nur am Tag ein Dampfkraftwerk antreiben kann, sondern auch nachts. Diese Technologie ist die ideale und kostengünstigste Ergänzung zu herkömmlichen Sonnenkollektoren, die nur tagsüber operieren.

Die Bergbauindustrie im Norden konsumiert etwa 35 Prozent des Stroms in Chile. Aber am meisten verbraucht die Zentralzone mit der Hauptstadtregion Santiago, wo 90 Prozent der Bürger leben. Wie werden diese an den Billigstrom aus der Wüste angeschlossen? Das ist die zentrale Herausforderung in unserem gebirgigen Land, das mehr als 4000 Kilometer lang, aber selten mehr als 200 Kilometer breit ist. Fotovoltaikanlagen sind heute innert weniger Monate fertiggestellt, aber der Bau von Überland-Hochspannungstrassen dauert wesentlich länger.

Was sind die Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energie? Chile hat sich auf der Weltklimakonferenz 2015 dazu verpflichtet, bis 2030 die klimaschädlichen Emissionen um 30 Prozent des Werts von 2007 zu reduzieren. Bereits heute liegt der Anteil der erneuerbaren Energien bei 20 Prozent, 9 Prozent stammen von der Sonne. Die Stromerzeuger haben einen Plan zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern beschlossen, die ersten zwei von bislang 28 Kohlekraftwerken wurden kürzlich vom Netz genommen. Bis 2024 soll der Gesamtausstoß aller Kohlekraftwerke um ein Fünftel fallen. Aber tatsächlich ist das auch eine Frage des Marktes, denn hier in Chile sind sowohl die Energieerzeugung als auch ihre Verteilung privatwirtschaftlich organisiert und beziehen keine staatlichen Subventionen.

Dann könnte Chile doch den billigsten Ökostrom der Welt auch exportieren. Das ist unser grosses Ziel. Brasiliens Wasserkraftwerke und unsere Sonnenenergiegeneratoren könnten den gesamten Energieverbrauch des südlichen Südamerika decken – kostengünstig und absolut klimaneutral. ■



Cristián González Veloso (49) ist stellvertretender Direktor des staatlichen Comité Solar.

«Teil der Grundausstattung»

♥ **BRASIL IEN** Der Erfolg der brasilianischen Havaianas gilt als Lehrstück, wie man in einem Schwellenland eine Weltmarke aufbaut. Wie macht man Gummilatschen zum Kultobjekt, **GUILLAUME PROU?**

Interview Sebastián Fest



Sie verkörpern die Sehnsucht nach Ferien: Flipflops der Marke Havaianas.

Lange vor ihrem globalen Siegeszug waren Havaianas in Brasilien schon Teil des Haushaltsinventars einer jeden Familie. Wie begann die Geschichte? Die ersten Havaianas wurden 1962 produziert und sie gehörten bald zur Grundausstattung aller Brasilianer – und dies sogar amtlich beglaubigt. Als die Regierung 1980 zur Inflationsbekämpfung eine Liste mit staatlich kontrollierten Preisen zusammenstellte, gehörten da neben Bohnen und Reis auch Havaianas dazu. Bis 1994 verkauften wir praktisch nur ein Produkt: die traditionelle Flipflop-Sandale, mit einer weissen Obersohle sowie vier Farboptionen für die Riemen und Aussenseiten. Das war's. Einige Kunden, die der weissen Sohle leid waren, begannen, ihre Sandalen individuell zu gestalten, und gaben den Anstoss zum zweiten Modell namens «Top», das 1994 auf den Markt kam.

Wann reifte der Plan, Havaianas zu einer globalen Marke zu machen? Das begann mit dem Modell «Brazil» mit einer Brasilien-Flagge auf dem Halteband, das wir für die Fussballfans anlässlich der WM 1998 in Frankreich entwickelten. Brasilien verlor zwar das Finale, aber die Havaianas begeisterten die Welt. «Brazil» wurde zum Botschafter des brasilianischen Lebensstils und brachte die Marke in die coolen Shops der europäischen Metropolen.

Heute gibt es mehr als 500 Modelle von Havaianas-Sandalen, dazu eine komplette Palette von Bademode und Accessoires, die in über 60 Ländern verkauft werden. Wie konnte ein Alltagsobjekt aus einem Schwellenland zu einer Weltkone werden? Ich denke, es ist das Ergebnis einer ausgewogenen Mischung zwischen Komfort

und Stil einerseits und positiven Assoziationen in den Köpfen der Konsumenten andererseits. Havaianas wurden an den Stränden Brasiliens geboren. Das gibt ihnen viel Legitimität für Botschaften wie Sommer, Samba und Lebensfreude. Diese Authentizität bietet uns sehr wichtige Differenzierungsmerkmale.

Die Marke hat zwei Gesichter: Einerseits sind viele Produkte immer noch Massenware, die in Supermärkten und sogar an Kiosken erhältlich ist. Gleichzeitig liegen einzelne Artikel auch in ausgesuchten Modegeschäften – zu deutlich höheren Preisen. Ist das Teil der Strategie? Genau. Das ist für mich die Essenz von Havaianas. Ich glaube nicht, dass es eine andere Mode- oder Schuhmarke gibt, die so viel Elastizität in ihrer Distribution und in ihrem Publikum hat. Ich denke, diese Universalität gehört zum genetischen Code der Havaianas. Unsere Produkte wollen hochwertig sein, aber gleichzeitig einfach, um die breite Öffentlichkeit anzusprechen.

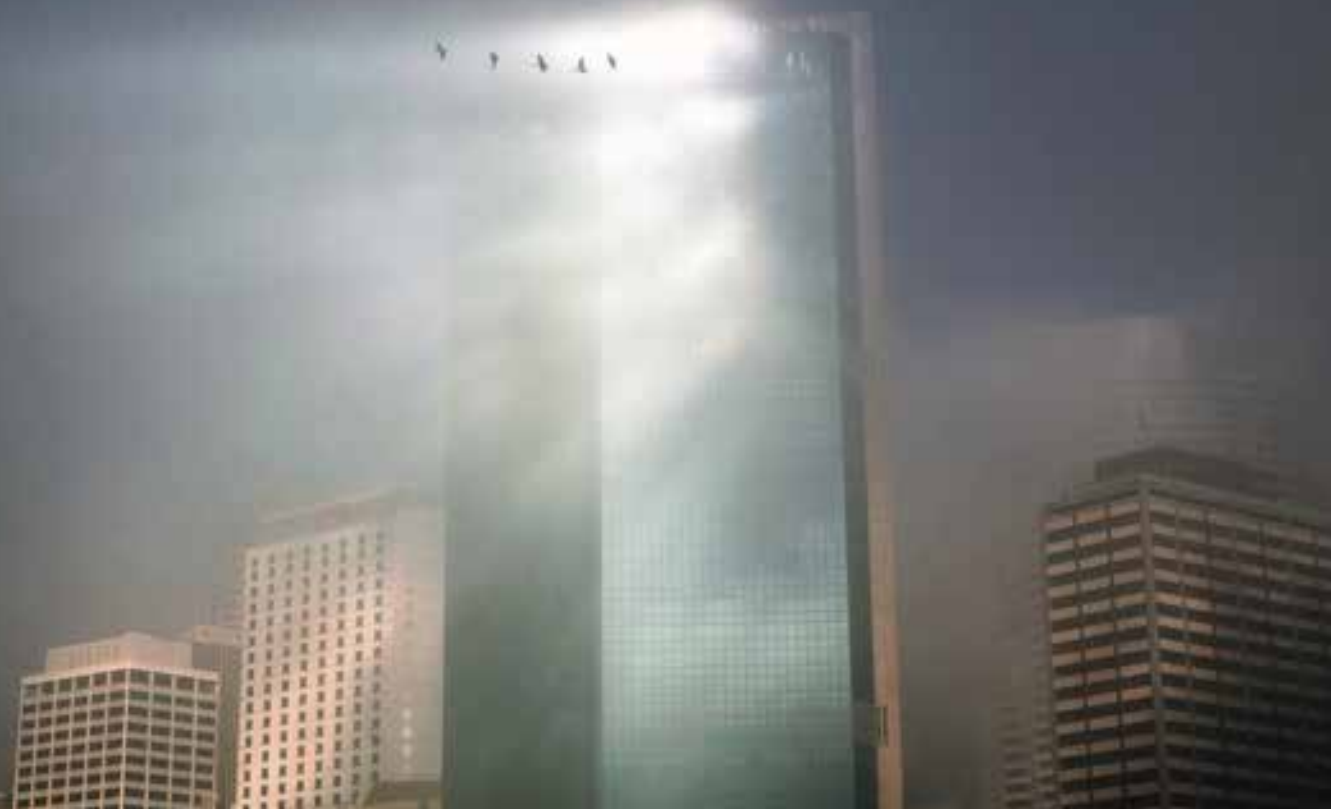
Ironie des Schicksals: Ein Produkt, das so eng mit Brasilien identifiziert wird, hat einen ausländischen Namen. Ja, der Name Havaianas stammt aus dem Portugiesischen und bedeutet Hawaiianer. Und es kommt noch besser: Die ersten Havaianas waren von den japanischen Zori-Sandalen inspiriert, deren Sohlen aus Reisstroh bestehen. Deshalb ähnelt die Beschaffenheit der Gummisohle der Havaianas übrigens auch heute noch Reiskörnern. ■

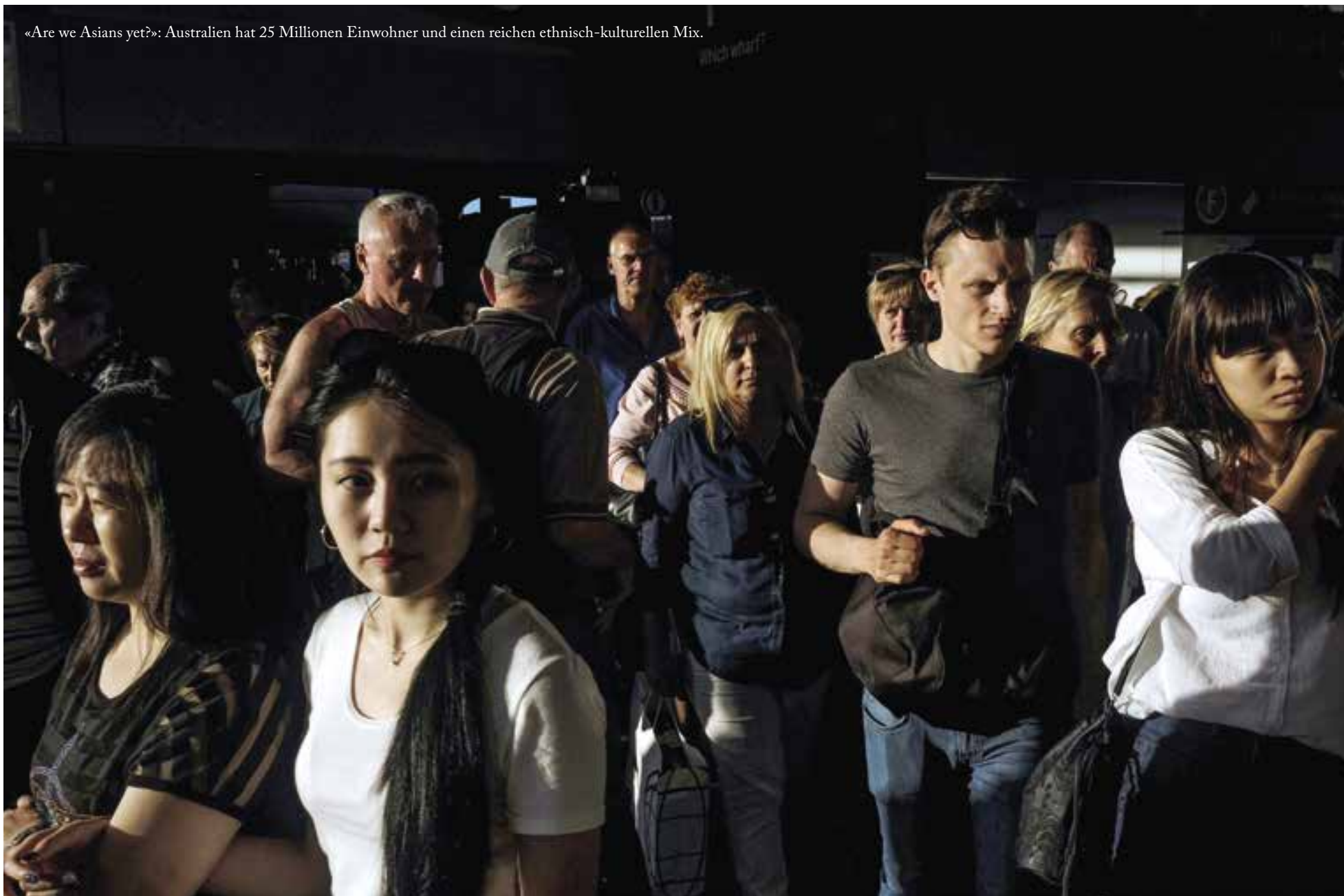


Guillaume Prou (44) ist der Europa-Chef des brasilianischen Schuhkonzerns Alpargatas, der durch die Marke Havaianas bekannt wurde.

« Wir sind
der Westen im
Osten und
der Osten im
Westen»

Australiens Wirtschaft wächst seit 28 Jahren: Skyline von Sydney.





Kein westliches Industrieland ist wirtschaftlich länger gewachsen als **AUSTRALIEN**, keines ist enger mit Asien verbunden. Der Geostratege und frühere Premierminister Australiens **KEVIN RUDD** erklärt, was der Westen von Australien lernen kann.

Interview Michael Krobath

Die australische Wirtschaft wächst seit 28 Jahren, das hat es noch nie gegeben in einem westlichen Industrieland. Wie erklären Sie sich diesen einzigartigen wirtschaftlichen Fortschritt? Wir haben seit vielen Jahrzehnten eine starke Einwanderung, als Folge davon ist unser Land jünger als die meisten westlichen Länder. Zusätzlich wächst auch der Anteil der Erwerbstätigen, weil uns wichtige Reformen gelungen sind, wie etwa ein längerer, bezahlter Elternurlaub. Und wir haben die Produktivität gesteigert, indem wir einen ausreichenden Schutz der Arbeitnehmer mit der nötigen Flexibilität für die Arbeitgeber kombiniert haben. Zudem wurde konti-

«Wir leben in Zeiten grosser Instabilität.»

»

nuiertlich in neue Anlagen und Technologien investiert.

Lauter einleuchtende Massnahmen. Aber was macht Australien einzigartig? Bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren haben Labor-Regierungen weitreichende Wirtschaftsreformen zur Internationalisierung der australischen Wirtschaft durchgeführt. Sie haben den Protektionismus auf nahezu null reduziert. Und darüber hinaus den Finanzsektor internationalisiert und auch dereguliert.

Trotz dieser Öffnung konnte die Finanzkrise der australischen Wirtschaft kaum etwas anhaben. Weshalb nicht? Die Finanzkrise hat uns tatsächlich nicht aus der Bahn geworfen. Wir haben sie mittels monetärer und fiskalischer Stimuli bekämpft, und zwar sehr gezielt und zeitlich beschränkt. Aber das Volumen der Intervention war gewaltig. Es belief sich auf rund 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die über die zwei kritischen Jahre 2008 und 2009 verteilt wurden. Und wir sind aus dieser Politik ausgestiegen, sobald es möglich war und ohne dass sich die Nettoverschuldung nennenswert erhöht hätte. So konnten wir unser Wachstum erhalten, während die meisten Länder der Welt in die Rezession abrutschten.

Nun scheint der Boom zu enden. Sehen Sie trotzdem Bereiche, in denen unter den gegebenen Umständen noch Fortschritte möglich sind? Ja. Australien hat 25 Millionen Einwohner – und das in einem Land mit der Fläche der Vereinigten Staaten. Wir sind also stets gefordert, wenn es darum geht, die fundamentale wirtschaftliche Infrastruktur zu gewährleisten, zu der natürlich

nicht nur Strassen und Brücken, sondern auch unser nationales Breitbandnetz gehört. Dazu braucht es eine starke politische Führung, denn für private Unternehmen ist es angesichts der riesigen, mancherorts nur dünn besiedelten Fläche kaum möglich, solch gewaltige Infrastrukturarbeiten gewinnbringend durchzuführen.

Das Magazin «Australian Foreign Affairs» titelte kürzlich: «Are We Asians Yet?» – «Sind wir schon Asiaten?». Wie lautet Ihre Antwort?

Bei allem Respekt für dieses Journal: Diese Frage ist falsch gestellt. Das beginnt schon mit dem Begriff «Asiaten»: Was ist Asien? Ist das China? Japan? Korea? Indonesien? Malaysia? Indien? Asien ist politisch, ethnisch und kulturell extrem vielfältig.

Der Begriff «Asien» vernebelt das Denken? Der Begriff entstand aus geopolitischer Bequemlichkeit der Europäer. Er bedeutet ja eigentlich nur «östlich von Europa». Es ist also ein rein geografischer Begriff; keiner, der irgendetwas aussagt über nationales oder ethnisches Bewusstsein in dieser Region der Welt. Wie auch immer: Australierinnen und Australier sind viel präsenter in «Asien» als jede westeuropäische Nation. Es gibt grosse australische Diasporagemeinschaften in den meisten asiatischen Ländern und auch institutionell ist Australien bestens eingebunden. Es gibt nur sehr wenige asiatische Institutionen, in denen Australien nicht Mitglied ist. Im Sinne des nationalen Bewusstseins versteht sich Australien durchaus als Teil von «Asien». Aber Australien ist gleichzeitig auch Teil des Westens.

« Die Herausforderung besteht darin, ein ausgewogenes Verhältnis

zu China

und den USA aufrechtzuerhalten.»

Sie sind auf einer Farm aufgewachsen und haben Sinologie studiert: Wie kam das?
Ich glaube, es war das Ergebnis eines schon früh ausgeprägten Desinteresses an der australischen Tierhaltung... Für meinen Grossvater und meinen Vater lautete die grosse Karriereentscheidung: Rinderzucht oder Milchkühe?

Sie fanden weder das eine noch das andere besonders inspirierend?
Nein. Ich entdeckte aber zum Glück schon früh, dass es auch noch andere Dinge gab, mit denen man sich beschäftigen konnte. Ich begann, die Bücher zu lesen, die meine Mutter mir gab. Sie war nie auf einer Highschool gewesen, geschweige denn auf einer Uni, aber meine Mutter war es, die mein Interesse an internationaler Politik geweckt hat; und dazu gehörte in den 1970er-Jahren natürlich nicht zuletzt das Auftreten Chinas auf der Weltbühne.

Sie sind vermutlich der einzige westliche Spitzenpolitiker, der fliessend Mandarin spricht und auch mehrere Jahre in China gelebt hat. Was wissen Sie über China, was anderen westlichen Politikern vielleicht entgeht?
Ich werde mich hüten, anderen Politikern Ratschläge zu erteilen. Als Sinologe, der sich die meiste Zeit seines Lebens mit China befasst hat, kann ich aber eines sagen: Wir sind gut beraten, China durch die Augen der Chinesen selber verstehen zu lernen. Wie sieht das Reich der Mitte die Welt? Wie sieht es seine Zukunft – national, regional, global? Ich halte es für gefährlich, wenn über China nur als strategische Projektion des Westens nachgedacht wird. Und dabei nolens volens

unterstellt wird, China denke und handle, wie wir selber im Westen denken und handeln würden. Denn das ist nicht der Fall.

Die Erkenntnisfortschritte sind mager, obwohl China so schnell wichtiger für uns alle wird. Drängt die Zeit also?
Das muss man leider so sagen. Allzu lange haben die Menschen im Westen China vor allem durch die Linse der visuellen Künste wahrgenommen. Statt sich ernsthaft mit diesem Land zu befassen, also mit seiner Geschichte, seiner Philosophie, seiner Literatur, seiner Weltsicht. Wobei ich unterscheiden muss: In Europa ist das Wissen minim, in den USA sieht es allmählich etwas besser aus. In Australien ist die Sicht auf China schon etwas differenzierter. Das ist eine Positionierungschance für mein Land: Wir müssen versuchen, der Westen im Osten und der Osten im Westen zu sein.

Sehen Sie denn Fortschritte in China, wenn es darum geht, den Westen zu begreifen?
Ja. Zum verbesserten Wissensstand hat natürlich auch beigetragen, dass es heute rund drei Millionen Chinesinnen und Chinesen gibt, die seit 1978 in den Vereinigten Staaten studiert haben und danach heimgekehrt sind. Jetzt arbeiten diese in Unternehmen oder beim Staat und können ihr Wissen darüber, wie der Westen tickt, einsetzen. China nimmt die Unterschiede zwischen den USA und Europa übrigens ziemlich genau wahr. Und es hält diese Unterschiede für gross und versucht, sie zu seinem Vorteil zu nutzen.

Was sagen Sie diesen Leuten, die über Chinas rasanten Aufstieg zu einer neuen

Weltmacht irritiert sind oder sich von China sogar bedroht fühlen?
Fühlt weniger und lest mehr! Das wäre hilfreich. Ängste blühen ja meistens dann, wenn das Unwissen gross ist. Aber das Studium Chinas verlangt eben beträchtliche intellektuelle Anstrengungen. Es braucht fünf Jahre, um die Sprache gut zu beherrschen. Es wäre in Europas ureigenem Interesse, seine Kenntnisse über China zu vertiefen. Denn alles ist dabei, sich zu verändern – für alle.

Wie meinen Sie das?
Der Aufstieg Chinas ist eine Entwicklung von welthistorischer Bedeutung. Auch wenn sich das chinesische Wachstum jüngst etwas verlangsamt hat, wird China die Vereinigten Staaten im nächsten Jahrzehnt als grösste Volkswirtschaft der Welt überholen. Seit König George III. auf dem britischen Thron sass, also von 1760 bis 1820, wird erstmals ein nicht westliches, nicht demokratisches, nicht englischsprachiges Land diese führende Stellung einnehmen. Vergessen wir nicht: Unser Verständnis der internationalen Politik und Wirtschaft wird seit über zweihundert Jahren stets vom englischsprachigen Westen geprägt, zuerst von London, dann von Washington.

Das ist gerade dabei, sich zu verändern. Ja. Und als Folge dieser Veränderung leben wir in einer Zeit grosser Instabilität. Der Aufstieg Chinas – eines Einparteiensstaates – zur grössten Volkswirtschaft der Welt stellt eine echte und grundlegende Herausforderung dar für die als universell verstandenen westlichen Werte, für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Wir können vor diesen Differenzen nicht davonlaufen. Wir müssen uns mit ihnen ernsthaft auseinandersetzen und unsere Werte behaupten.

Das ist die politische Seite, aber es gibt auch eine wirtschaftliche.
Genau. Gleichzeitig haben wir es mit einer dynamischen chinesischen Wirt-

schaft zu tun – auf den Produktmärkten, bei den Dienstleistungen, im Finanzwesen, in der Innovation, in der Technologie. Es wäre dumm, sich hier wirtschaftlich nicht zu engagieren. Wandel kann bedrohlich sein, aber Wandel kann auch neue Chancen eröffnen. Einerseits muss der Westen auf seinen Grundwerten bestehen. Auf der anderen Seite müssen wir eine Balance finden zwischen diesem Engagement und unseren ökonomischen Interessen. Das ist eine komplexe Herausforderung für uns alle. Australien, das sich geografisch nahe an Ostasien befindet, muss diese Doppelspannung schon Jahrzehnte länger bewältigen als unsere europäischen oder amerikanischen Cousins.

Was können weniger bevölkerungsreiche Länder wie Australien oder die Schweiz tun angesichts dieser Renaissance der Machtpolitik?
Die Herausforderung besteht darin, ein ausgewogenes Verhältnis zu China und den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten – unter Berücksichtigung der zentralen Rolle, die die Vereinigten Staaten weiterhin bei der Aufrechterhaltung der globalen Sicherheitsordnung spielen sowie bei der Untermauerung der universellen Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Sowohl die Regierung in Bern als auch jene in Canberra ist klug genug zu verstehen, dass es nicht um eine binäre existenzielle Wahl zwischen China und den USA gehen kann.

Je kleiner das Land, desto grösser sein Interesse am Multilateralismus?
Für kleine bis mittlere Länder wie die Schweiz und Australien gilt: Wir sind stärker als die Grossmächte auf eine funktionierende, robuste multilaterale Regelung angewiesen, um unsere eigenen nationalen Interessen zu schützen. Trotzdem gibt es auch in unseren Ländern gewisse Kreise, welche die auf Regeln basierende internationale Ordnung kritisieren. Ich stelle immer die Gegenfrage: Wenn diese Ordnung morgen verschwin-

det und international wieder das Gesetz des Dschungels gilt – wie würden wir dann überleben? Im Falle der kleineren Länder lautet die Antwort: wahrscheinlich nicht sehr gut.

Alles in allem scheinen Sie für den Westen optimistisch zu sein. Hat die liberale Demokratie langfristig auch in Asien Chancen?
Sie wären überrascht! In Ostasien gibt es diverse Demokratien. Japan ist eine Demokratie. Malaysia ist eine Demokratie. Südkorea ist eine Demokratie. Die Philippinen sind eine Demokratie. Indonesien ist eine Demokratie. Und natürlich ist Indien eine Demokratie. Mit anderen Worten: China ist eher die Ausnahme in dieser Weltgegend, nicht die Regel.

Wie wird sich die Region politisch entwickeln?
Das ist offen. Was ich also unseren Freunden im Westen sage, ist Folgendes: Ostasien hat im Laufe der Zeit viele westliche Institutionen und Ideen übernommen und für sich fruchtbar gemacht – auch wenn es gleichzeitig noch tief verankert ist in religiösen Traditionen. Der Westen sollte objektiv genug sein, um zu verstehen, dass etliche Gründe für den Optimismus im Osten letztlich auf westliche Traditionen zurückgehen. Gewiss haben die Gesellschaften Ostasiens eine etwas stärkere soziale Kohäsion als westliche Länder. Aber das sollte den Westen nicht davon abhalten, zu erkennen, dass seine Grundwerte wichtig sind. Deshalb sage ich: Grübeln wir nicht über unsere Zukunftsfähigkeit nach, sondern lasst uns mit unserem progressiven Projekt einfach vorwärts machen! ■

Kevin Rudd (62) war von 2007 bis 2010 und im Jahr 2013 Premierminister von Australien. Seit 2015 ist der Sinologe der Präsident des Asia Society Policy Institute in New York. Der Thinktank wurde 1956 gegründet, um das gegenseitige Verständnis zwischen Menschen und Kulturen in Asien und dem Rest der Welt zu fördern.

Die Credit Suisse ist Mitglied der Asia Society Switzerland.

«Einsam,

■ ■ ■

Informatiker sind dringend gesucht.
Die besten IT-Experten der
Welt stammen aus ♥ RUSSLAND.
Was macht das Land in Sachen
Computerausbildung besser,
PROFESSOR SHALYTO?

Interview Mary Dejevsky



Gipfeltreffen der IT-Cracks: ICPC-Weltfinale 2017 in Rapid City, USA.

... ziemlich einsam»

Herr Shalyto, auch letztes Jahr gewann ein russisches Team beim International Collegiate Programming Contest (ICPC), dem wichtigsten internationalen Wettbewerb im Sport-Programmieren. Es war der achte russische Sieg in Folge. Wie bringt das Land so viele Weltklasseprogrammierer hervor?
Zum einen haben Naturwissenschaften bei uns historisch einen sehr hohen Stellenwert und der Mathematikunterricht in der Schule ist traditionell streng. Er basiert nicht auf reinem Auswendiglernen, sondern auf einem tieferen Verständnis des Faches. Daneben reicht das Wettbewerbssystem weit in das Schulsystem hinein. Schon für sehr junge Schülerinnen und Schüler werden Meisterschaften für Computerprogrammierung und Mathematik veranstaltet. Diese landesweiten Wettbewerbe fördern die Konkurrenz und haben sich für die Universitäten als zuverlässige Methode erwiesen, um die Begabtesten des Landes zu identifizieren.

Und das reicht für eine globale Führungsrolle?

Natürlich braucht es dafür auch einen Staat, der genug Geld zur Verfügung stellt, weil er Topuniversitäten haben will. Und es braucht Freiraum. In unserem Institut pflegen wir unsere Talente und lassen sie das tun, was sie wollen, ohne ihnen besondere Lehr- oder Veröffentlichungspflichten aufzuerlegen. Diese Leute können einsam sein, ziemlich einsam. Und viele sind komplexe Individuen. Wir können sie nicht wie Google bezahlen, aber wir können gute Arbeitsbedingungen bieten und kümmern uns um sie.

Stammen die finanziellen Mittel der Universitäten ausschliesslich vom Staat?

Nein, wir verfügen über zusätzliche Mittel, vor allem durch Stipendien von Firmen, die bei uns Programmierer rekrutieren wollen – darunter sind Konzerne wie Huawei, aber auch kleine Firmen wie JetBrains. Zudem erhalten wir 1 Prozent des Umsatzes – Umsatz, nicht Gewinn – von einigen der Unternehmen, für die wir Forschung betreiben.

Gemäss Unesco liegt der weltweite Frauenanteil in der Wissenschaft und Forschung bei 29 Prozent, in Russland aber bei 41 Prozent. Trifft das auch für das IT-Studium zu?

Leider nein. Lange konnten wir die Zahl der Studentinnen in unserer Abteilung an einer Hand abzählen. In den letzten Jahren ist die Zahl stark gestiegen, und heute beträgt der Frauenanteil bei den Studienanfängern immerhin 20 Prozent. Mein Traum ist es, dass möglichst viele von ihnen bei uns bleiben und Professorinnen werden, um die nächste Generation zu unterrichten.

Wie kann das Land im globalen Wettstreit um Talente mithalten?

Wir tun unser Bestes, um die ICPC-Gewinner zu fördern. Sie schätzen dies und die Freiheit, die wir ihnen geben. Im Gegensatz zu Zeiten der Sowjetunion können sie völlig frei reisen und Postgraduiertenabschlüsse oder Jobs im Ausland absolvieren. Sie sammeln nützliche Erfahrungen und kehren meist zurück. Dabei hilft uns auch die gegenwärtige amerikanische Politik. Es ist für unsere Studenten heute nicht mehr so einfach wie früher, in den USA zu studieren, und es ist noch viel schwieriger, dort einen Job zu finden. Früher kamen viele nicht zurück. Das ändert sich. ■



Anatoly Shalyto (71) ist Professor und wissenschaftlicher Leiter an der renommierten Fakultät für Informationstechnologien und Programmierung der ITMO University in St. Petersburg, die in den letzten 15 Jahren siebenmal den International Collegiate Programming Contest gewann.

«Als ich
das erste
Mal
Mozart
hörte,

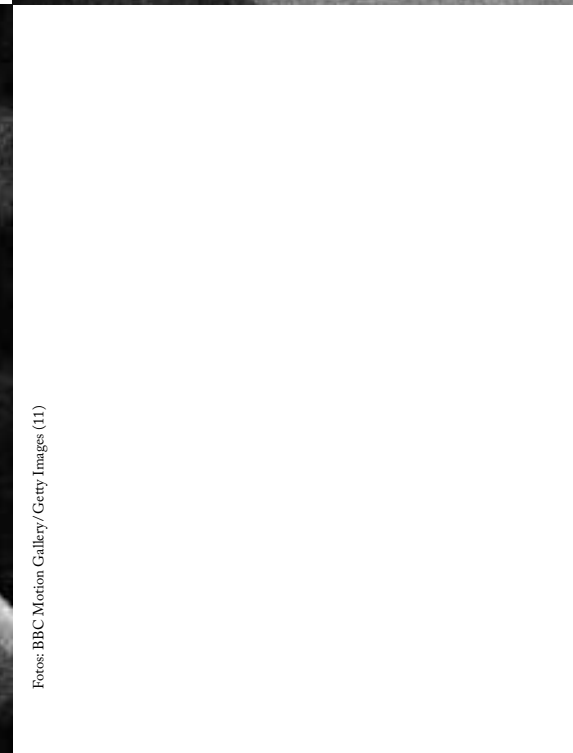


musste
ich
weinen»



Klassische Musik boomt in ♥ CHINA,
die Anzahl der Orchester nimmt stark
zu, 50 Millionen Kinder lernen ein
Instrument. Den Aufschwung hat ein
Mann massgeblich geprägt. Bühne frei
für MAESTRO YU.

Interview Simon Brunner



Fotos: BBC Motion Gallery/Getty Images (11)



Long Yu (55) wird wahlweise als «einflussreichste Person in der klassischen Musikszene in China» und als «Chinas Herbert von Karajan» bezeichnet. Unter vielen anderen Auszeichnungen erhielt der Dirigent aus Shanghai für seine Bemühungen um die klassische Musik den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland und er ist Chevalier der französischen Ehrenlegion.

Die Credit Suisse unterstützt seit 1999 das Beijing Music Festival als Founding Sponsor.

Long Yu, «Die Zukunft der klassischen Musik liegt in China», prophezeite der britische Stadirigent Sir Simon Rattle 2005 anlässlich einer Ostasien-Tournee. Tatsächlich hat sich Ihr Land seither zu einem Zentrum der Klassik entwickelt. Wie wurde dieser Aufstieg möglich? Prägend waren vor allem vier Institutionen. Den Anfang machte das Beijing Music Festival, das ich 1998 als Non-Profit-Organisation gründete. Das Festival brachte die besten internationalen Musiker und Dirigenten aus dem Westen nach China und feierte grossartige Uraufführungen – heute zählt es zu den weltweit führenden Klassikanlässen. Die Credit Suisse war übrigens Gründungssponsor und hat sich damit einen aussergewöhnlichen Ruf in China erarbeitet.

Und was sind die drei weiteren Aushängeschilder? Aus dem Beijing Music Festival gingen die Chinesischen Philharmoniker hervor. Ebenfalls sehr wichtig sind das Guangzhou Symphony Orchestra und das Shanghai Symphony Orchestra.

Auch diese Orchester leiten Sie, und mit letzterem hatten Sie einen fulminanten

Auftritt am Lucerne Festival 2019. Gibt es historische Anknüpfungspunkte für diesen Boom?

Absolut. Klassische Musik hat in China eine bewegte Geschichte. So ist das Shanghai Symphony Orchestra bereits 140 Jahre alt. Geprägt wurde es im letzten Jahrhundert von europäischen Immigranten. Der legendäre italienische Dirigent Mario Paci führte es ab 1919 während 23 Jahren und war dafür verantwortlich, dass klassische Musik in Asien eine erste Bekanntheitswelle erfuhr. Später geriet es in Vergessenheit, bis wir es wiederbelebten.

Wie kamen Sie eigentlich selber zur klassischen Musik?

Ich stamme aus einer Musikerfamilie, aber ich wuchs während der Kulturrevolution auf. Damals war fast alles verboten, sogar Mozart und Beethoven. Nur Volksmusik war erlaubt. Als sich das Land 1976, nach Maos Tod, öffnete, sogen wir alles Neue auf – unser Wissensdurst war unstillbar. Mit zwölf Jahren hörte ich das erste Mal Mozart am Radio und musste weinen – ich erinnere mich, es war die Sinfonie Nr. 40. Ich interessierte mich jedoch nicht nur für Musik. Als ich am Konservatorium studierte, fuhren wir in der Freizeit mit dem Fahrrad zu einer nahe gelegenen Universität und besuchten Seminare zu Hegel und Freud. Es war eine wunderbare Zeit!

Später studierten Sie in Berlin an der Universität der Künste.

Die meisten Chinesen zog es nach Amerika, aber ich wollte dorthin, wo die klassische Musik herkommt, nach Europa.

Und im Gegensatz zu den meisten Auswanderern kehrten Sie in den 1990er-Jahren wieder nach China zurück. Zu jener Zeit war jeder froh, einen Job im Ausland zu finden, niemand kehrte freiwillig zurück. Ich bin nicht abergläubisch, doch damals liess ich mich von einem Gefühl leiten – ich erkannte die Chance, klassische Musik in China zu etablieren. Als ich zurückkam, gab es vielleicht 15 Orchester – heute sind es 64. Ich bin wirklich stolz darauf, was wir erreicht haben.

Es soll unterdessen 50 Millionen Kinder in China geben, die ein Instrument spielen – ein unfassbarer Talentpool.

Diese Zahl habe ich auch gehört, aber ich habe nie nachgezählt (*lacht*). Natürlich wird nur ein verschwindend kleiner Teil davon Musiker, aber hoffentlich werden sie alle Musikliebhaber, besuchen Konzerte und hören Klassik.

Das Publikum bei klassischen Konzerten in China soll jünger sein als im Westen. Können Sie das bestätigen?

Nein – das scheint nur so, weil wir Asiaten so jung aussehen (*lacht*). Im Ernst: Dass die Mehrheit unter 50 Jahre alt ist, hängt mit der erwähnten Kulturrevolution zusammen. Der älteren Generation fehlte schlicht die Möglichkeit, sich der klassischen Musik anzunähern.

China verfügt heute über Top-Orchester und -Dirigenten sowie fantastische Komponisten. Bei allem Erfolg: Wo orten Sie noch Potenzial?

Ich hoffe, dass die jüngere Generation kreativ ist. Auch über die Musik hinaus. Ich glaube, in einer hoch technologisierten Welt gewinnt der, der mit neuen Ideen aufwarten kann – dazu muss man unvoreingenommen sein und eine starke Vorstellungskraft besitzen. Genau das lernt man durch die Musik; diese existiert ja nur in unseren Köpfen. Kreativität sollten wir stärker fördern, auch in der Schule.

Sie gelten als grosser Brückenbauer zwischen Ost und West, dafür wurde Ihnen 2015 der renommierte Global Citizen Award verliehen. Kann klassische Musik die Welt zu einem besseren Ort machen? Ich bin kein Politiker. Und ich stehe grossen Ideen wie «die Welt retten» eher

skeptisch gegenüber. Aber ich glaube, dass der Austausch das Verständnis zwischen den Kulturen fördern kann. Zu meinem Repertoire gehört auch das Stück «Die fünf Elemente» des chinesischen Komponisten Qigang Chen, das ich auch in Luzern spielte. Die fünf Elemente sind zentral in unserer Philosophie. Es sind dies Holz, Feuer, Erde, Metall und Wasser. Diese Elemente können sich gegenseitig aufbauen: Holz lässt Feuer brennen, Asche reichert die Erde mit Nährstoffen an, Erde bringt Metall hervor und so weiter.

Oder die Elemente können sich gegenseitig zerstören.

Genau: Feuer verbrennt Holz, Holz saugt Wasser auf, Wasser korrodiert Metall, Metall zieht Mineralien aus der Erde, und Erde erstickt Feuer. An diesem Punkt sehe ich die Welt heute: Zusammen können wir Unglaubliches erreichen – oder wir können alles vernichten. Das möchte ich dem Publikum vermitteln.

Was ist eigentlich typisch chinesisch an Ihrer Art zu dirigieren?

Ich habe kleine Augen und ich mag chinesisches Essen (*lacht*).

Und das hört man im Konzertsaal?

Ich mache Spass. Ich mag diese Frage nicht, denn China ist kulturell mindestens so vielfältig wie Europa. Und als Schweizer wollen Sie ja auch nicht mit einem Franzosen oder Briten in einen Topf geworfen werden, oder? Wir sind alles Menschen – das ist das Einzige, was zählt! ■

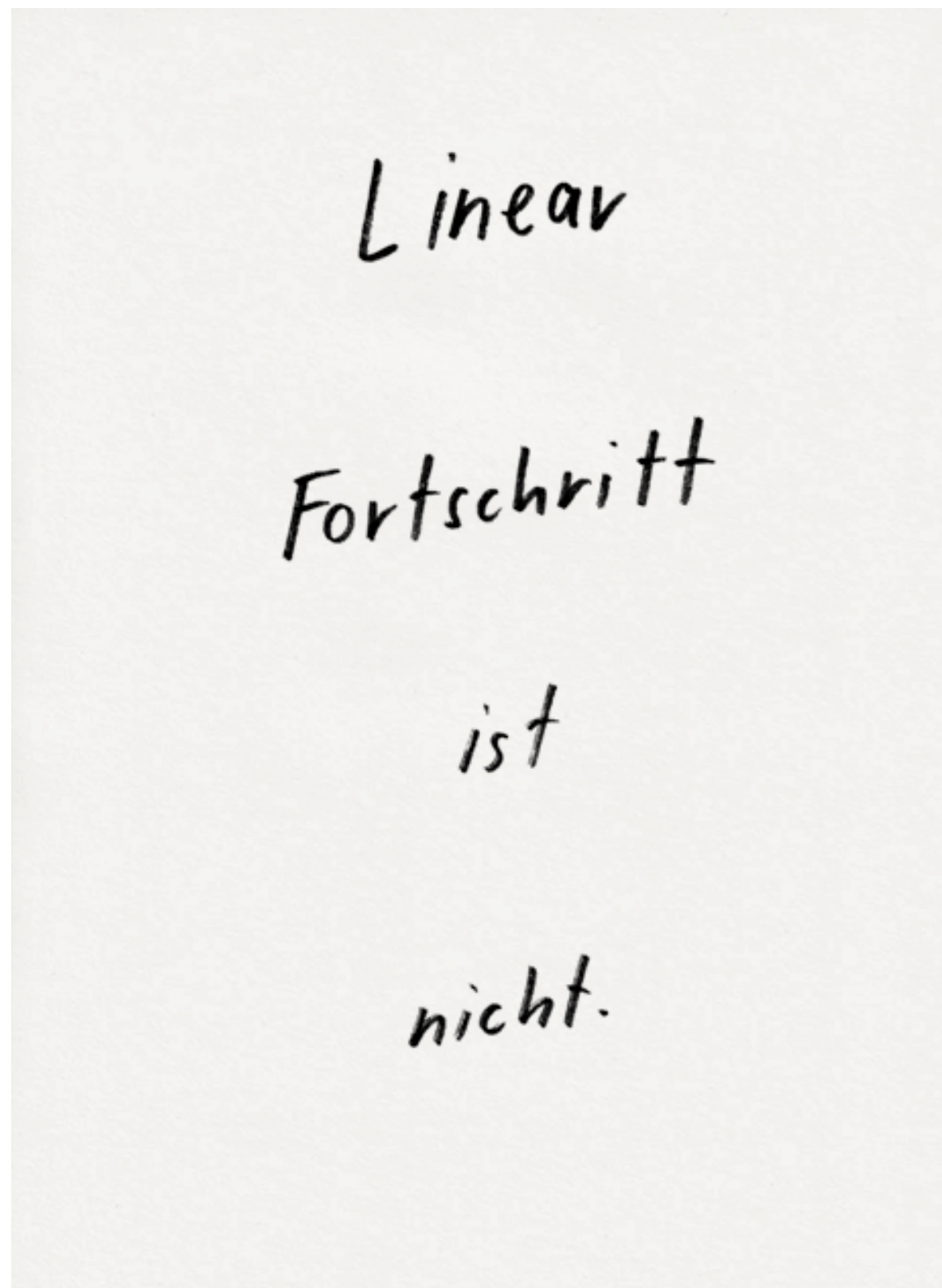
Credit Suisse Bulletin kostenlos abonnieren — abo.bulletin@credit-suisse.com

IMPRESSUM Herausgeberin: Credit Suisse AG • Projektverantwortung: Mandana Razavi, Katrin Schaad • Mitarbeit: Philipp Fanchini, Yanik Schubiger, Simon Stauer • Inhaltskonzept, Redaktion: Ammann, Brunner & Krobath AG (abk.ch) • Gestaltungskonzept, Layout, Realisation: Crafft AG (crafft.ch) • Fotoredaktion: Studio Andreas Wellnitz • Anzeigenverkauf: Fachmedien – Zürichsee Werbe AG • Druckvorstufe: n c ag (ncag.ch) • Übersetzung: Credit Suisse Language & Translation Services • Druckerei: Stämpfli AG • Auflage: 70 868 (WEMF/KS-beglaubigt)

REDAKTIONSKOMMISSION Oliver Adler, Felix Baumgartner, Gabriela Cotti Musio, Marzio Grassi, Thomas Hürlimann, Antonia König Zuppiger, Carsten Luther, Jsabelle Reist, Manuel Rybach, Frank T. Schubert, Daniel Stamm, Robert Wagner

Folgen Sie uns: [Twitter](#) / [Facebook](#) / [YouTube](#) [creditsuisse](#) [in credit-suisse](#)





Beni Bischof ist ein vielfach prämiertes Künstler aus der Ostschweiz. Er will Humor in die Kunst bringen und sieht sich in der Tradition der Hofnarren. Seine Stilmittel sind pointierte Zeichnungen und absurde Collagen.

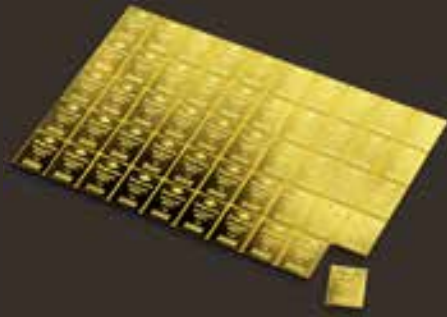


WIR KAUFEN ERBSTÜCKE
UND FAMILIENSCHÄTZE.

Als Tochterunternehmen von Gübelin stehen wir Ihnen beim Verkauf von Antikschmuck oder Edelsteinen gerne zur Seite. Wir helfen Ihnen, Wert- und Marktchancen richtig einzuschätzen. Für ein Beratungsgespräch kontaktieren Sie uns unter: +41 41 429 18 18

www.edigem.com

EDIGEM
WORTH YOUR TRUST



DEGUSSA: DIE EINFACHSTE ART, IN EDELMETALLE ZU INVESTIEREN.

Gold ist seit 2001 vor Christus die stärkste Währung und damit ein grundsolides Investment für Menschen mit einem langen Anlagehorizont. Als grösster bankenunabhängiger Edelmetallhändler in Europa beraten wir Sie in unseren Verkaufsgeschäften in Zürich und Genf umfassend und stellen mit Ihnen Ihr persönliches Portfolio aus Degussa Barren und Anlagemünzen zusammen. Alle unsere Degussa Barren verfügen über eine Banken-Valorennummer. Darüber hinaus haben wir Sammlermünzen und emotionale Goldgeschenke für Sie vorrätig. Gerne können Sie Ihre Wertanlagen auch in Ihrem Schliessfach bei uns lagern.

Weitere Informationen
und Onlineshop unter:

DEGUSSA-GOLDHANDEL.CH

VERKAUFGESCHÄFTE:

BLEICHERWEG 41 · 8002 ZÜRICH
TELEFON: 044 403 41 10

QUAI DU MONT-BLANC 5 · 1201 GENÈVE
TELEFON: 022 908 14 00

